Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 29. April 2006 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Tatort Potsdam: *Mit Blumen, Lichtern und Transparenten bringen Bürger der brandenburgischen Hauptstadt Betroffenheit und Empörung zum Ausdruck. Mitleid mit den Opfern von Gewalt – jeder Form von Gewalt! – ist für jeden normalen Menschen selbstverständlich. Wo aber Trauer ideologisch motiviert, manipuliert und instrumentalisiert wird, erstarrt sie zum bloßen Ritual. Und wo jede Mahnung zur Besonnenheit und jede Warnung vor Vorurteilen und Vorverurteilungen gleich als Verharmlosung und Relativierung verteufelt werden, droht dem Gemeinwesen Gefahr – von ganz anderer Seite, als wildgewordene Antifaschisten uns glauben machen wollen.* Foto: pa



Was man in Deutschland (nicht mehr) sagen darf

Die Betroffenheit der Gutmenschen überlagert die Meinungsfreiheit

Schweigespirale – mit diesem Begriff hat Elisabeth Noelle-Neumann, die Altmeisterin der seriösen Meinungsforschung, schon Ende der 70er Jahre die Mechanismen der Meinungsmanipulation beschrieben. Wie sie wirken, können wir in diesen Tagen wieder einmal hautnah erleben. Noch weiß niemand, ob wir es an jenem frühen Ostersonntagmorgen in Potsdam mit einem Akt rassistischer Fremdenfeindlichkeit oder doch nur mit einer wilden Prügelei zwischen hochgradig Betrunkenen zu tun hatten. Doch allein schon diesen Gedanken, diese Warnung vor voreiligen Schlüssen und Vorverurteilungen, sollte man besser verschweigen. So etwas ist politisch unerwünscht, stört den „Kampf gegen rechts", paßt nicht in die unverzüglich inszenierten Betroffenheitsrituale. „Wir als Deutsche" haben die ewige Pflicht, nicht besonnen und normal zu sein, sondern schuldbewußt und stets bedacht, „den Anfängen zu wehren".

Was sollen diese gebetsmühlenartig wiederholten Verlautbarungen, wir seien „empört", „betroffen", „erschüttert". Kein normal denkender und empfindender Mensch ist etwas anderes als empört und erschüttert, wenn ein Mensch von einem anderen Menschen krankenhausreif oder gar lebensbedrohlich zusammengeschlagen wird. Das Leid des Opfers wird nicht je nach Motivation des Täters größer oder kleiner; auch unser Mit-Leid darf nicht davon abhängen. Lichterketten für die – tatsächlichen oder vermeintlichen – Opfer „rechter" Gewalt, aber Teilnahmslosigkeit bis zur „klammheimlichen Schadenfreude" bei anderen – das ist unmenschlich.

Im aktuellen Falle haben zwei prominente Politiker es gewagt, sich der Schweigespirale entgegenzustellen: die Innenminister Wolfgang Schäuble (Bund) und Jörg Schönbohm (Brandenburg). Schäuble, selbst Opfer einer Gewalttat, erinnerte daran, daß in diesem Lande auch Menschen ohne „Migrationshintergrund" und ohne auffällige äußere Merkmale (wozu auch die Hautfarbe zählt) Verbrechen zum Opfer fallen. Seine Wortwahl war vielleicht nicht ganz geschickt – aber wäre das, was er sagen wollte, sonst überhaupt wahrgenommen worden?

Schönbohm fiel gleich zweimal „unangenehm" auf. Erst legte er sich mit dem Generalbundesanwalt an, dem er zu Recht vorwarf, das Potsdamer Verfahren voreilig und unnötig an sich gerissen zu haben – nach dem Motto „Ich lasse mir doch durch Fakten nicht mein antifaschistisches Feindbild zerstören". Dann verstieß er in einer Rede im ehemaligen KZ Sachsenhausen erneut gegen die Regeln der Schweigespirale, indem er „ausdrücklich" auch der Opfer kommunistischer Gewalt an dieser von zwei Diktaturen genutzten Stätte des Grauens gedachte. Diese „ideologisch geprägte Gleichsetzung" sei eine „Unverschämtheit", ereiferten sich einige Überlebende der ersten, der nationalsozialistischen Gewalt.

Wie sagt man doch: Alle Opfer sind gleich! Einige, so scheint es, sind wohl doch etwas gleicher.

H.J.M.

HANS-JÜRGEN MAHLITZ:

Der lange Marsch in die »linke Mitte«

Es hat immer einen faden Beigeschmack, wenn Menschen ein Amt, ein Mandat oder einen Arbeitsplatz verlieren und ganz „zufällig" bei dieser Gelegenheit entdecken, wofür und wogegen sie eigentlich schon immer waren. Das klingt nach Retourkutsche und persönlichem Rachefeldzug. So hatte sich auch der vormalige Hamburger Justizsenator Roger Kusch den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt ausgesucht, als er – wenige Tage nach seiner Amtsenthebung durch Bürgermeister Ole von Beust – ein Interview im „Hamburger Abendblatt" zur Fundamentalkritik an der CDU nutzte. Immerhin hatte er 30 Jahre lang Zeit und Gelegenheit gehabt, darüber nachzudenken, ob er in dieser Partei seine politische Heimat finden kann. Die Antwort fand er wenige Stunden nach der Entlassung aus dem Senat: Noch am selben Tag gab er sein Parteibuch zurück.

Dennoch lohnt es sich, über seine Begründung nachzudenken. Er habe sich vor über drei Jahrzehnten aufgrund seiner konservativen Grundüberzeugungen der CDU angeschlossen. Seit einigen Jahren aber beobachte er, wie die Partei sich „in kräftigen Schritten nach links bewegt".

Kusch meint damit nicht nur die Hamburger, sondern die Bundes-CDU insgesamt. Und insbesondere deren Vorsitzende: Angela Merkel führe Deutschland „spürbar in eine sozialdemokratische Gesellschaft". Daher bereue er es inzwischen, ihr als Kanzlerkandidatin seine Stimme gegeben zu haben.

Beispiele gefällig? Was Merkels Generalsekretär Kauder neuerdings zur Gesundheitsreform vorschlage, sei „links von der SPD", nämlich „DDR light". Und was heute als christdemokratische Familienpolitik daherkomme, erinnere ihn an „Vollversorgung nach DDR-Vorbild". Der Ex-Senator stellt in Frage, ob staatliche Kinderbetreuung wirklich der individuellen überlegen ist (so die heute übliche, politisch korrekte Sichtweise). Stattdessen laute die angemessenere Frage, „wie wir Eltern besser bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen können".

Natürlich handelt Kusch sich damit den Vorwurf eines „rückwärtsgewandten Familienbildes" ein. Das geht in unserem Lande inzwischen jedem so, der es noch für richtig hält, daß Kinder zuvorderst von ihren Eltern erzogen werden sollen – und daß dafür ein Elternteil zeitweise sein berufliches Fortkommen hintanstellen muß.

Wer so denkt, wird in den Medien als ewiggestrig („Heim- und Herd", „Kinder, Küche, Kirche") verspottet und ist – man nennt dies „Kampf gegen rechts" – zum Abschuß freigegeben. Die CDU hat sich dieser unseligen Entwicklung nie konsequent entgegengestellt. Im Gegenteil: Sie hat Wertkonservative und Patrioten – einst ihre Stammwählerschaft – im Stich gelassen, sich dem Zeitgeist angepaßt und ihren Standort zunächst in der Mitte, dann auch immer weiter links davon gesucht. Und gefunden; ihre Sozialdemokratisierung ist bereits weit fortgeschritten.

Für Menschen aber, die sich rechts der Mitte einordnen (ohne deshalb radikal oder extremistisch zu sein!), biete die CDU keine politische Heimat mehr, so der geschaßte Hamburger Ex-Senator. Diesem bitteren Fazit ist nichts hinzuzufügen.

Die Falschen eingeladen

Was fehlt: »Mit-Christen mit muslimischem Hintergrund«

Was bedeutet eigentlich das „C" in den Namen der Unionsparteien? Richtig: Es bedeutet „christlich". Zu den immer rarer werdenden Politikern, die sich dessen noch bewußt sind, zählt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Folglich lud sie zur ersten Gesprächsrunde ihres „Bündnisses für Erziehung" Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen ein. Sonst niemanden, und das war offenbar falsch.

Prompt meldeten sich die „üblichen Verdächtigen" zu Wort. „Der Spiegel", Leitblatt aller Alt-Linken, gab den Ton an, sprach von „Kreuzzug", „Kulturkampf", „Rolle rückwärts", „Geheimwaffe der Konservativen" und kam zu dem Fazit: „Diese Frau nervt." Indirekt wurde sie sogar mit dem französischen Rechtsextremisten Le Pen verglichen.

Folgsam schlossen sich die Nicht-Konservativen, also die selbsternannten „Anständigen" und Gutmenschen, der Kritik an der Ministerin an. SPD-Sprecherinnen forderten, religiöse Werte nicht auf die christlichen Kirchen zu beschränken. Der DGB erinnerte an gewerkschaftliche Werte. Die Grünen wetterten gegen das „christliche Erziehungsdogma". Aus der FDP, dem Lager des Organisierten Liberalismus, verlautete, man wolle keinen „Gottesstaat".

Ausgegrenzt fühlten sich – in seltener Eintracht – auch das Bündnis der Islamischen Gemeinden und der Zentralrat der Juden. Eine vollständige Liste aller wegen Nichteinladung Beleidigten – bis hin zu politisch korrekten „Mit-Christen mit muslimischem Hintergrund" – liegt noch nicht vor; sie dürfte aber auf eine stattliche Länge kommen.

Der Gedanke, daß Deutschland ein seit Jahrhunderten christlich geprägtes Land war, leider nicht mehr ist, aber wieder werden sollte, wird verdrängt. Oder, schlimmer noch, als bedrohlicher Rückfall ins finsterste Mittelalter mißdeutet. Da wird dann auch der Ministerin einer Partei mit dem „C" das Recht abgesprochen, selbst zu bestimmen, wen sie einlädt. Und die inhaltliche Auseinandersetzung bleibt erst recht auf der Strecke.

M.S.

(S. auch Beitrag auf Seite 5.)

Prügel-Knabe boxt sich durch

Polen: Mit Deutschenhaß wird Andrzej Lepper salonfähig – und Vizepremier?

In Polen braut sich Bedenkliches zusammen: Auf der Suche nach einer halbwegs stabilen Parlamentsmehrheit ist Jaroslaw Kaczynski, Chef der Regierungspartei PIS und Bruder des Staatspräsidenten, nicht gerade zimperlich. So hat er sich als Koalitionspartner Andrzej Lepper, den im wörtlichen Sinne „starken Mann" der Bauernpartei „Samoobrona" (Selbstverteidigung), ausgeguckt, den die „Pommersche Zeitung" folgendermaßen charakterisiert:

„Bauernrebell, Schwarzer Peter, Ritter der blauen Veilchen, Revolverheld – nun schickt sich Lepper an, dieser Liste einen weiteren, einen seriösen Titel hinzuzufügen. Der 52jährige Landwirt und ehemalige Boxer will Vizepremier in Polen werden." Er sei ein „einzigartiges Enfant terrible" der polnischen Politik: Aufgewachsen in der Nähe von Stolp, übernahm er 1980 einen Hof im pommerschen Sellen bei Rügenwalde. Als ihm der Konkurs drohte, praktizierte er erstmals seine Variante von „Selbstverteidigung": Er prügelte sich mit dem Gerichtsvollzieher, organisierte Straßenblockaden und eine Besetzung des Landwirtschaftsministeriums, wurde mehrfach verurteilt.

Dennoch gelang es dem Prügel-Knaben, seine Protestbewegung „Selbstverteidigung" zur politischen Partei zu veredeln, die bei den letzten Wahlen auf 11,4 Prozent kam. Auf der Suche nach einem „dritten Weg" zwischen Kommunismus und Kapitalismus suchte und fand er Vorbilder in West und Ost: Hitler, Lukaschenko, Schirinowski, Le Pen. Marktwirtschaft und EU mag er nicht, die Deutschen als solche noch viel weniger: „Für uns sind nicht die Juden das gefährlichste Volk, sondern die Deutschen", zitiert ihn die „Pommersche Zeitung". Eine Begründung fand er ausgerechnet im Vokabular der ansonsten verhaßten Kommunisten: Den „deutschen Junkern" sei der Drang nach Osten nicht auszutreiben.

Keine guten Aussichten also für die Fortentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen – zumal Kaczynski als weiteren Koalitionspartner den Nationalisten Roman Giertych im Visier hat.

EB

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Öfter mal was Altes

Nun kommt sie doch nicht, die „Reichensteuer“ – vorerst nicht, mag mancher denken. Wenigstens soll jetzt nach dem Willen der Regierung einmal konkret gespart werden – bis zu 20 Milliarden bei der Bürokratie. Neue Schulden kommen trotzdem – zur Umschuldung. Und wer weiß, was das neue Programm der SPD langfristig an Geld-Bedarf für eine „fortschrittliche“ Politik erzeugt.

1.498.226.797.000 €

(eine Billion vierhundertachtundneunzig Milliarden zweihundertsechsundzwanzig Millionen siebenhundertsiebenundneunzigtausend)

Vorwoche: 1.496.944.996.298 €
Verschuldung pro Kopf: 18.160 €
Vorwoche: 18.145 €

(Stand: Dienstag, 25. April 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kampf der Generationen?

Opfer und Täter des Niedergangs der gesetzlichen Alterssicherung

Von Klaus Peter Krause

Zu wenig Beschäftigte, zu viele Rentner, längere Lebenszeiten, zu wenig Kinder – für die bestehende gesetzliche Altersicherung ist dies ein tödliches Gemisch. Schon jetzt steckt diese Pflichtversicherung zur Versorgung mit Einkünften im Ruhestand, Rentenversicherung genannt, in akuter Finanznot. Von allein nämlich kann sie sich schon lange nicht mehr finanziell über Wasser halten, der Bund muß aus seinem Haushalt zuschießen. Das liegt daran, daß diese Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) von der Hand in den Mund lebt. Was sie an Beiträgen von den Berufstätigen einnimmt, gibt sie für die Rentenzahlungen an die Ruheständler umgehend wieder aus (Umlageverfahren). Über Rücklagen verfügt sie nicht. Ein solcher Kapitalstock wird, wie bei privaten Versicherungen üblich und zwingend, auch gar nicht gebildet. Kapitalgedeckt war die GRV nur bis 1957. Damals wurde sie unsolide und begann mit dem Umlageverfahren. Mit der Bezeichnung „dynamische Rentenversicherung“ wurde sie dem Wahlvolk schmackhaft gemacht. Endgültig vollzogen wurde der Wechsel 1969. Beschönigend und falsches Vertrauen weckend nannte man das „Generationenvertrag“.

Nun droht, aus dem Generationenvertrag ein Generationenkonflikt zu werden. Teilweise ist er schon in Gang gekommen. Der berufstätigen Generation wird bewußt, daß sie nach ihrem Berufsleben für ihre (unverändert hohen) Zwangsbeiträge nur noch zwischen 40 und 50 Prozent ihres früheren Arbeitsverdienstes bekommt statt wie einst zwischen 70 und 75 Prozent. Von diesem wenigen allein kann sie dann nicht mehr leben.

Und wie sicher der schmale Rest eines ferneren Tages wirklich ist, ist obendrein reichlich unsicher. So müssen sich die heute Berufstätigen die Aufforderung anhören, sie müßten nun noch zusätzlich anderweitig für ihr Alter vorsorgen.

Aber wovon denn, fragen alle Normalverdienenden besorgt und empört. Schon jetzt im Berufsleben fühlen sie sich (zu Recht) zu stark vom Staat mit den Beiträgen zu den gesetzlichen Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und für die Pflege sowie mit der steigenden Steuerbelastung gebeutelt. Mit einigem Recht sehen sie sich als die Verlierer dieses Umlageverfahrens, die dessen absehbaren und bereits wahrnehmbaren Niedergang ausbaden müssen. Die gegenwärtige Rentnergeneration nimmt sie dagegen als die Gewinner wahr, deren erworbene Rentenansprüche sie mit ihren Beiträgen polstern müssen, ohne selbst ein solches Ruhestandspolster mit diesen Beiträgen je zu erreichen. Das wird als ungerecht empfunden, das führt zu Unverständnis, zu Entrüstung, das schürt Neid, das erzeugt ein großes Unruhe- und Konfliktpotential.

Viele, wenn nicht gar die meisten der jungen Generation werden in der Feststellung einer Berufstätigen auch ihre eigene Situation erkennen: „Ich verdiene netto so viel, wie mein Großvater netto an Rente bekommt. Aber ich soll davon noch ein Haus bauen, Kinder großziehen und für mein Alter vorsorgen. Er dagegen hat das alles schon.“ Der Anlageberater und Autor des Buches „Die Rentenlüge“, Bernd W. Klöckner, drückt dies weit drastischer aus. In einem Kurz-Interview durch die „Bild“-Zeitung auf deren Frage „Leben die Alten auf Kosten der Jungen?“ hat er sich zu der Äußerung hinreißen lassen: „Eindeutig ja! Ich würde sogar sagen, daß die Alten die Jungen bestehlen. Denn die heutigen Rentner und Pensionäre bekommen weitaus höhere Altersbezüge, als die Jungen jemals bekommen werden. Und in dem Moment, wo die Alten mehr bekommen, als ihnen zusteht, und sich gegen notwenige Einschnitte lauthals wehren, bestehlen sie die Jungen.“

Politiker und Medien spielen mit dem Neid der Jungen

Das ist nicht nur unzulässig zugespitzt, sondern auch unzutreffend, weil der Vorwurf des Bestehlens an die Falschen adressiert ist. Zutreffend muß es heißen „Die Politiker bestehlen, und zwar die Alten und die Jungen“. Klöckner beteiligt sich mit solchen Sätzen an der Infamie und Verlogenheit amtierender Politiker. Es sind Politiker, die den „Generationenkonflikt“ heraufbeschworen haben und nun schüren, um von ihrem Versagen und von jahrzehntelangen Fehlentscheidungen ihrer Parteien und Vorgänger abzulenken. Die berufstätige und gerade die junge Generation beklagt sich über die schlimmen Aussichten der GRV völlig zu Recht, aber der Adressat ihrer Anklage muß die verfehlte Altersversicherungspolitik der Politikerkaste seit Konrad Adenauer sein, die Alten sind die falschen Adressaten, denn auch sie gehören zu den Betrogenen.

Mit der versuchten Stimmungsmache, Jung gegen Alt aufzubringen und beide gegeneinander auszuspielen, werden Konflikte heraufbeschworen, die nur weiteres Unheil anrichten. Wenn die heutigen Rentner jetzt als die Glückseligen dargestellt und damit gleichsam gebrandmarkt werden, um sie zum Verzicht auf einen Teil ihrer vermeintlich zu hohen Rente zu nötigen, ist das genauso ungerecht, wie den heute Berufstätigen die finanzielle Last des dahinsiechenden Umlageverfahrens allein aufzuladen.

Verzichte nämlich haben die heutigen Rentner, die „Bestandsrentner“, schon längst hinnehmen müssen. So ist die „dynamische Rente“ endgültig verloren und mit ihr der einst zugesicherte Inflationsschutz. Alle, die schon Rentner sind, müssen damit fertigwerden, daß ihre Renten in den letzten beiden Jahren nicht mehr erhöht worden sind und auch 2006 nicht erhöht werden. Auf die Hälfte davon müssen sie seit Jahresbeginn unversehens sogar Einkommensteuer zahlen.

Die „Bestandsrentner“ werden nun also eine um diese zusätzliche Steuer deutlich geringere Rente erhalten, obwohl sie ihr Arbeitsleben lang darauf vertraut haben, daß es bei dem bleibt, was ihnen führende Politiker einst verspro-

Rente ist kein Almosen vom Staat – Rentner haben Geld eingezahlt

chen haben. Dies wird ihnen erst dann richtig bewußt werden, wenn sie jetzt im neuen Jahr 2006 ihre Steuererklärung für 2005 ausfüllen, oder spätestens dann, wenn der Steuerbescheid eintrifft. Der Steuerpflicht ihrer Rente unterliegen nunmehr rund 3,3 statt bisher zwei Millionen Ruheständler (Schätzung des Bundesfinanzministeriums). Sie bekommen damit die Folgen des Alterseinkünftegesetzes zu spüren, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Mit ihm wird schrittweise der Übergang zur sogenannten nachgelagerten Besteuerung der Renten (und Beamtenpensionen) geregelt. Immerhin ist diese nachgelagerte Besteuerung eine vernünftige und gebotene Neuregelung.

Indirekt gekürzt wurden die Bestandsrenten bereits 2004, weil die Rentner zu ihrer Pflegepflichtversicherung keinen Zuschuß mehr bekommen und den Beitrag dafür allein tragen müssen. Würde eine Privatversicherung so verfahren wie der Staat mit der Rentenversicherung, hätte sie sofort die Versicherungsaufsicht auf dem Hals.

Es ist also nicht so, daß nicht längst auch der heutigen Rentnergeneration einiges abverlangt wird. Ob noch mehr und auf welche Weise, hängt letztlich von den politischen Macht- und Mehrheitsverhältnissen ab sowie von der herrschenden Auffassung von Recht und Moral. Dabei ist zu bedenken, daß die Alten, je mehr sie sich ihrem Lebensende nähern, gegenüber den Jüngeren an Stärke und Lebenskraft verlieren und daher besonderen Schutz verdienen. Dazu gehört eben auch der Schutz ihrer Rente. Diese ist kein Almosen des Staates, sondern durch eigene Arbeit und vertraglich gesichert verdient.

Auf Verträge und Versicherungen muß Verlaß sein. Auf ihre Rente haben sich die Ruheständler im Vertrauen auf das Gesetz und die Versprechen der politischen Parteien und ihren Politikern verlassen. Das Sich-Verlassen-Können liegt auch im Interesse der Jungen, wenn sie selbst darauf angewiesen sind, daß auf Verträge, Versicherungen und gesetztes Recht Verlaß ist.

Wenn sich die heute Berufstätigen zu Recht darüber beklagen, was ihnen die Parteien und Politiker jetzt in der GRV an Beitragslast und Aussicht auf dürftige Renten zumuten, dann sollten sie gemeinsam mit den Alten auf einen wirklichen Systemwechsel dringen, der schrittweise über eine lange Anpassungszeit (25, 30 Jahre) durchzuziehen ist – auch wenn den vollen Nutzen davon erst die Generationen danach haben.

Wesentliche Bestandteile des Wechsels müssen sein: das Umlageverfahren schrittweise in ein Kapitaldeckungsverfahren überführen, ebenfalls schrittweise das Staatsmonopol abschaffen und die Alterversicherung Versicherungsunternehmen im Wettbewerb überlassen, den Arbeitgeberanteil streichen und als zu versteuernden Arbeitsentgelt auszahlen sowie die Beitragszahlungen nicht für versicherungsfremde Leistungen verwenden. Sollte es beim Staatsmonopol bleiben, müßten auch die Politiker mit ihrer eigenen Altersversorgung in dieses Monopol eingebunden werden. Die große Umsteuerung, die die große Koalition jetzt begonnen hat und die sich ebenfalls über eine lange Anpassungszeit hinstreckt, muß also am Ende weit mehr bringen als das, was sie bisher plant.



Gedanken zur Zeit:

Brüssel spricht fast nur noch Englisch

Von Wilfried Böhm

Es ist zwei Jahre her, seit der Deutsche Bundestag einstimmig einen Antrag aller Fraktionen beschloß, in dem es hieß, es gelte, „Deutsch als Arbeitssprache auf europäischer Ebene zu festigen“. Doch geändert hat sich an der allgemeinen Praxis in Brüssel und anderswo nichts. „Das Ansinnen der Deutschen ging wohl irgendwo in Brüssel verloren“, spöttelte der „Südwestdeutsche Rundfunk“, der das Problem zum „Tageschau“-Thema machte, nachdem Bundestagspräsident Norbert Lammert nun endlich beim Europäischen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gegen die dortige Vernachlässigung der deutschen Sprache schriftlich protestiert hat.

Lammert verwies in seinem Brief darauf, daß „die deutsche Sprache von mehr Menschen gesprochen wird, als jede andere Sprache in der Europäischen Union (EU)“. Mehr als 90 Millionen Menschen sprächen Deutsch als Muttersprache, aber immer mehr EU-Dokumente würden nicht mehr vollständig ins Deutsche übersetzt. Auslöser für den Protest Lammerts war die Brüsseler Ankündigung, die Kommissionsberichte über die Fortschritte von Rumänien und Bulgarien auf ihrem Weg in die EU nur auf Englisch vorlegen zu wollen und das angesichts der Tatsache, daß Deutsch neben Französisch und Englisch „halboffiziell“ als gleichberechtigte Arbeitssprache gilt. Neben diesen drei „Arbeitssprachen“ hat die EU 20 Amtssprachen, demnächst wird Irisch als 21. hinzukommen.

In diesen Amtssprachen werden Richtlinien und andere offizielle Texte erstellt, weil sie verbindliches Recht auch für die nationalen Parlamente schaffen. Alle anderen Texte wurden bisher in der Regel auf Deutsch, Englisch und Französisch verfaßt, bis die Unsitte einriß, mehr und mehr Dokumente nur noch auf Englisch vorzulegen. Es rächte sich, daß frühere deutsche Bundesregierungen und die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments diesen Zustand mehr oder weniger hinnahmen, jedenfalls nicht entschlossen genug dagegen vorgingen.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß es in dem Brief des Bundestagspräsidenten an den Kommissionspräsidenten jetzt heißt: „Der Deutsche Bundestag hat die feste Absicht, Verträge, Rechtsetzungsakte und andere relevante europäische Dokumente nur dann zu behandeln, wenn die zu ihrer Bewertung notwendigen Texte, wie Fortschrittsberichte von Beitrittskandidaten, Kommissionsarbeitstexte oder Texte zur Politikfolgenabschätzung in deutscher Sprache vorliegen.“ Diese Dokumente seien nicht nur wichtige Grundlagen für die Beratungen des Bundestages, sondern entscheidende Voraussetzung für seine effektive und reguläre Mitwirkung in den Angelegenheiten der EU.

Man könne in Lammerts Brief durchaus eine Boykottdrohung sehen, nach dem Motto: Wenn Ihr uns nicht auf Deutsch informiert, werden wir nicht mehr reagieren. So jedenfalls sah das der „Tagesschau“-Bericht.

Welche Bedeutung Lammert seiner Initiative beimißt, geht auch daraus hervor, daß er gleichzeitig den EU-Parlamentspräsidenten Josep Borrell sowie Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier um Unterstützung gebeten hat. Der Bürgerbeauftragte im Europäischen Parlament, der Grieche Nikiforos Diamandouros, unternahm ebenfalls einen Vorstoß für eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache durch die EU-Ratspräsident-schaft und zog die Internetseiten der Ratspräsidentschaften in die Debatte ein. Unterstützung fand Lammert auch beim französischen Parlament, als die Präsidien des Bundestages und der Assemblée Nationale bei einer gemeinsamen Sitzung in Berlin „die Gleichheit aller Amtssprachen der EU“ angemahnt und den „gleichzeitigen Zugang zu allen Sprachversionen“ von formellen Dokumenten der Kommission verlangt hatten.

Beim „Verein Deutsche Sprache e.V.“, aus dessen Reihen dabei auch auf die Rolle Deutschlands als größter Nettozahler der EU verwiesen wurde, fand Lammerts Initiative lebhafte Unterstützung. Auch der sich im allgemeinen bei politischen Fragen sehr zurückhaltende Deutsche Kulturrat setzte sich durch seinen Geschäftsführer Olaf Zimmermann für „kulturelle Vielfalt“ ein, „auf die sich die EU-Kommission immer wieder berufe“.

Die Gesellschaft für Deutsche Sprache wertete ebenfalls die Initiative Lammerts positiv. Ihre Geschäftsführerin Karin Eichhoff-Cyrus sagte der „Tagesschau“, es sei zwar „sicherlich ganz praktisch“, nur in einer Sprache kommunizieren zu wollen. Keiner wolle ein „babylonisches Sprachgewirr“ in allen Sprachen. Europa lebe aber von seiner Sprachenvielfalt, und Deutschland sei nun einmal der größte Sprachraum innerhalb der EU. Gerade im Hinblick auf die Osterweiterung sei ein Verzicht auf deutsche Übersetzungen „schlicht falsch“, denn schließlich sei die deutsche Sprache „tief verankert in Osteuropa“.

Aber auch Kritik erntete Lammert für seine Initiative, die dem grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit gar nicht gefällt. Er meinte, der Bundestagspräsidenten habe „einen Bewußtseinsstand von Annodazumal“. Europa habe viele Probleme, „aber kein Sprachproblem“. Lammert solle „lieber mal einen Volkshochschulkurs über Europa belegen“, als Probleme aufs Tapet zu heben, die keine seien, sagte er der „Tagesschau“. Wenn deutsche Parlamentarier keine Lust auf englische Texte hätten, dann „sollen sie eben ein paar Übersetzer einstellen“.

Angesichts dieser Äußerungen und des angekündigten Abbaus der deutschen Sprache im organisierten Europa gewinnt die Initiative des Bundestagspräsidenten hohe Priorität in der deutschen Europapolitik.

Baustelle SPD

Die Sozialdemokraten versuchen sich wiederzufinden – Kurt Beck marschiert vorneweg



Exklusive Veranstaltung: Zur Grundsatzdebatte der SPD am Berliner Alexanderplatz waren nur 300 Parteipolitiker und die Presse geladen. Einfache Mitglieder konnten allerdings in einem seperaten Raum die Sitzung über Großleinwand verfolgen.

Foto: Reuters

Von Markus Schleusener

Die letzte Grundsatzdebatte der SPD ist gründlich ins Wasser gefallen. Der Berliner Programm-Parteitag der SPD 1989 – damals noch im Westberliner ICC – fand unter widrigen Umständen für die Genossen statt.

Ein Monat zuvor war die Mauer gefallen und hat alles in Deutschland über den Haufen geworfen – vor allem das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Den Niedergang des real existierenden Sozialismus Ost mußte die damalige Generation von SPD-Politikern erst einmal verkraften.

Diesmal erfolgt der Auftakt zur neuen Grundsatzdebatte im Ostteil der Stadt. Am Alexanderplatz, jener häßlichen Dauerbaustelle, beginnt die SPD mit ihrer inhaltlichen Neubestimmung: Wer sind wir? Was wollen wir? Diese Standortbestimmung ähnelt der Dauerbaustelle „Alex".

Der Parteitag ist eine Medienveranstaltung, die einen Prozeß einleiten soll, der wichtiger ist als das Programm, das am Ende auf dem Tisch liegt. Bei Programmdebatten ist der Weg das Ziel.

Die SPD ist eine Partei, die Hunderttausende von Mitgliedern hat. Eingeladen sind aber nur 300 Spitzengenossen, dazu rund 100 Pressevertreter. Einfache Mitglieder dürfen in einem separaten Raum Platz nehmen und die Übertragung aus dem Konferenzsaal verfolgen.

Dort steht Ute Vogt auf der Bühne und fordert in reinem Schwäbisch: „Es braucht Visionen, wie die Gesellschaft in 20 Jahren aussieht."

Damit ist der Rahmen abgesteckt: Es geht nicht um tagespolitische Aussagen, sondern um allgemeine politische Forderungen, die sich die SPD auf die Fahne schreibt. Auf die stellvertretende Parteivorsitzende folgt der neue Chef, Ministerpräsident Kurt Beck. Es ist sein erster Auftritt in der Hauptstadt nach dem überraschenden Rücktritt von Matthias Platzeck vom Vorsitz.

Diese Grundsatzdebatte war Platzecks Thema. Der Pfälzer dagegen gilt als Machtmensch vom Schlage Helmut Kohls, als Mann mit dem Ohr am Volk. Intellektuelle Grundsatzdebatte? Das paßt nicht zu Beck, wenngleich er es versteht, in unendlichen, Marx'schen Schachtelsätzen zu reden.

Gleich zu Beginn der Debatte sagt er, Solidarität beziehe sich für Sozialdemokraten nicht nur auf den unmittelbaren Nachbarn, „sondern auch auf die Hungernden in Afrika". Die SPD und Kurt Beck retten die Welt.

Doch dann kehrt der Mainzer Regierungschef aber schnell zu konkreten Beispielen und realen Begebenheiten zurück, das liegt ihm auch viel besser. Beck sinniert über seine Amtswohnung in der Vertretung der rheinlandpfälzischen Landesregierung in der Bundeshauptstadt: „Wenn ich mich manchmal am Abend auf den Balkon setze und an die Mauer denke, die genau hier verlaufen ist, und wenn ich mich daran erinnere, wie wir als Schüler auf der Westseite auf Holzgerüste gestiegen sind, um in den Osten hinüberzuschauen, dann weiß ich wieder, was für eine glückliche Generation wir sind."

Dann setzt er seine Rede fort, indem er sagt: „Wir haben uns manchmal geirrt, aber die Grundpositionen haben immer gestimmt." Solche Sätze wirken wie ein hilfloser Versuch, die eigene Rolle und die mangelnde Distanz der SPD zur SED zu rechtfertigen. Nirgendwo lag die SPD je falscher als in der Frage der „Anerkennung der Realitäten" vor 1989, auch wenn Kurt Beck das Gegenteil zu suggerieren versucht.

Zum anderen positioniert er sich – und das gelingt ihm schon besser – für die kommende Auseinandersetzung mit der Kanzlerin. Merkel spielt selbst ständig auf ihre mitteldeutsche Herkunft und die Zeit vor der Einheit an. Wenn Beck bewußt versucht, es ihr auf diese Art gleichzutun, dann ist die wichtigste Aussage des Parteitages vielleicht doch personeller und nicht inhaltlicher Natur. Nur einmal trifft Beck, der zur Minderheit der Bundespolitiker gehört, die ihren Wehrdienst absolviert haben, eine klare Aussage, die einen klaren Richtungswechsel bedeutet: „Wir müssen auch unseren Beitrag für den Frieden durch unsere Bundeswehr leisten."

Das ist das Gegenteil von dem, was noch im Berliner Programm Kernthese sozialdemokratischer Politik war. Selbst im rot-grünen Koalitionsvertrag von 1998 lautet der erste Satz im Kapitel „Außenpolitik" noch: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik".

Von dieser Politik hat sich die SPD aber bereits unter Schröder verabschiedet. Vor Becks Wortbeitrag wurde ein Film gezeigt, den eine Bundeswehr-Presseabteilung gedreht haben könnte: Soldaten im Auslandseinsatz, die Bundesmarine in fremden Gewässern. Wer hätte das in den 80er Jahren gedacht, als die SPD noch für den politischen Arm der Friedensbewegung gehalten wurde? „Jedes Volk der Welt hat das Recht und die Pflicht, seine Bürger zu schützen", so Becks Fazit ein Vierteljahrhundert nach dem Nato-Doppelbeschluß.

Sklavenhändler

Von Harald Fourier

Die Bibliotheken der Welt sind voll mit Berichten von früheren Sklavenhändlern. Darin beschreiben sie detailliert, wie sie Schwarze den örtlichen Sklavenhändlern in Zentralafrika abgekauft und unter unwürdigen Umständen in die amerikanischen Kolonien transportiert haben. Dort sind die Negersklaven dann auf Plantagen zum Ernteeinsatz gekommen. Sklavenhandel war damals „normal", niemand mußte sich schämen, sprechen sie sich selbst von jeder Schuld frei. Ähnliches erleben wir heute bei den früheren Stasi-Größen, die sich jetzt wieder zu Wort melden.

Ihre Argumentation lautet: Die DDR war ein Staat wie jeder andere auch. Es galten Gesetze, und wer sich nicht daran gehalten hat, der wurde bestraft. Insofern waren wir nicht besser oder schlechter als Polizisten, Staats- oder Verfassungsschützer im Westen.

Oberst Schütze / Pfütze (siehe Artikel unten) ist so einer. Der Stasi-Rentner verbringt seine Zeit jetzt damit, Bücher zu verfassen, in denen er seine Taten rechtfertigt und die Stasi nachträglich von Schuld freispricht.

Streng genommen hat er mit folgendem sogar Recht: Natürlich war die DDR ein Staat, der seine eigenen Gesetze hatte. Die hat jeder Staat. Und jeder Staat achtet darauf, daß diese eingehalten werden.

Aber in keinem Lebensbereich schnitten die DDR und die anderen kommunistischen Staaten verglichen mit dem Westen so grottenschlecht ab wie im Bereich individuelle Freiheit (Reisefreiheit, Pressefreiheit).

Dieses elementare Menschenrecht haben die Kommunisten ihren Bürgern versagt, versagen müssen. Weil ihre Ordnung zwangsläufig mehr Armut und Unfreiheit hervorbringt als jedes andere denkbare Gesellschaftsmodell. Deswegen flüchten die Menschen aus ihrem System.

Also hindern Kommunisten jeden daran, das Land zu verlassen. Im Falle der DDR mit dem Argument, der Staat habe ja in die Ausbildung der Menschen investiert. Na und? Hat er sie gefragt, ob sie das überhaupt wollen? Nein. Er hat über ihren Kopf hinweg entschieden, was – aus seiner Sicht – gut für sie ist, und sie aller Freiheiten beraubt.

Deswegen ist der Kommunismus auch auf Eroberung ausgerichtet. Kommunisten müssen immer ihre Nachbarländer überfallen, um Zufluchtsorte für ihre geschundenen Opfer zu schließen. Als offiziellen Grund geben sie natürlich vor, ihre Revolution ins Nachbarland tragen zu müssen.

Ihre Gefangenen hat die DDR dann genutzt, um Kasse zu machen. Die meisten Regimegegner und / oder Fluchthelfer wurden nach einem Teil der Haftdauer vorzeitig abgeschoben. Der Westen kaufte aus humanitären Gründen frei. Rund 100 000 D-Mark betrug die makabere Kopfpauschale damals ... Erinnert das nicht ein wenig an die Zeiten des Sklavenhandels?

»Wir hatten eben andere Gesetze als die BRD«

Ehemaliger Stasi-Offizier stellte in Berlin sein Buch »Besuchszeit« vor – Sein Tenor: Es war alles gar nicht so schlimm

Von Harald Fourier

Am 11. Mai 1974 öffnet sich die Tür zum Verhörraum im Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin Lichtenberg, Magdalenenstraße. Dem eingeschüchterten Familienvater aus der Bundesrepublik stellt sich ein „Hauptmann Schütze" vor. „Sie werden gleich Gelegenheit haben, einen Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD zu sprechen", donnert Schütze. Der 35jährige Familienvater hat Kontakte zwischen einer Fluchthilfeorganisation und Ausreisewilligen hergestellt. Dann wurde er erwischt. Jetzt sitzt er in Hohenschönhausen, im berüchtigten Stasi-Knast.

Zwei Stunden später sitzen ein Ministerialrat der Ständigen Vertretung (im DDR-Deutsch: „StäV"), der westdeutsche Fluchthelfer und Oberst Schütze zusammen. Der Stasi-Offizier läßt die beiden nicht aus den Augen und unterbricht sie, wenn ihm danach ist.

Später wird der Fluchthelfer abgeführt. Er ist nicht der erste, den die Kommunisten für Monate oder Jahre hinter Gitter bringen. Das Treffen in Berlin-Lichtenberg dagegen ist eine Premiere: Es war der erste Besuch eines Vertreters der StäV bei einem Westdeutschen entsprechend dem gerade in Kraft getretenen Grundlagenvertrag.

„Schütze" heißt in Wirklichkeit Peter Pfütze. „Was wir taten, war rechtens", lautet der zentrale Satz seines Buches „Besuchszeit". Der MfS-Oberst a. D. sitzt 32 Jahre später mitten in Berlin-Lichtenberg, unweit von der früheren Stasi-Zentrale. Im Hotel Ramada stellt er sein Buch offiziell vor.

Pfützes Parteiauftrag bestand über 14 Jahre lang darin, diese Treffen zwischen Diplomaten und inhaftierten Bundesbürgern zu ermöglichen. „Ich bereitete den Häftling auf den Besuch vor. Und ich konnte immer sagen: Der Häftling ist geständig. Das hat die Juristen immer sehr gewundert. Bei mir haben die immer alle gesagt: ‚Ja, ich habe eine Straftat begangen'", schwadroniert Pfütze (72) mit Blick auf seine Opfer.

„Ich habe nicht gestanden", ruft einer dazwischen. Just in diesem Moment ist dem ersten der anwesenden Stasi-Opfer der Kragen geplatzt. „Ich habe neun Jahre gesessen. Die DDR ist doch nicht an Humanitätsduselei eingegangen", beschwert er sich.

Pfütze hebt die Hand verwirrt und wirkt auf einmal ein wenig wie der senile Erich Mielke, der vor der Volkskammer bekennt: „Ich liebe euch doch alle". „Ich bin noch nicht fertig", entgegnet er dem Mann. Pfütze ist es nicht gewohnt, unterbrochen zu werden.

Die ganze Buchvorstellung ist gespickt mit Szenen wie dieser. Frühere DDR-Opfer und Stasi-Täter halten sich die Waage. Mit rund 80 Personen ist der noch zu DDR-Zeiten eingerichtete Seminarraum randvoll. Und weil die DDR-Aufarbeitung große Konjunktur hat, sind das Fernsehen und die Presse auch da.

Neben „Besuchszeit" wird noch das Buch „Der Botschaftsflüchtling und andere Agentengeschichten" vorgestellt. Herausgeber ist Oberst a.D. Gotthold Schramm (74). Als „Stargast" sollte Markus Wolff, der einstige Chef der Stasi-Auslandsabteilung, kommen. Auch deswegen die viele Presse. Doch der Spionage-Boß ist nicht erschienen. Es ginge ihm gesundheitlich nicht so gut, heißt es.

Pfütze schildert in seinem Vortrag die Haftbedingungen im Arbeiter- und Bauernstaat, so wie er sie wahrgenommen haben will: „Der Herr Bräutigam [Leiter der Bonner Ständigen Vertretung, Anm. d. Verf.] hat mir gesagt, daß er sehr zufrieden war. Nicht einer von den 3 000 Besuchen mußte abgebrochen werden. Wir wünschten uns sogar einen schönen Feierabend und ein schönes Wochenende."

Das SED-Opfer Hans-Eberhard Zahn meldet sich hinterher zu Wort. „Die DDR war ein Unrechtstaat", betont er. „Wir waren bemüht, einen anderen Staat aufzubauen. Wir hatten eben andere Gesetze als die BRD", entgegnet Pfütze. „Das hatten die Nazis auch, andere Gesetze", erwidert Zahn. „Wir waren aber keine Nazis" – so geht es hin und her.

Bis ein anderes Stasi-Opfer sich zu Wort meldet und „rotlackierte Faschisten" ruft. Werner Großmann (77), Mielkes Stellvertreter und stiller Zuhörer bis zu diesem Zeitpunkt, steht nun auf und kündigt an, den Mann anzuzeigen. „Sagen Sie mir Ihren Namen", fordert er den DDR-Regimegegner auf. Es klingt wie bei einer Paßkontrolle auf der Transitstrecke.

Als nächstes steht ein Exil-Kubaner auf und wettert gegen die kommunistische Autorenclique: „Wir arbeiten daran, Leute wie Sie dingfest zu machen." Gotthold Schramm antwortet, man dürfe politische Entwicklungen nicht einseitig betrachten. Er spricht von Angriffen auf die Person Castros, von in den USA inhaftierten Kubanern. „Wir wollen zur historischen Wahrheit beitragen" – auch so ein Lieblingssatz aus dem Repertoire der Täter von damals.

Aus diesem Sammelsurium der Propagandabegriffe stammt auch der Begriff „Menschenhändler", wenn von Fluchthelfern die Rede ist. Pfütze hat ein ganzes Kapitel so genannt. Darin heißt es: „Es war nachweislich ein krimineller Erwerbszweig, der den politischen Kontext allenfalls als Geschäftsrahmen verstand."

Gegen solche Verbrecher mußte der Staat natürlich einschreiten. Deswegen heißt es auch abschließend in „Besuchszeit": „Wir waren eine legale Institution eines souveränen Staates, der sich nationale Gesetze gab, welche sich an internationalen Normen orientierten."

Datenschutz gefährdet

Holocaust- und Zwangsarbeiterarchiv soll sich allen öffnen

Von Sverre Gutschmidt

Das Leben von 17 Millionen Menschen steht nach Willen der deutschen Justizministerin Brigitte Zypries bald direkten Einblicken offen. In Washington gab sie internationalem Druck auf Öffnung des Holocaust- und Zwangsarbeiterarchivs Bad Arolsen nach und versprach direkten Zugang zu den in einer ehemaligen SS-Kaserne vom Roten Kreuz verwalteten Akten. Deutsche Datenschutzbedenken hatten bisher nur schriftliche Anfragen für unmittelbar Betroffene und deren Angehörige ermöglicht.

Zirka 150 000 Anfragen gehen jedes Jahr aus aller Welt in Bad Arolsen ein. Das nordhessische einstige Residenzstädtchen zwischen Kassel und Paderborn birgt ein barockes Juwel – seine nach Schachbrettgrundriß angelegte Altstadt, außerdem ein schmuckes Schloß – sowie eines der umfangreichsten Archive zu Opfern des NS-Regimes weltweit. Ein Archiv, abgeschottet von nach Gutdünken handelnden Mitarbeitern. So sehen es US-amerikanische und jüdische Organisationen. Den meisten Deutschen war der Ort bisher bestenfalls als Stelle des „Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes“ bekannt.

Eben der ist für die zahlreichen Anfragen nach Schicksalen in der Kriegs- und NS-Zeit auf die Akten der NS-Bürokratie angewiesen. Ob Kriegsgefangene, die nach ihrer Gefangenschaft weiter zur Arbeit eingesetzt wurden, KZ-Insassen, deportierte Juden oder aus besetzten Gebieten Verschleppte – die keineswegs vollständigen Karteien in Bad Arolsen sind vielen letzte Hoffnung, vom Verbleib von Menschen zu erfahren, die in die Mühlen des NS-Systems gerieten. Unter ihnen sind auch deutsche Opfer der NS-Justiz. Was bei Kriegsende von den niedergeschriebenen Verwaltungsuntaten sichergestellt wurde, diente bei den Nürnberger Prozessen als Beweismaterial und kam danach größtenteils nach Bad Arolsen. Entsprechend hoch sind die Erwartungen. Vorsorglich weist der Suchdienst auf seiner Internetseite darauf hin, man könne nicht über Opferrentenansprüche befinden. Viele müssen damit rechnen, daß über die von ihnen Gesuchten nichts vorliegt. Die Vorwürfe, mit denen die „Washington Post“ die deutsche Justizministerin auf ihrer USA-Reise überrumpelte, klingen hingegen besonders hart: „Die Schlange der Opfer, die auf Informationen über ihr Leben warten, hat die Hunderttausendermarke erreicht, die Beweise, das Archivare Dokumente zurückhalten, sind überwältigend, Überlebendengruppen in Deutschland und anderswo protestieren, und Historiker verlangen besseren Zugang.“



Foto: pa

Das Archiv in Bad Arolsen: Die USA zwangen Justiz-Ministerin Zypries zur Öffnung.

In Bad Arolsen sorgt die harsche Kritik für Kopfschütteln. Udo Jost, Pressesprecher des „Internationalen Suchdienstes“ räumt ein: „Sicher haben wir einen Rückstand aber nicht hunderttausendfach. Die Entschädigung der 950 000 Zwangsarbeiter, die wir mit unseren 345 Mitarbeitern 2003 und 2004 bearbeiteten, hatte absoluten Vorrang. Schließlich lebten diese Opfer noch, sollten so schnell wie möglich entschädigt werden.“ Vier bis sechs Wochen standen dafür pro Fall zur Verfügung und das bei einem Bestand von 30 Millionen Archivobjekten. „Bei Alter, Krankheit oder Gerichtsterminen von Anfragestellern machen wir natürlich nach wie vor einen vorgezogenen Termin“, so Jost. Die Enttäuschung über den einsamen Entschluß der Ministerin ist beim Suchdienst spürbar: „Frau Zypries und ihr Ministerium haben sich vor der Erklärung, die Daten freizugeben, nicht über unsere Arbeit informiert, uns kontaktiert, auch das Bundesaußenministerium nicht“, sagt Jost und verweist auf das Innenministerium, das eigentlich zuständig sei – auch von da keine Anfrage oder Kritik. Von Beschwerden von Antragstellern aus In- und Ausland ganz zu schweigen. Die bewegten sich im normalen Rahmen – immerhin 56 Prozent aller Anfragen könne aufgrund der Bestände bearbeitet werden. Natürlich gebe es da auch Frust.

Die Richtlinien für den Dienst kommen seit 60 Jahren von einer internationalen Aufsichtsbehörde – unter den Mitgliedern auch die USA. Sie geben die Regeln vor, nach denen der Suchdienst funktioniert, einschließlich Datenschutz. Verschleierung von deutscher Seite erscheint allein deswegen schwer möglich. Die geschickt lancierte Kritik hat offenbar nun ein Ende. Denn jetzt soll jeder der elf Staaten die dem Aufsichtsrat angehören eine Kopie des vollen Datensatzes aus Bad Arolsen erhalten. Belgien, Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika können nach Umsetzung des zypriesschen Friedensangebots in ihren Suchdienst-Außenstellen selbst entscheiden, wer was einsehen darf.

Die politische Brisanz: Der bisherige Datenschutz wäre so nicht mehr zu gewährleisten, eine Verpflichtung dazu oder auch nur international gleiche Bedingungen für die Einseher sind nicht geplant. „Wir befürchten nicht die Schließung“, so Jost – ein Bedeutungsverlust ist die Entscheidung allemal. Wozu noch Hunderte Archivare beschäftigen, wenn diese einmal alle Daten digitalisiert haben? – dies ist mit den Namen der Opfer bereits geschehen. Über 50 Prozent der Daten sind industriell gescannt – auch dieser Erfolg könnte ein Grund des Ansinnens auf „direkten Zugang“ sein. Sara Bloomfield, Direktorin des US Holocaust Museums schätzt, das „Archiv wird immense historische Bedeutung haben, eine riesige Gabe für Forscher mehrerer Generationen“. Genau darin lag bisher die große Schwäche: Historiker hatten grundsätzlich keinen Zutritt. „Wir wollen ja, das die Historiker kommen, aber bitte zu gleichen Bedingungen wie in Rom, Jerusalem und wo auch immer“, entgegnet Jost.

Letztendlich droht nämlich die Washingtoner Entscheidung den Schutz der Opfer aufzuweichen – nicht den der Täter, wie die schärfsten Kritiker der Bad Arolsener Einrichtung behaupten. Wenn erst die Daten im Internet zugänglich sind, kann jeder sehen, wessen Familie den NS-Machthabern als „asozial“ galt. NS-Euthanasie, Zwangssterilisierungen, Gestapo-Vernehmungsprotokolle – auch das gehört zum sensiblen Erbe von Bad Arolsen. Jost und seine Kollegen wollen diese stigmatisierenden Daten nicht im Internet wiederfinden.

Nähere Informationen: Internationaler Suchdienst, Große Allee 5–9, 34454 Bad Arolsen, Telefon (0 56 91) 60 37

Gewinner der Einheit

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Von Helmut Matthies

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten „die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen“. Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung? Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages. Der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels begründete dies lapidar mit den Worten, man habe sich „mit der kommunistischen Fraktion geeinigt“, und dann „bekommt man eben eine Kommunistin“. Petra Pau arbeitete einst im Zentralrat der FDJ. Christen, die sich weigerten, der FDJ beizutreten, durften oft nicht an die Oberschule beziehungsweise an eine Hochschule. Ihnen wurde damit trotz Begabung eine Karriere verweigert. Sie müssen jetzt mit geringeren Verdiensten auskommen. Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, beklagte jetzt die zunehmend „aggressive Propaganda“ sogar früherer Stasi-Mitarbeiter. Ausgerechnet während einer Diskussion in der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen beherrschten die Täter die Debatte, konnten Opfer gar als Kriminelle bezeichnen. Der anwesende Berliner Kultursenator Thomas Flierl (von der PDS!) schritt kaum ein. Für Birthler ist dies alles alarmierend, denn die SED-Diktatur sei ganz und gar nicht harmlos gewesen: „Es hat 250 000 politische Gefangene gegeben, darunter viele, deren Leben zerstört wurde.“

Noch längst ist die Stasi-Aufarbeitung – auch in den Kirchen – nicht beendet. In letzter Zeit wurde bald alle paar Tage ein neuer Fall in Sport und Politik bekannt. Dagegen haben die Opfer kaum Fürsprecher. Im Gegenteil: Anfang April hatte der PDS-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Peter Porsch, zu einer Buchlesung mit Ex-Stasi-Offizieren in Dresden eingeladen. In dem Buch wird das Wirken der Stasi beschönigt. Als sich die wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte Bautzen (dort war das brutalste DDR-Gefängnis, in dem auch Christen inhaftiert waren), Silke Klewin, und ihr Kollege zu Wort meldeten, ernteten sie „nur höhnisches Gelächter“ (so die „Sächsische Zeitung“). Nach der Lesung sagte sie: „Einige der ehemaligen Häftlinge bekommen es wieder mit der Angst zu tun.“ Angst im demokratischen Deutschland vor denen, die vor mehr als 15 Jahren Verbrechen verübt haben? Deutschland hat 6 000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. Ein kleiner Trost ist, daß jetzt in vielen Kinos der Film „Das Leben der Anderen“ läuft, in dem die Brutalität der Stasi deutlich wird. „idea“ setzt ein kleines Zeichen: Sein Freundeskreis fährt am übernächsten Wochenende nach Bautzen. In der Gedenkstätte berichten zwei Christen, wie sie Gott erlebt haben – in der Haft.

Helmut Matthies ist bei „idea“ zuständig für die Gesamtleitung.

Vorstoß der Balten

EU will Stalinismusopfer fördern

Auf Drängen einer Gruppe von polnischen und baltischen Parlamentariern, unter ihnen Vytautas Landsbergis aus Litauen und Tunne Kelam aus Estland, hat das Europäische Parlament beschlossen, künftig nicht nur das Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus, sondern auch das an jene des Stalinismus finanziell zu fördern. Der zuständige EU-Kulturkommissar Jan Figel begrüßte diese Initiative in einer Rede vor dem Straßburger Plenum nachdrücklich.

> Viele starben in sowjetischen GULags

Rückendeckung bekam er vom englischen Europaabgeordneten Christopher Beazley, Präsident der Paneuropa-Union Großbritannien: „Ein verweigertes, ignoriertes oder verzerrtes Erbe hinterläßt eine Gesellschaft, die von der Realität abgetrennt ist, deren wahre Natur und Charakter immer noch unterdrückt und ihres Geburtsrechts beraubt bleiben.“

Deshalb sei die jetzt vorgeschlagene Ausweitung der bisherigen Förderpraxis von enormer Bedeutung für Hunderttausende von Mittel- und Osteuropäern. Deren Familien oder Familienmitglieder seien hingerichtet oder in Stalins GULags deportiert worden, wo sie vielfach starben, „aus keinem anderen Grund, als daß ihr Weiterleben als eine Bedrohung für die illegale Besetzung ihrer Länder betrachtet wurde,“ die von Hitler und Stalin im Molotow-Ribbentrop-Pakt vereinbart worden sei. Man solle die Tatsache nicht verwischen, daß Hitler und Stalin verbündete Kriminelle gewesen seien.

Der vom NKWD, dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der Sowjetunion, am 11. Oktober 1939 herausgegebene Befehl Nr. 001223 mit dem Titel „Über die operative Behandlung antisowjetischer und gesellschaftlich störender Elemente“ sei der Auftakt für die von Merkulow, dem Volkskommissar für Staatssicherheit der UdSSR, angeordneten und von seinem Stellvertreter Serow umgesetzten Massendeportationen gewesen. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 1941 seien 34 260 Personen aus Litauen deportiert worden, 15 081 aus Lettland und 10 205 aus Estland. Beazley: „Das war nur die bekannteste von den vielen Deportationen, die bis 1951 weiterliefen.“ Der britische Paneuropäer begrüßte, daß die EU nun die Erinnerung an die Opfer dieser beiden Diktaturen unterstützen werde: „Ohne Wahrheit kann es keine Versöhnung geben. Das russische Volk von heute ist um nichts mehr verantwortlich für Stalins Verbrechen, als das deutsche Volk für diejenigen Hitlers.“ Aber europäische Bürgerschaft und gute Nachbarschaft könnten nur auf Respekt vor allen Opfern der totalitären Systeme begründet sein. EB

Von JÜRGEN LIMINSKI

Gegen die Mütter

Das »Bündnis für Erziehung« sieht aus wie ein Ablenkungsmanöver

Wieder ein Bündnis. Diesmal geht es um Erziehung und Elterngeld. Dafür stehen nun die Bundesfamilienministerin und die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland. Frau von der Leyen konnte die Kirchen für das Bündnis gewinnen, indem sie ihnen das Geschirr der Wertevermittlung und Erziehung anlegte. Es ist unerfindlich, warum die Kirchen sich instrumentalisieren und vor einen Karren spannen lassen, der im besten Fall ein Rad hat: das Interesse der Ministerin, das mit dem Interesse der Wirtschaft identisch ist, möglichst gut ausgebildete junge Mütter (die sind nämlich preiswert und verantwortungsbewußt) in die Betriebe zu locken. Die Kirchen werden das noch erklären können, für die Initiative selbst kann man schon ein Verfallsdatum erkennen: Abgelaufen vor Inkrafttreten.

Zunächst: Zwischen Erziehung und Elterngeld gibt es einen simplen Zusammenhang. Für die Erziehung braucht man Kinder, und die wird es in Deutschland nur in größerer Zahl geben, wenn die Eltern wegen der Kinder nicht noch weiter verarmen. Da stimmen alle seriösen, das heißt nicht von der Politik bestellten Umfragen und Studien überein. Allensbach etwa ermittelte, daß 47 Prozent der Kinderlosen Kinder bekämen, wenn sich die finanzielle Situation dadurch nicht so dramatisch verschlechtern würde, nur 14 Prozent gaben an, daß eine defizitäre Betreuungssituation die Ursache für den nicht realisierten Kinderwunsch sei. Frau von der Leyen und ihre Vorgängerin wünschen nun vor allem Kinder von Akademikerinnen. Das soll das Elterngeld ermöglichen. Auch hier gibt es mehr Fragen als Antworten. Zum Beispiel, warum Kinder von Nicht-Akademikerinnen oder von Frauen, die nicht im Erwerbsleben stehen, weniger wert sein sollen. Ferner, warum erwerbstätige Frauen mehr Kinder bekommen als Frauen, die sich für die Erziehung ihrer Kinder zu Hause und das Familienmanagement entschieden haben. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen jedenfalls dagegen. In Schweden ist die Geburtenquote nach Einführung eines Elterngeldes und trotz eines flächendeckenden Betreuungsnetzes von 2,14 Kindern (1990) auf 1,5 (2002) gefallen. Es gibt noch viele andere Faktoren, die das sogenannte generative Verhalten bestimmen. An deutschen Universitäten etwa, den Hochburgen der akademischen Elite, hat die erbarmungslose Konkurrenz eine Familienfeindlichkeit erzeugt, die dazu führte, daß 77 Prozent der Akademikerinnen kinderlos bleiben (wollen). Dazu hat man von der Ministerin keinen Kommentar gehört. Von der Bischofskonferenz übrigens auch nicht.

Dann: Das Getöse um das Elterngeld ist nur ein billiges Ablenkungsmanöver, denn die große Koalition wird mit der Abschaffung der Pendlerpauschale und dem schon beschlossenen Wegfall der Eigenheimförderung sowie der Verkürzung der Bezugsdauer des Kindergeldes um zwei Jahre den Familien bereits so tief in die ohnehin kleine Geldbörse greifen, daß selbst ein großzügigeres Elterngeld dieses Minus nicht kompensieren könnte. Diese Koalition hat die Familien in der Tat ärmer gemacht. Experten beziffern die familienspezifischen Kürzungen und Mehrbelastungen auf 8,5 Milliarden Euro. Das ist die Ausgangslage. Darüber sollte man erst mal reden, statt Werte zu beschwören.

Hinzu kommt, daß die zusätzliche Bedingung der zwei Vätermonate spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern wird. Das Grundgesetz trägt den Eltern als ersten Recht und Pflicht zur Erziehung auf. Der Staat hat sich nicht in die internen Organisationsweisen der Erziehung einzumischen.

Außerdem werden Eltern ungleich behandelt, wenn Alleinerziehende die ganzen zwölf Monate das Elterngeld bekommen und Eltern dagegen nur zehn, weil der Vater sich nicht zwei Monate aus seiner Arbeit ausklinken kann. Verfassungswidrig dürfte auch die Ungleichbehandlung von Hausfrauen auf der einen und außer Haus berufstätigen Frauen auf der anderen Seite sein. Schon stehen Gruppen und Verbände in den Startlöchern, um mit höchst prominenter Beratung vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Warum die Union sich hier auf das ideologische Eis der SPD und ihrer DDR-light-Konzepte ziehen läßt, statt sich an ihr altes Programm (Erziehungsgeld für alle, Freibetrag von 8 000 Euro pro Kopf in der Familie, Rentenzuschlag pro Kind etc.) zu halten, woran jetzt einige Politiker bedauernd erinnern, wird vielen Wählern ein Rätsel bleiben

Und das große Thema Erziehung? Der Ansatz des Bündnisses ist gut und deshalb machen die Kirchen ja auch mit. Frau von der Leyen aber will die Erziehung von den Familien in Krippen, Horte und Kindergärten der christlichen Kirchen verlagern, weil sie glaubt, daß vor allem dort Werte vermittelt werden, zum Beispiel die zehn Gebote. Abgesehen davon, daß Moses, der uns bekanntlich die zehn Gebote brachte, kein Christ, sondern Jude war, ist Wertevermittlung für Kleinkinder keine Sache des Wissens, sondern des Vertrauens, eine Angelegenheit des Herzens, mithin der Liebe. Dafür gibt es zahlreiche wissenschaftliche Belege, Pisa-Sieger Finnland hält sich daran. Keine Erzieherin kann eine liebende Mutter ersetzen. Liebe bestätigt existentiell, sie ist eben kreativ, Betreuung aber im besten Fall nur fürsorglich. Statt die heute in der Tat oft über ein erträgliches Maß geforderten Mütter zu stärken, plädiert Frau von der Leyen für eine frühestmögliche Fremdbetreuung. Wenn es ihr nur um mehr Kinder und den Bedarf der Wirtschaft an jungen gut ausgebildeten Frauen geht, dann sollte sie das sagen. Ehrlichkeit, Verläßlichkeit, Gerechtigkeitssinn – das sind nicht nur für Kinder hehre Erziehungsziele. Auch Politiker sollten sich gelegentlich daran messen. Am besten, bevor sie sich in eine Idee verrennen.


Foto: plainpicture

Eine Mutter liest ihrer Tochter vor: In erster Linie sollten es die Eltern sein, die Kindern Werte vermitteln.

Rütli? Der Fall Sürücü? – Nie gehört!

Norddeutsche Landeshauptstadt legt Integrationspapier vor, das es Ausländern noch leichter macht, sich nicht zu integrieren

Von HANS-JOACHIM VON LEESEN

Norddeutschland gehört mit einigen Ausnahmen nicht gerade zu den Gebieten, in denen sich Ausländer ballen. Zwar sind die norddeutschen Länder von Horrorzahlen, wie sie etwa Nordrhein-Westfalen aufweist (27 Prozent der Einwohner sind Ausländer) oder Baden-Württemberg (18 Prozent Ausländer), weit entfernt, doch stellen sie dort erhebliche Probleme dar, wo sich die im Durchschnitt wenigen Ausländer in einzelnen Stadtteilen zusammenfinden. Die norddeutsche Landeshauptstadt, von der hier die Rede sein soll, weist insgesamt „nur“ zehn Prozent ausländische Einwohner auf – in Neudeutsch irreführend „Migranten“ genannt, was eigentlich Wanderer bedeutet, nicht aber ausländische Einwanderer, – doch konzentrieren sie sich in einem Stadtteil, wo sie 25 Prozent der Bewohner ausmachen. Hier häufen sich die Probleme. Schon längst ist man sich einig, daß die Grenze der Integrationsfähigkeit erreicht ist.

Nun hat die Ratsversammlung dieser Landeshauptstadt auf Antrag eines „Forums für Migrantinnen und Migranten“ vor eineinhalb Jahren beschlossen, ein Integrationskonzept zu erarbeiten. Dazu wurde eine Lenkungsgruppe gebildet, in der auch Vertreter aller Ratsfraktionen – CDU als stärkste, SPD und Grüne – vertreten sind. Kürzlich wurde der Entwurf eines „Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt“ den Parlamentariern vorgelegt. In der Einleitung wird geflunkert, daß „allen Mitgliedern der Lenkungsgruppe ... eine breite Einbindung der Öffentlichkeit sowie der städtischen Ämter besonders wichtig“ sei. Als der Berichterstatter beim zuständigen Amt den Text dieses Papiers erbat, wurde es ihm zunächst verwehrt.

Als dieses 32 Seiten umfassende Monster-Programm durchgesehen war, da drängte sich die Frage auf, ob die Politiker der Stadt lernunfähig seien.

Mindestens seit der letzten Bundestagswahl weiß die Öffentlichkeit, daß die CDU Abschied genommen hat vom Plan, Deutschland in eine multikulturelle Gesellschaft zu verwandeln. Sie will, das verkündete sie jedenfalls in der Wahlpropaganda, erreichen, daß die Ausländer sich in Deutschland integrieren, oder noch deutlicher: in die deutsche Leitkultur, auch wenn es die meisten Politiker nicht deutlich zu sagen wagen. Aber schon die Lektüre der Einleitung dieses Konzeptentwurfes macht deutlich, wohin die Reise gehen soll. Man findet darin keinen Hauch von jener Forderung der CDU, es müsse Schluß sein mit der Multikulti-Gesellschaft. Da kann auch nicht die Ausrede gelten, Verfasser des Konzepts sei die Ausländerbehörde der Stadt, die nach jahrzehntelanger SPD-Herrschaft fast ausnahmslos mit Linken besetzt sei. Ausdrücklich hatte die Ratsversammlung seinerzeit beschlossen, daß zur Lenkungsgruppe zur Formulierung dieses Konzepts die Sprecher für Ausländerpolitik aller Ratsfraktionen gehören, so natürlich auch die der stärksten Fraktion, der CDU. Die aber hatte sich offenbar bei der Formulierung vornehm zurückgehalten.

Zwar wird in dem Papier – wohl aus Taktik – der Begriff „Multikulti“ vermieden, doch was soll es denn anderes heißen, wenn in der Präambel nach der banalen Feststellung, die Landeshauptstadt sei „eine weltoffene Stadt“ und müsse das auch bleiben, als Voraussetzung dafür, daß sie es bleibt, genannt wird, sie müsse dann auch die verschiedenen Lebensweisen anerkennen? Da ist sie, die Multikulti-Schnapsidee! Weiter ist davon die Rede, daß eine „Kultur des Respekts, des gleichberechtigten Miteinanders der unterschiedlichen Menschen“ erforderlich sei. Die stets bei solcher Gelegenheit wiederholte Behauptung, daß „die Integration mit Menschen mit Migrationshintergrund“ eine „kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung der Stadt“ bedeute, wird auch hier nicht einmal im Ansatz versucht zu belegen. Sie bleibt eine inhaltsleere Phrase, die offenbar die Tatsache verschleiern soll, daß bisher die verfehlte Ausländerpolitik überwiegend schwerwiegende Probleme geschaffen hat. Überhaupt werden Probleme und Schwierigkeiten im gesamten Papier sorgsam verschwiegen.

Schwerpunkte der Integration sollen „interkulturelle Bildung und Erziehung“ sein, die „interkulturelle Öffnung der Verwaltung“, alles Hinweise auf die angestrebte Multikultur, auch wenn es dann heißt, es gehe um „die Herstellung eines Ganzen aus der Vielzahl von Verschiedenem“. Verlangt wird ferner, daß „Unterschiede (der Kulturen) wahrgenommen und ausgehalten werden müssen“, was im Widerspruch steht zu der weiteren Forderung, der „Anerkennung der Freiheit Andersdenkender und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Wort und Tat“. Dabei müßte doch gerade in diesen Tagen sogar der letzte Gutmensch begreifen: Wenn ich kulturelle Unterschiede „wahrnehme“ und „aushalte“, dann würde dazu auch die ganz andere Bewertung der Frau und der Familienehre im orientalischen Kulturkreis gehören. Und welche Folgen diese Art der Toleranz haben kann, davon berichten die Medien seit Wochen! Zwar schreiben die Verfasser des Konzepts, „eindeutige und erfüllbare Anforderungen an die Zuwanderer“ zu stellen, doch gleichrangig wird daneben vermerkt, „daß dem gegenüber klare und garantierte Ansprüche der Zuwanderer an die Aufnahmegesellschaft (gemeint ist: die deutsche Gesellschaft) angemeldet werden dürfen“: Da stellt sich die Frage: Wo bleiben dabei eigentlich die Deutschen?

Verlangt wird auch, daß das Personal von Kindertagesstätten und Schulen mehrsprachig sein muß, womit wieder jeder Schritt zur Integration der Ausländer vermieden wird. Es sei mehr zu unternehmen, die Deutschsprachigkeit Erwachsener, „die bereits seit längerem in dieser Stadt leben und aus den unterschiedlichsten Gründen keine oder nur wenige Sprachkurse besuchen konnten“, zu heben. Wieder fehlt die Feststellung, daß viele Ausländer die Kurse auch gar nicht besuchen wollten oder aus religiösen Gründen nicht besuchen durften. Man denke an die islamischen Frauen, bei denen das größte Defizit an Kenntnissen zu verzeichnen ist. Kurse werden seit Jahrzehnten den Ausländern angeboten, doch sie werden nur von einem kleinen Teil der Betroffenen angenommen.

Es wird gefordert, daß die Landeshauptstadt „entschieden“ jeder Erscheinung des Antisemitismus, der Islamfeindlichkeit und der Fremdenfeindlichkeit entgegentritt, doch fehlt die Feststellung, daß sie auch gegen Deutschfeindlichkeit vorzugehen hat. Das dürfte um so wichtiger sein, nachdem in den letzten Wochen endlich offen ausgesprochen wurde, daß etwa deutsche Schüler von ausländischen Mitschülern mit Beschimpfungen wie „Schweinefleischfresser“, „Hurentöchter“ und „Ungläubige“ permanent diskriminiert werden. Das stört aber die Verfasser des Integrationspapiers offenbar weniger.

Mehrsprachige Hinweisschilder und Informationen soll es für Kindertagesstätten, Schulen und Ämter geben, aber auch amtliche Formulare oder Hausordnungen in Mehrfamilienhäusern sollen in Zukunft in mehreren Sprachen abgefaßt sein. So dürfte es dann kein Ausländer mehr nötig haben, die deutsche Sprache zu erlernen. In Sportvereinen sollten bei der Wahl zu Vorständen Ausländer berücksichtigt werden. Damit wäre der Quotenausländer geboren. Das gilt auch für Behörden und Ämter, was eine unzulässige Bevorzugung von Ausländern bedeutet und nach dem Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3 verboten ist.

„Die Förderung der Partizipation von Migranteneltern“, heißt es in einer Sprache, die man kaum noch als deutsche bezeichnen kann, sei ein Hauptpunkt der Integration, und dann geht es darum, was man alles den Ausländern „anbieten“ und „ermöglichen“ sollte. Beides sind Begriffe, die sorgsam eine Verpflichtung der Ausländer vermeiden. Angebote kann man annehmen oder ablehnen. Viele Ausländer und vor allem Ausländerinnen haben bisher die in großer Zahl angebotenen Möglichkeiten der Integration nicht angenommen. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Nach diesem Konzept dürfte sich darin in Zukunft nichts ändern.

Eine besonders abstruse Forderung findet man unter der Überschrift „Wohnen und Wohnumfeld: Handlungsempfehlungen“. Da heißt es „Bereitstellung von gutem, bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen, unabhängig von der Nationalität“ sei zu fordern. Das dürfte erst zu erfüllen sein, wenn alle Wohnhäuser verstaatlicht sind. Und der alte Multikulti-Traum drückt sich in der Forderung aus nach „Raum für gemeinsame Feste“, in dem dann Claudia Roth tanzen kann. Von der Unfähigkeit, aus Erfahrungen zu lernen, spricht besonders deutlich die Forderung nach „freier Wahl der Wohnungen von Migrantinnen und Migranten ... auch wenn hierdurch stärkere Präsenz in einzelnen Stadtteilen auftritt“. Was um die Jahreswende in Frankreich in den Vororten großer Städte geschehen ist, daß nämlich Ausländerghettos explodierten, nehmen die Verfasser des Integrationspapiers in Kauf.

Bei dem Projekt handelt es sich um einen Entwurf. Unter der Hand hört man, daß zahlreiche Vertreter der CDU im Stadtparlament nicht begriffen haben, auf was sie sich mit diesem Konzept eingelassen haben. Sie strafen damit die offizielle CDU-Parteipolitik Lügen, die den Wählern verkündet hat, sie wolle Schluß machen mit der Multikulti-Politik. Mit einiger Spannung darf man beobachten, wie sich dieser Entwurf entwickelt.

Am realistischsten wäre es, er wanderte in den Papierkorb.

Von DIETRICH ZEITEL

»Gasprom« zeigt Muskeln

Russischer Energieriese droht Europa – Wie realistisch ist ein Gaslieferstop?

Letzte Woche schreckte der russische Erdgasproduzent „Gasprom“ die Staaten der EU mit der Drohung auf, möglicherweise die Senkung des Lieferungsumfangs zu prüfen, falls seine Interessen „nicht genug Beachtung“ fänden. Erinnerungen an den russisch-ukrainischen Gasstreit vom Anfang des Jahres, in dessen Verlauf „Gasprom“ die Lieferungen an die Ukraine vorübergehend einstellte, wurden wach. Aktueller Anlaß für die heftige Reaktion des russischen Staatskonzerns in Richtung EU sind Pläne der britischen Regierung, eine mögliche Übernahme des britischen Gasversorgers „Centrica“ durch „Gasprom“ zu verhindern. Großbritannien ist für „Gasprom“ deshalb interessant geworden, weil es in den letzten Jahren mehr und mehr vom Gasexporteur zum -importeur geworden ist. „Gasprom“ will laut „Spiegel-Online“ bis 2015 20 Prozent der britischen Gasversorgung bestreiten. London erwägt deshalb eine Gesetzesänderung, die der Regierung ein Vetorecht bei einem derartigen Zusammenschluß ermöglicht. „Gasprom“-Vorstandschef Alexei Miller erklärte daraufhin vielsagend, daß es „notwendig“ sei zu erwähnen, „daß Versuche, ‚Gasproms‘ Aktivitäten in Europa zu beschränken und Gasversorgungsfragen zu politisieren, ... nicht zu guten Resultaten führen werden.“ Weiter führte Miller gegenüber der „Financial Times Deutschland“ („FTD“) vielsagend aus, daß „nicht vergessen werden sollte, daß wir uns aktiv mit neuen Märkten wie China und Nordamerika vertraut machen“.

Reaktionen in der EU auf dieses Muskelspiel blieben nicht aus. Österreichs Wirtschaftsminister Bartenstein forderte, alternative Projekte voranzutreiben und verwies auf das „Nabucco-Pipeline-Projekt“, das die EU bis 2011 mit kaspischen und auch iranischen Erdgasvorkommen verbinden soll. Dieses Projekt ist eines von mehreren Projekten, Rußland bei den Gasleitungen Konkurrenz zu machen. Die Wiener „Nabucco Company“ plant derzeit mit Unterstützung der EU eine Gasleitung, die von der Ostgrenze der Türkei über den Balkan nach Österreich führen soll und bis in die Niederlande verlängert werden könnte. Allerdings, und dies ist das große Fragezeichen, das hinter diesen Plänen steht: Sollte es wegen des Atomprogramms des Irans zu einer militärischen Konfrontation kommen, dürfte deren Umsetzung ernsthaft in Frage gestellt sein. Nämliches gilt für Projekte von „BP Amoco“, parallel zur Erdölleitung Baku-Tiflis-Ceyhan eine Gasleitung ins türkische Erzerum zu bauen, beziehungsweise für die Planung eines Baus einer Gasleitung vom Iran nach Armenien, die dann bis nach Europa verlängert werden könnte.

Angesichts der Unwägbarkeiten derartiger Pläne stellt sich für die Europäer deshalb die Frage, wie ernst die Drohungen des russischen Energieriesen zu nehmen sind. Hier ist zunächst festzustellen, daß „Gasprom“ etwa über ein Sechstel aller „sicher wirtschaftlich gewinnbaren Gasreserven der Welt“ verfügt und über das mit einer Länge von etwa 150 000 Kilometern größte Fernleitungsnetz der Welt zirka 90 Prozent seiner Exporte (Erdöl und Erdgas) in Europa absetzt. Hauptimporteure sind derzeit die Türkei, die Ukraine, Deutschland, Frankreich, Italien sowie Weißrußland (Zahlen 2004).

Der größte Teil des russischen Gases fließt dabei durch das ukrainische Gastransportnetz. Das System der nach Westen führenden russischen Haupterdgaspipelines beginnt nach Angaben von Roland Götz von der Forschungsgruppe Rußland / GUS der Stiftung für Wissenschaft und Politik „mit zwei Leitungssträngen in den großen westsibirischen Erdgasfeldern südöstlich der Jamal-Halbinsel“. Der zentrale südliche Strang, der den Namen „Bruderschaft“ trägt, läuft durch die Ukraine, die Slowakei und Tschechien über Österreich nach Deutschland. Eine Abzweigung durchquert Rumänien und endet in der Türkei. Der nördliche Strang („Polarlicht“) durchläuft Weißrußland und vereinigt sich in der Ukraine mit dem südlichen Strang. Eine dritte Leitung („Union“) führt von den Gasfeldern im Wolga-Ural-Gebiet in die Ukraine, wo sie in die Hauptleitung mündet. Diese Transportinfrastruktur verdeutlicht unter anderem, warum Rußland an der Ostseegaspipeline interessiert ist. Der geplante Leitungsverlauf umginge die (westlich orientierten und damit aus russischer Sicht „unsicheren“ Staaten) Ukraine und Polen, aber auch Weißrußland. Durch diese Staaten laufen derzeit alle Gasfernleitungen von Rußland in Richtung Westeuropa.

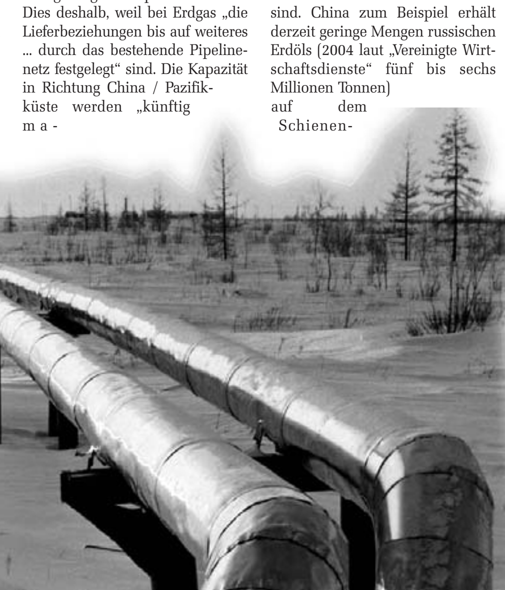


Foto: pa

Gaspipeline: Sie bestimmen, wohin Rußland überhaupt liefern kann.

Mit ziemlicher Sicherheit wird Europa, so die Überzeugung von Roland Götz, auch in Zukunft „der dominierende Markt für russische Energieträgertransporte“ bleiben. Dies deshalb, weil bei Erdgas „die Lieferbeziehungen bis auf weiteres ... durch das bestehende Pipelinenetz festgelegt“ sind. Die Kapazität in Richtung China / Pazifikküste werden „künftig maximal 20 Prozent der gesamten Transportkapazität betragen“. Mit anderen Worten: Den derzeitigen „Gasprom“-Drohungen in Richtung Europa fehlt die Kraft der Überzeugung. Auf russischer Seite wird überdies schon länger über Pipeline-Projekte nachgedacht, die der Belieferung des Fernen Ostens beziehungsweise der USA dienen sollen, die aber alle mit mehrjährigen Bauzeiten und vor allem mit erheblichen Kosten verbunden sind. China zum Beispiel erhält derzeit geringe Mengen russischen Erdöls (2004 laut „Vereinigte Wirtschaftsdienste“ fünf bis sechs Millionen Tonnen) auf dem Schienenweg. Diese Menge soll bis 2007 aufgrund der hohen Nachfrage auf bis zu 30 Millionen Tonnen erhöht werden.

Die seit geraumer Zeit zu beobachtende „Westexpansionsstrategie“ („FTD“) von „Gasprom“, die jetzt im Zusammenhang mit dem britischen Energieunternehmen „Centrica“ augenfällig geworden ist, muß auch vor dem Hintergrund der Besonderheiten des russischen Gasmarktes gesehen werden. Der russische Staat erzwingt von „Gasprom“ auf dem russischen Binnenmarkt nicht kostendeckende Preise. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Sie sind sozial- und industriepolitischen Erwägungen geschuldet. Etwa zwei Drittel seines Gases setzt „Gasprom“ im Inland ab, erzielt damit aber nur etwa ein Drittel der Erlöse. Die Dumping-Preise verhindern gleichzeitig, daß sich gegenüber „Gasprom“ eine nennenswerte Konkurrenz etablieren könnte. Als „Kompensation“ hierfür, so Roland Götz, hat der russische Staat „‚Gasprom‘ das Transport- und Exportmonopol für Erdgas in und aus Rußland überlassen“. Nachdem es dem Staatskonzern im GUS-Raum gelungen ist, die Gastransportwege mehr oder weniger zu beherrschen, kann nun seit geraumer Zeit beobachtet werden, daß der russische Energieriese in Europa seinen Marktanteil zu erhöhen versucht. So betreibt, um hier nur einige Beispiele zu nennen, „Gasprom“ mit der „BASF“-Tochter „Wintershall“ das Gemeinschaftsunternehmen „Wingas“, das laut „FTD“ „rund 20 Prozent Anteil am deutschen Großhandel“ hat. Auch für den wichtigsten deutschen Ferngasversorger „E.on Ruhrgas“ ist „Gasprom“ wichtigster Vorlieferant. Hier ist „Gasprom“ ein Einstieg bisher nicht geglückt – wohl aber „E.on Ruhrgas“, das derzeit sechs Prozent der „Gasprom“-Aktien hält. Darüber hinaus ist „E.on“-Vorstandsmitglied Bergmann derzeit der einzige Ausländer im Aufsichtsrat von „Gasprom“. Intensive Verhandlungen laufen auch zwischen dem Essener „RWE“-Konzern und „Gasprom“. Hier ist es das Ziel von „Gasprom“, auch auf dem westeuropäischen Endkundenmarkt Fuß zu fassen.

Entzaubertes Europa

Überall ist Reformbedarf, doch die großen Länder der EU verharren

Von JÜRGEN LIMINSKI

Die Weltwirtschaft wächst kräftig, nur in Europa nicht. So titelte „Le Monde“ Ende vergangener Woche. Im Vergleich zu den Wachstumszahlen in Amerika und Asien hinkt Europa in der Tat mit seinen geschätzten 2,2 Prozent für dieses Jahr hinterher. Und das schon seit Jahren, auch wenn die 2,2 Prozent für den alten Kontinent einen echten Aufschwung bedeuten. Bei allen Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung fällt der Vergleich ungünstig aus, selbst wenn man das letzte Jahrzehnt als Ganzes betrachtet und in diesem Zeitraum boomte immerhin die New Economy. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht in den USA Vollbeschäftigung, in der EU dümpeln vor allem die Großen auf dem Kontinent – Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Polen – mit kaum meßbaren Erfolgen voran. Beim Wachstum konnte nur Frankreich dank seines Binnenkonsums die zwei Prozent überschreiten, bei der Produktivitätsentwicklung liegen alle hinter den USA.

Europa krebst herum, geistig schon lange, wirtschaftlich seit 20 Jahren. Schon lange haben wir es mit einem „entzauberten Kontinent“ zu tun, wie Max Weber bemerkte. Jetzt kommen noch die nicht mehr zu verdrängenden Folgen des demographischen Defizits hinzu. Europa wankt wieder, eine Phase der Unsicherheit steht dem alten Kontinent ins Haus.

Alle wissen mittlerweile, daß der alte Kontinent auch wirklich alt ist und die Symptome des Alters hat: Mangelnde Flexibilität, Reformscheu, Angst vor dem Neuem und Suche nach dem Vertrauten, politisch gesehen nach der Nation. In Großbritannien und Frankreich befinden sich nationalistische Bewegungen im Aufwind, in Deutschland dürften in den kommenden Wahlen die Ränder erstarken – auf Kosten der Partner in der großen Koalition. Man darf sich fragen: Wie sicher ist der soziale Friede, wie sicher die Demokratie?

Es ist eine Frage an die Regierungen. Italien hat einer unmöglichen Koalition eine knappe Mehrheit beschert, so daß Instabilität die nächste Zukunft kennzeichnen wird. Die Probleme der Haushaltssanierung, der Grundlagenforschung und vor allem der alles überschattenden Demographie – Italien hat mit Spanien und Griechenland die geringsten Geburtenquoten in Europa – sind so gravierend und gleichzeitig von weltanschaulicher Qualität, daß ein Konsens im disparaten Prodi-Lager zwischen Kommunisten und Wertkonservativen kaum denkbar ist.

Frankreich hat im Ringen um den Ersteinstellungsvertrag sich selbst blockiert. Bis zu den Wahlen im kommenden Jahr wird es vermutlich keine größeren Reformen mehr geben. Hinzu kommt, daß sowohl die Bürgerlichen als auch die Linken sich in interne Machtkämpfe verhakt haben, die Regierung und Opposition gleichermaßen lähmen. Interne Machtkämpfe dominieren auch die Lage in der Regierungspartei Großbritanniens, Labour wartet auf den Wechsel von Blair zu Brown. Die Kommunalwahlen nächste Woche könnten das latente Thema Immigration und Haltung zu den Muslimen wieder frei- und Blair unter Druck setzen. Und bei dem vierten großen Land in der EU, in Deutschland, schwelgt man in Harmonie, aber das auch nur, solange über die heißen Eisen wie Immigration, Lebensschutz und Bioethik, Renten- und Krankenversicherung nur geredet und nicht entschieden wird.

Diese heißen Eisen sind nicht nur „made in Germany“. Es handelt sich um europäische Probleme, weil sie in jedem Land der EU auf der politischen Agenda stehen. Die Frage ist, ob Europa es sich leisten kann, weiter ins Ungewisse zu treiben, abzuwarten, wie die Wahlen und internen Machtkämpfe in Italien, Frankreich, Großbritannien und auch Deutschland sich entwickeln, oder ob nicht jemand beherzt die Führung übernehmen sollte. Frankreich kommt momentan dafür nicht infrage. Großbritannien könnte, hat aber nicht den Impetus, europäische Probleme zu lösen. Gründungsmitglied Italien wird eine politische Komödie ohne Ende vorführen. Alle anderen sind zu jung, zu klein oder, wie Spanien, zu orientierungslos. Bleibt nur Deutschland.

Bundeskanzlerin Merkel wird niemand unterstellen, sie wolle Europa am deutschen Wesen genesen lassen. Man könnte die Chance als Herausforderung begreifen, interne Probleme wie die Immigration auf europäischer Ebene zu lösen. Es geht bei all diesen Problemen um die künftige Macht und Gestaltungsfreiheit Europas, intern und gegenüber der Welt.

Stern am linken Himmel

Frankreich dreht sich – Ségolène Royal überflügelt Sarkozy

Von JEAN-PAUL PICAPER

Zwei Monate anhaltendes Chaos mit Straßendemos, Blockade von Gymnasien und Hochschulen sowie von Autobahnen und Bahngleisen durch aufgebrachte Schüler und Studenten wegen eines bedeutungslosen Ersteinstellungsvertrages für unter 26jährige (genannt CPE), den die Regierung beschämt zurücknahm, haben Frankreich im Ausland lächerlich gemacht, die Wirtschaft des Landes belastet, die Stimmung der Bevölkerung niedergedrückt und den Premierminister Dominique de Villepin um die Chance beraubt, Nachfolger von Chirac im Mai 2007 zu werden. Villepin hat öffentlich zugegeben, daß er nicht mehr als Bewerber für das Präsidialamt zur Verfügung stehe. Die Revolte hat die Regierung von Villepin derartig schachmatt gesetzt, daß sie kürzlich davor zurückschreckte, ein bereits angekündigtes Rauchverbot an öffentlichen Orten einzuführen, obwohl 52 Prozent der Franzosen dafür sind. Im Januar waren ja auch 75 Prozent von ihnen für das CPE gewesen ...

Der Chef der Mehrheitspartei UMP, Nicolas Sarkozy, ist nach Umfragen der Bestplazierte der Rechten für Mai 2007, aber von seinem Amt als Innenminister kann „Super-Sarko“ keinen Bonus mehr erwarten. Immerhin ist es ihm gelungen, daß es bei den gewaltsamen Demonstrationen keinen Toten gab. Sarkozy wird einen Zweifrontenkrieg führen müssen. Gegen Villepin und die Chirac-nahe Verteidigungsministerin Alliot-Marie, denen er jetzt mit einer Klage wegen Verleumdung droht (2004 hatten sie versucht, ihm einen Bestechungsskandal, die Clearstream-Affäre, anzuhängen, woran nichts stimmte) und gegen deren Anhänger in der eigenen Partei, die ihn des Verrats bezichtigen, einerseits, sowie gegen den neuen Stern am linken Himmel, Ségolène Royal, 53, die Galionsfigur der Sozialistischen Partei (PS), andererseits. Am 11. April hat sie im Sender „Canal +“ verkündet, daß sie „wahrscheinlich“ für das höchste Amt im Staate kandidieren werde. Eine Ifop-Umfrage hat ihr 53 Prozent und Sarkozy nur 47 Prozent Wahlchancen eingeräumt. Sie will „versuchen, diesem Vertrauen gewachsen zu sein“, sagte sie.

Aufgefallen war Royal, als sie bei den Regionalwahlen im März 2002 in der Region Poitou-Charentes der Frau, die der damalige Premierminister Raffarin an die Spitze des Regionalrates eingesetzt hatte, das Amt erfolgreich streitig machte.

Als viertes von acht Kindern einer konservativen Offiziersfamilie studierte sie im Pariser Institut für Politikwissenschaft („Sciences Po“) und absolvierte die Eliteschule ENA.

Die Mutter von vier Kindern ist medienbewußt. Sie kam zur Garden Party am Nationalfeiertag im Elysée Palast in der Tracht ihrer Region und mit einem Korb voller „chabichou“-Käse am Arm. Sie kämpfte mit viel Spektakel für „die Pille danach“ an allen weiterführenden Schulen und bestellte bei jeder ihrer Entbindungen die Pressefotografen von „Paris-Match“ in ihr Klinikzimmer.

Sarkozy wird nicht allein diese Frau, sondern das Paar Royal-Hollande bekämpfen müssen. François Hollande, Royals Lebensgefährte, ist seit 1997 Vorsitzender der Sozialistischen Partei (PS). Er nennt Ségolène „meine Zapatera“. Dieser charmante Spitzname weist auf den Sieg der Sozialisten in Spanien 2005 hin. Beide arbeiten nunmehr nach der Regel: „getrennt marschieren, vereint schlagen“. Seit dem Beginn der CPE-Krise im Februar hat sich Hollande in den Medien zum Wadenbeißer hochstilisiert. Dieser sonst rundliche und behäbige Mann läßt keine Gelegenheit aus, gegen die Regierung scharf zu polemisieren, wobei sein Gesicht immer wieder rot anläuft. Er verkörpert die harte Linke, die waschechte Opposition, greift und prangert an. Ségolène spielt den umgekehrten Part: Sanft und aalglatt legt sie programmatische Nähe zur neogaullistischen Regierung an den Tag. Sie werde es nicht anders machen: bourgeois und neoliberal. Früher war es anders: Hollande war gutmütig und konfliktscheu und „Zapatera“ revolutionär und bissig.

Die ehemalige Sonderberaterin von Mitterrand mit 29 Jahren, die 1988 auf Anhieb im Wahlkreis Deux-Sèvres nahe Poitiers Parlamentsabgeordnete wurde und Regierungsposten unter Jospin bezog, gibt sich nett und konturlos. Tatsächlich ist diese „salonlinke“ Bürgerstochter keine so starke Persönlichkeit. Sie kann nur die „Strohfrau“ der PS sein. Daß die Franzosen jedoch die Doppelstrategie von François und Ségolène durchschauen, ist nicht zu erwarten.

Ein Präsident, ein Volk

Im Atomstreit stehen die Iraner hinter Ahmadinedjad, im Alltag suchen sie sich Freiräume

Von Amir de la Fuente

Fast täglich lesen und hören wir von neuen Drohungen seitens des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedjad gegen die „Aggressoren“ der westlichen Welt. Die USA wollen hart gegen den Iran vorgehen, konnten ihre Partner im Sicherheitsrat allerdings bisher nicht überzeugen. Die Regierung um Mahmud Ahmadinedjad insistiert derweil in diesen Tagen stärker als je zuvor auf ihr Recht zur friedlichen Nutzung von Kernenergie. Und in der Tat, als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages steht ihr das beanspruchte Recht vertraglich zu. Gegenüber diesem offiziellen und allseits bekannten Anliegen der iranischen Regierung stehen die nicht minder bekannten ausfälligen Äußerungen Ahmadinedjads. Sie wirken nicht förderlich im Hinblick auf das Finden einer Lösung in der Atomfrage, konstituieren sie doch stark den Gegensatz von den vermeintlich ungefährlichen Atomambitionen der Regierung auf der einen und den kontraproduktiven Haßtiraden ihres Präsidenten auf der anderen Seite. Waren es anfangs höchst absurde und schockierende anti-israelische Drohgebärden des ehemaligen Teheraner Bürgermeisters und Neokonservativen Ahmadinedjad, welche die Welt erschütterten, so richtet sich sein Unmut nun, wohlgemerkt zusätzlich motiviert durch Androhung militärischer Gewalt von Frankreichs Staatschef Chirac, sowie Großbritannien und den USA, verstärkt auch gegen eben diese Staaten, denen man im Falle eines Angriffs auf Iran allesamt „die Hände abschlagen werde“.

Ebenso unsanfte Töne, wenn auch in einer diplomatisch klüger dargebotenen Form als jene Ahmadinedjads, hört man derzeit von der US-Regierung. Nicholas Burns, US-Vize-Außenminister und US-Verhandlungsführer, in einem Interview des Fernsehsenders CBS: „Ich denke, daß Präsident Bush und Außenministerin Rice wissen, daß wir die Vorstellung oder die Realität eines Irans mit nuklearen Waffen einfach nicht tolerieren können. Nicht mit dieser radikalen Regierung, die heute Iran führt.“ Deuten die Zeichen also auf eine Verschärfung des Konflikts hin?

Auf dem Campus der technischen Hochschule Sharif in Teheran herrscht reges Treiben. In der Menge zeichnen sich mehrere Gesprächsgruppen ab, Männer und Frauen gemischt, die sich in Diskussionen und lockeren Flirts vertieft den Weg ins Hauptgebäude bahnen. Viele der weiblichen Studenten haben Make-Up aufgetragen, die Kopftücher liegen eher wie ein Mode-Accessoire auf ihren Köpfen, das Haar höchstens halb bedeckend. Sie tragen keinen langen Tschador, sondern wie ihre männlichen Kommilitonen Jeans, jedoch darüber einen modischen, möglichst nicht allzu langen Rock. Das Bild der modernen iranischen Frau wird abgerundet durch die in diesem Frühling unentbehrlichen italienischen Sonnenbrillen mit auffällig großen Gläsern. Die Iranerinnen besitzen weitaus mehr Freiheiten, als man im Westen annehmen könnte. Knapp 60 Prozent der Studenten in Iran sind Frauen. Nach dem Studium nehmen sie immer öfter hohe Positionen im Berufsleben ein.

Nach der letzten Vorlesung an diesem sonnigen Tag geht ein Teil der Studenten in naheliegende Parks, um sich zu unterhalten, das Wochenende zu planen und Männer sowie Frauen widmen sich einer weitverbreiteten Freizeitbeschäftigung unter jungen Iranern: dem Flirten. Öffentlich wird dies vorsichtig betrieben, man gibt sich, zumindest offiziell, als pflichtbewußter Staatsbürger des islamischen Irans. Zu später Stunde aber, besonders in den Wohnungen des teuren und schicken Norden Teherans, lassen nicht selten einige junge Menschen los von der Treue zu den staatlichen Gesetzen und geben sich den Parties, dem (verbotenen) Alkohol und dem Tanzen hin. Politische Unterhaltungen haben zumindest hier keinen Platz. Fragt man dessen ungeachtet einen Iraner trotzdem nach seiner Meinung bezüglich der antisemitischen Äußerungen Ahmadinedjads, lautet die Antwort für gewöhnlich: „Israel gewährt den Palästinensern, unseren muslimischen Glaubensbrüdern, keine Freiheiten und keinen Frieden. Unser Präsident hat in dieser Hinsicht Recht, wenn er unseren Feind bedroht.“ Und das sei im Grunde nichts neues. Israel sei schon lange der politische Feind des Iran, auch aufgrund der gemeinsamen Bande mit den USA.

Fest steht: Die Bevölkerung im Iran hat einen ganz anderen Blickwinkel auf die aktuellen Ereignisse rund um die iranische Außenpolitik. Aktuelle Umfragen zum Atomprogramm haben gezeigt, daß fast das gesamte Volk die Atompolitik der Regierung befürwortet. Die Tatsache, daß die iranischen Politiker sich international vehement für die Nutzung dieser Energie einsetzen, stärkt der Regierung um Präsident Ahmadinedjad in der Atomfrage auf nationaler Ebene den Rücken. Fragt man die iranischen Staatsbürger in den Straßen der zwölf Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Teheran, was sie von der Atompolitik ihrer Regierung halten, so ist der Tenor der Antworten meist der selbe. „Wir Iraner haben wie jeder andere souveräne Staat auch das Recht zur friedlichen Nutzung von Kernenergie“, sagt die 23jährige Anglistik-Studentin Fatemeh und fügt hinzu: „Unser nationaler Stolz verbietet es uns, diesen Bestrebungen nach Fortschritt zu entsagen. Warum mischen sich die westlichen Staaten in unsere Angelegenheiten ein und wollen uns von der Entwicklung der Atomwissenschaft abhalten?“

Auch Mohammad, 26 Jahre alt und in einer Versicherungsfirma tätig, spricht sich für das Atomprogramm aus: „Von dieser Sache hängen zahlreiche Arbeitsplätze ab. Im Iran herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit und niemandem würde es gefallen, wenn nun in diesem Forschungssektor die Arbeiten eingestellt und folglich Arbeitsplätze gestrichen werden müßten.“

Auch wenn die Mehrheit der Iraner hinter den Plänen der Regierung steht, gibt es hin und wieder kritische Stimmen, die laut werden. Erst kürzlich warf eine studentische Vereinigung in einem offenen Brief, anläßlich der Bekanntgabe des Präsidenten, daß man erfolgreich Uran angereichert habe, der Staatsführung vor, aufgrund des Atomprogramms einen Krieg mit den USA zu riskieren. Nicht oft wird in den iranischen Medien Kritik an der Regierung geübt und wenn, dann in sehr abgeschwächter Form, um zu verhindern, daß die jeweilige Medieninstitution vom Regime geschlossen wird. Reformorientierte Medien haben im Iran einen sehr schweren Stand. Die iranische Berichterstattung im Fernsehen ist staatlich gesteuert und bietet somit die Grundlage für die Propaganda der Ideologie des Regimes. Doch hinsichtlich des Atomprogramms bedarf es keiner propagandistischen Methoden. Die iranische Gesellschaft bezweifelt die friedlichen Motive der Regierung nicht.

Hintergrund ist die Tatsache, daß das Atomprogramm des Iran bereits seit langer Zeit existiert. 1959 wurde es mit Unterstützung der USA (sie lieferten einen Forschungsreaktor) aufgenommen, da bereits zur damaligen Shah-Zeit über die Begrenztheit fossiler Energiequellen (Erdöl und Erdgas) nachgedacht wurde. Durch die Revolution 1979 und den 1. Golfkrieg wurden die Arbeiten jedoch unterbrochen und man wurde in seinen wissenschaftlichen Errungenschaften zurückgeworfen. Die Atombemühungen Irans sind also auch den USA nicht erst seit gestern bekannt. Mahmud Ahmadinedjad verkündet dieser Tage stolz, daß man täglich Fortschritte in der Forschung auf diesem Gebiet mache. Und dies sagt er bewußt zu einem Zeitpunkt, an dem es innenpolitisch kriselt, wohlwissend, daß er dadurch von diesen Problemen ablenken und das Volk, in nationalen Angelegenheiten wie der Atomfrage vorbildlich solidarisch, auf seine Seite ziehen kann. Denn zehn Monate nach seiner Wahl hat der iranische Präsident kaum eines seiner Versprechen halten können. Die Korruption beherrscht nach wie vor den Alltag der Iraner, es herrscht Inflation und das Lebensniveau sinkt. Hinzu kommt, daß die wichtigste religiöse Person im Iran, der islamische Führer Ali Khamenei, durch den altersbedingten Rückzug einiger Ayatollahs aus der Politik wichtige Unterstützung verliert. Das Beste was einem Präsidenten in so einer Phase passieren kann, sind außenpolitische Machtscharmützel. Das gilt im übrigen auch für den 10 000 Kilometer weiter westlich residierenden US-amerikanischen Präsidenten Bush, der aufgrund innenpolitischer Probleme die selbe Strategie verfolgt; die momentane Atomdiskussion kommt demnach beiden sehr gelegen. Daß dabei der Ölpreis in die Höhe schnellt, ist für Ahmadinedjad ein willkommener Nebeneffekt, denn so „müssen sie (die USA) nun den wahren Ölpreis zahlen“. Doch abgesehen von der medialen Präsenz des „Atomstreits“ genießt das Thema in der iranischen Bevölkerung bei Diskussionen im Freundes- oder Bekanntenkreis keine besondere Priorität. 70 Prozent der iranischen Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Dies bedeutet, daß die Mehrheit der Einheimischen sich zwar für die atomaren Belange des Heimatlandes interessiert, sich aber darüber hinaus im Hinterkopf bewahrt, daß es sich um Belange einer Führung handelt, die längst den Kontakt zu ihrem Volk verloren hat.

Der Alltag dieser jungen iranischen Bevölkerung wird von den Hardlinern der Regierung mit argwöhnischen Augen betrachtet. Man trifft sich in einer der zahlreichen und modernen Fast-Food-Ketten in der Hauptstadt, redet über die neueste Musik aus Europa und den USA, tauscht Klingeltöne über das Handy aus und erfreut sich zu Hause der nahezu zensurfreien Zone des Internets. Die Weblogszene Irans boomt: Nicht nur Studenten und andere junge Menschen, sondern auch Geistliche und Anhänger der verschiedensten politischen Parteien schreiben in ihren Internet-Tagebüchern über aktuelle Ereignisse aus ihrem Leben oder nehmen Bezug auf die politische Situation im In- und Ausland. Das Internet ist für viele die Quelle staatlich unkontrollierbarer Nachrichten sowie die Plattform für Verabredungen zu Demonstrationen jeglicher Art oder einfach nur zu einem Date mit dem / der Angebeteten. Das weltweite Netz dient der weltoffenen iranischen Bevölkerung im wahrsten Sinne wie „das Tor zur Welt“. Generell besteht also eine große Kluft zwischen islamisch geprägten Staatssystem und dem westlich-modern orientierten jungen Bevölkerungsteil im Iran.

Einzig der Drang nach Fortschritt und die Verwirklichung nationaler Interessen sowie Eigenständigkeit ist der Grund, warum man die Regierung in der Atompolitik unterstützt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die nächsten Gespräche der internationalen Gemeinschaft auf das Handeln des Regimes in Iran auswirken werden. Sicher ist eines: Das Volk hält heute trotz seiner schwierigen innenpolitischen Lage so stark wie selten zuvor zu seinem international in die Kritik geratenen Präsidenten.



Foto: AFP / Getty

Fernab jedes Atomstreitsgeschreis: Iranische Studentinnen genießen Mittagspause in Teheran.

Damals einte der Kaiser die Völker, heute ...

Auch Österreich hat Probleme bei der Integration der Einwanderer

Von R. G. Kerschhofer

Der Fall Sürücü hatte auch in Österreich ein großes Medienecho. Denn auch hier ist das Integrationsproblem – genauer gesagt, das Problem der Integrationsunwilligkeit oder -unfähigkeit von „Personen mit Migrationshintergrund“ – ein „integraler“ Bestandteil des Alltagslebens. Grundsätzlich ist die Lage wie in Deutschland, nur gemildert durch den kleineren Maßstab, der Ghettobildungen etwas erschwert oder verzögert. Andererseits wird hier die gesellschaftliche Neurotisierung, die aus dem unlösbaren Widerspruch von täglich erlebter Wirklichkeit und gutmenschlichem Meinungsterror resultiert, durch ein besonderes „Argument“ gefördert: Damals in der Monarchie habe Multikulturalität doch auch funktioniert, und welch große Bereicherung sei das gewesen!

Doch erstens ging es nicht annähernd so lustig zu wie in Operetten, und zweitens hatte das, was funktionierte, andere Voraussetzungen: Es gab einen quasi sakral legitimierten Langzeit-Kaiser als Einheitssymbol, die „Migration“ war Landflucht, also Binnenwanderung, die „Migranten“ waren fast ausschließlich Christen, ihre Kinder gingen ohne Förderungen in normale Schulen, und die Armee besorgte den Rest. Kurz und gut, schon in der zweiten Generation gab es Assimilierung, die einzige ehrliche Form von Integration.

Und wie geht es heute beim Bundesheer zu? Unter den Rekruten haben Muslime mit 3,5 Prozent den gleichen Anteil wie Protestanten. Verteidigungsminister Platter (ÖVP) will daher Militär-Imame einstellen, denn „damals“ hatte es ja auch welche gegeben – allerdings bei bosnischen Regimentern! Um Probleme zu verschleiern, werden Muslime zu einem gemeinsamen Termin einberufen und paradoxerweise in der Wiener Maria-Theresien-Kaserne nahe Schönbrunn zusammengefaßt – unter Maria-Theresia war die Türkengefahr „endgültig“ gebannt worden.

Als „strenggläubiger Muslim“ kann man einige Extras beanspruchen, und daß man einer ist, kann man sich problemlos vom Rat der Muslimischen Glaubensgemeinschaft bestätigen lassen – auch wenn die sonstige Lebensführung alles andere als strenggläubig ist. Kürzlich kam es bei einer Flaggenparade zum Eklat: Drei „Strenggläubige“ drehten der rot-weiß-roten Fahne demonstrativ den Rücken zu, weil diese nicht mit ihrer Religion vereinbar sei. Strafmaßnahmen? Ach woher – die drei wurden von Flaggenparaden befreit! Es versteht sich von selbst, daß solche Vorfälle und die Extras im allgemeinen den wegen Sparmaßnahmen ohnehin großen Frust von Kaderpersonal und „gewöhnlichen“ Präsenzdienern noch erhöhen.

Eine weitere „Integrationsmaßnahme“ ist die seit Jahresanfang geltende Öffnung der Wiener Gemeindebauten für Nicht-EU-Ausländer. Jahrzehntelang hatte sich die SPÖ-Basis gegen diese stimmenkostende Regelung gewehrt. Aber Bürgermeister Häupl kalkuliert anders: Die durch Verärgerung oder Tod wegfallenden alten SPÖ-Wähler werden durch systematische Einbürgerungen mehr als wettgemacht – und die Einbürgerungsrate in Wien liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Heute schon ist die Atmosphäre in den hochsubventionierten Gemeindebauten durch „Neo-Österreicher“ vergiftet. Wie viele davon Türken sind, läßt sich aus der Zahl von Satellitenschüsseln schließen, die auf „Türksat“ (42° Ost) ausgerichtet sind.

Satellitenfernsehen ist übrigens ein ganz wesentlicher Grund, warum Deutsch-Kenntnisse mangelhaft bleiben und warum in Parallelgesellschaften keine Loyalität zu Staat, Kultur, Rechtsempfinden und Verteidigung entstehen kann. Nachträgliche Sonder- und „Fördermaßnahmen“ fördern eher die Nicht-Integration, denn sie machen die Unterschiede deutlicher bewußt. Bei Schulabgängern kommen sie ohnehin zu spät, weshalb die Arbeitslosigkeit – und die Straffälligkeit bei „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ deutlich über dem Durchschnitt liegen. Pflichtschulen verzeichnen eine Flucht heimischer Kinder in die Unterstufe der Mittelschule, was zwangsläufig auch dort das Niveau senkt. Und beim Militär sorgen just die erwähnten Extras dafür, daß die damit gesegneten Rekruten keine geregelte Ausbildung erhalten und nur für unqualifizierte Tätigkeiten taugen – was dann natürlich „Diskriminierung“ ist.

Im Bewußtsein der leidtragenden Bevölkerung wird die Nicht-Integration von Ausländern mit zwei anderen Problemkreisen, nämlich Kriminaltourismus und Asylmißbrauch, eng verquickt. Nicht zu Unrecht, denn alle drei haben ihren Ursprung in der gleichen Realitätsverweigerung und ihr Ausmaß dank dem Wirken der gleichen „politisch korrekten“ Personen, Parteien und „Nichtregierungsorganisationen“. Es gibt mehrere private, aber mit Steuermitteln gepäppelte Diffamierungsvereine. Caritas, Evangelische Diakonie und die evangelische Kirche selbst erscheinen oft wie Vorfeldorganisationen von Rot oder Grün. Sogar die katholische Kirche ist immer häufiger in diesem Fahrwasser, und die islamische Gemeinde ist neuerdings schon fast so aktiv wie die ohnehin allgegenwärtige israelitische Kultusgemeinde.

Der Vorwurf von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist stets schnell zur Hand bei allen Konflikten mit oder Amtshandlungen gegen „Personen mit Migrationshintergrund“. Dazu kommt noch eine Sprachzensur, die ständig neue Blüten treibt: So etwa ist in Wien statt „Türkenbelagerung“, wenn die überhaupt noch erwähnt wird, immer öfter „osmanische Belagerung“ zu hören.

Von R. FIEDLER-WINTER

Ein Konzern cremt die Welt ein

Die deutsche Wirtschaft ist ins Gerede geraten. Nur wenige Unternehmen müssen sich nicht für immer wieder neue Entlassungen rechtfertigen. Nur die Geschäftsleitung kann beurteilen, ob neue Kündigungen unumgänglich sind, und dabei wandert sie auf einem schmalen Grat. Sie dabei auch an ihre moralischen Verpflichtungen zu erinnern ist Aufgabe der Öffentlichkeit. Dazu gehört aber auch, den Blick für die Gesamtleistung eines Firmenverbandes wie seiner verbleibenden Mitarbeiter nicht zu verlieren, und genau das ist die Absicht der Leistungsporträts ausgewählter Unternehmen, die die *PAZ* ihren Lesern in loser Folge vorstellen will, hat die wirtschaftliche Eigenleistung der Bundesrepublik Deutschland doch nach wie vor hohen Rang. Deshalb sind die Betriebe eines Landes ebenfalls verpflichtet, eine solche Position, die allen nutzt, nicht außer Acht zu lassen. Entscheidend bleibt das Verantwortungsgefühl sowohl für den einzelnen als auch für die Allgemeinheit. Seine Balance zu halten und dennoch Gewinne zu verbuchen, das ist die Kunst der Unternehmensführung. Unser erstes Beispiel, der Beiersdorf-Konzern, wird zu jenen gezählt, die diesen Anforderungen bisher weitgehend entsprechen konnten, auch wenn er sich zu verschiedenen Personalreduzierungen bekennen mußte, wie zuletzt in Schweden und den Niederlanden, wo insgesamt 400 Arbeitsplätze verlorengingen, der Trend bleibt positiv.

Wenn einmal das Rezept für die ewige Jugend gefunden würde, dann von uns …“, schreibt der langjährige Beiersdorf-Vorstandschef, Dr. Rolf Kunisch, in seinen Vorwort zum Geschäftsbericht 2004, seinem letzten. Seit Mitte 2005 leitet ein neuer Mann, Thomas-Bernd Quaas, das Unternehmen, das zu den erfolgreichsten in ganz Europa gehört. Die Äußerung des scheidenden Vorstandsvorsitzenden aber ist symptomatisch für Stimmung und Erfolgsgewißheit im ganzen Hause.

Die mitten in Hamburg gelegene Konzernzentrale erscheint dagegen als schlichtes „Straßenkarreé einer Großstadt“, das – hamburgischem Understatement entsprechend – die Weltgeltung seines „Inhalts“ eher verbirgt als damit zu glänzen.

Das überläßt man dem Geschäftsbericht, der auch für das Jahr 2005 wieder „erneut Rekordwerte im Umsatz und betrieblichen Ergebnis“ erwarten läßt.

In 130 Betrieben in zahlreichen Ländern erwirtschafteten 18 000 Mitarbeiter einen Umsatz von 4,7 Milliarden Euro und übertrafen das Vorjahresergebnis um fast 4 Prozent. Der Jahresüberschuß wird voraussichtlich 330 Millionen Euro betragen und damit einer Nettoumsatzrendite von 7 Prozent entsprechen. Das erbrachte freilich nicht allein die Marke „Nivea“, die immerhin zu fast 60 Prozent am Umsatz beteiligt ist und als größte Körperpflegemarke der Welt in 170 Ländern verkauft wird. Dazu gehören viele Produkte, die nicht älter als fünf Jahre sind, und das in einem Unternehmen, das sein 120. Jubiläum bereits hinter sich hat. Die Marken „Eucerin“, „Juvena“, neue Pflasterprodukte und nach wie vor „Tesa“ gehören desgleichen zum Beiersdorfer Erfolgsverbund.

Auch für das Jahr 2006 heißt es: „Beiersdorf erwartet ein vergleichbares Umsatzwachstum wie 2005.“ Eine Prognose, bei der anderen die Luft weg bleibt, die aber bei Beiersdorf nicht einmal Risikogefühle aufkommen läßt.

Wie machen die das bloß, fragen sich viele und keineswegs nur die Konkurrenten. Der neue, übrigens aus Mitteldeutschland, und zwar aus Chemnitz in Sachsen stammende Vorstandschef sieht das so: „Mit dem Leitsatz: ‚Wir stehen für Erfolg durch schnelle Veränderung und Innovation auf allen Ebenen unseres Unternehmens‘ wollen wir seine Zukunft sichern und gestalten.“ Er sagt auch: „Wir müssen uns bemühen, möglichst einfach zu erklären. Die erfolgreichsten Produkte bei uns haben immer die einfachsten Erklärungen“. Die Basis-Marke Nivea kann ein Lied davon singen. Noch im afrikanischen Busch weiß man, was Nivea ist. Aber das allein genügt natürlich nicht, denn, wenn die Dosen dort angekommen sind, haben sie bereits die Wegstrecke zurückgelegt, auf die es ankommt: den Produktions- und Organisations-Ablauf einer Marke. Bei Beiersdorf nennt man das in wirkungsvoller neudeutscher Formulierung „unser Supply Change Management.“ Ein Logistik-Begriff, der wörtlich eigentlich kaum zu übersetzen ist, denn fast in jedem Unternehmen werden dafür individuelle Schwerpunkte gesetzt. Für Beiersdorf bedeutet es soviel wie eine Ketten- oder Netzwerkmarkierung für jedes Produkt, von dem jeder Ablaufpunkt elektronisch vermerkt wird. Die Warenentnahme aus dem Supermarkt wird sofort gespeichert, die Meldung geht weiter an die Lager, wo der notwendige Bestand vermerkt ist, von dort gelangt die Nachfrage zur Produktion und wird bis zum Rohstoffeinkauf geführt, so daß fast jedes Produkt zielgerecht gesteuert werden kann und dadurch Raum, Zeit und Geld gespart werden.

Foto: Beiersdorf

Kontrolle: Produktion der weltweit bekannten „Nivea“-Creme

„Diese Vernetzung ist beispielhaft“, sagen die Beiersdorfer von sich selbst, und dabei sind sie besonders stolz auf ihr von einem SAP-System gesteuertes Hochregallager. Dort wollen sie natürlich, wie das in der Wirtschaftswelt der Elektronik so zu sein pflegt, von jedem Produkt nur so viel vorrätig halten, wie unbedingt gebraucht wird und in der Regel schon vorbestellt ist. Und wer die Meisterfrage löst, was man macht, wenn plötzlich einer kommt und erheblich mehr haben will, der ist der König, denn Lagerhaltung ist teuer, und der Wettlauf um Preis und Qualität ist global immer schneller geworden. Deshalb sind bei Beiersdorf seit 2003 alle weltweiten Aktivitäten von Einkauf, Produktion, Logistik und Qualitätsmanagement in dem dafür damals neu geschaffenen Vorstandsbereich „Supply Chain“ gebündelt. Und wer hat diesen Bereich geleitet? Der heutige Vorstandsvorsitzende, und er will diese „Versorgungskette“ auch weiterhin optimieren. Denn die alte Weisheit, „Stillstand ist Rückgang“ hat natürlich nicht nur für Niveaprodukte Geltung, so zahlreich sie inzwischen von der schlichten Creme in der traditionellen blauen Dose bis zum modischen Aftershave inzwischen geworden sind.

Außerdem legt man im Hause Beiersdorf sehr viel Wert auf die Feststellung: „Unsere Marken werden von Menschen für Menschen gemacht“ und dazu gehört der offiziell formulierte Hinweis: „Bei Beiersdorf bestimmen soziale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung seit 120 Jahren die Unternehmenskultur.“ Um diesen Grundsätzen bei immer vielschichtiger werdenden Aufgaben gerecht zu bleiben, ist vor kurzem ein neues Entscheidungsgremium installiert worden. Man hat es dem internationalen Wirkungsbereich des Hauses und natürlich der „PR Brillanz für Managementaktivitäten“ gemäß „Sustainability Advisory Board“ kurz SAB genannt.

In der Praxis will sich das SAB aller Themen annehmen, die unter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ zusammengefaßt werden können, und damit ist in diesem Falle die Wirkung von Unternehmenseinrichtungen auf eine breitere Öffentlichkeit sowie die dafür vorgesehene Verantwortlichkeit gemeint.

Dazu gehören die Überprüfung und Verbreitung der Rohstoffpolitik des Hauses, das seit Jahrzehnten auf Tierversuche verzichtet und alternative Testmethoden entwickelt hat.

Dazu gehört die Gesellschaftspolitik, in deren Rahmen Beiersdorf sein Engagement insbesondere auf den Gebieten Familie, Bildung und Kultur ausbauen will. Für diese und andere „nachhaltig wirkende“ Bereiche sollen in allen Niederlassungen Informationen, Hintergründe und Ansprechpartner sozusagen auf Knopfdruck vermittelt werden können, nicht zu-letzt, damit jeder die Verantwortlichkeit für die Gesamtorganisation des Hauses erkennen kann.

Mit anderen Worten, das Unternehmen hat sich auch in harten Zeiten auf der Erfolgsschiene gehalten. Ein Ergebnis, das wie überall ohne seine qualitätsbewußten Mitarbeiter nicht möglich wäre. Der neue Markenvorstand, Pieter Nota, nennt das: „Wir lieben Renner und keine Penner.“

Die Blume Europas

Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum zeigt Meisterwerke aus dem Nationalmuseum Breslau

Von SILKE OSMAN

Als Goethe im Jahr 1790 durch Schlesien reiste, schrieb er an seinen Freund Johann Gottfried Herder: „Seit Anfange des Monats bin ich nun in diesem zehnfach interessanten Lande, habe schon manche Theile des Gebirges und der Ebene durchstrichen und finde, daß es ein sonderbar schönes und begreifliches Ganze macht." Goethe war derart begeistert, daß er sagte, allein wegen der Dominsel und ihrer Kunstwerke lohne es sich, zu Fuß von Frankfurt nach Breslau zu gehen. Dichter, Maler und Musiker waren ebenso angetan und ließen sich zu unsterblichen Werken anregen. Carl Maria von Weber zum Beispiel zu seiner Oper „Der Freischütz", Caspar David Friedrich zu seinen Bildern vom Riesengebirge. Dichter wie Friedrich von Logau, Angelus Silesius, der eigentlich Johannes Scheffler hieß, Andreas Gryphius, Joseph von Eichendorff, Nikolaus Lenau, Gustav Freytag, Gerhart und Carl Hauptmann – sie alle stammen aus Schlesien.

Anziehungspunkt war damals – wie heute – die Hauptstadt Breslau, von der vor 400 Jahren der Historiker Nikolaus Henel von Hennenfeld schwärmte und von der „Sonne Schlesiens", von der „Blume Europas" sprach. Vor dem Hintergrund einer wechselvollen Geschichte galt Breslau als eines der großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentren in Europa. Kunstexperten schätzen sie als Hochburg des schlesischen Barock und würdigen die Kunstakademie auch als wichtigen Impulsgeber für die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts. Künstler der Moderne wie der Architekt Max Poelzig, die Maler Oskar Moll und Oskar Schlemmer gingen aus ihr hervor.

Eine glanzvolle Sammlung mit Werken der europäischen Malerei und Skulptur vom 14. bis 20. Jahrhundert hat das Nationalmuseum Breslau zu bieten. Entstanden ist sie durch die Zusammenlegung von mehreren Sammlungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Zu sehen ist die Kollektion, die immerhin über 100 000 Werke umfaßt, im ehemaligen Regierungsgebäude, von 1883 bis 1886 von Friedrich Endell nahe der Oder errichtet. Zum ersten Mal sind nun rund 80 besonders wertvolle und wichtige Werke aus dem Breslauer Nationalmuseum im Westen zu sehen. Ausgestellt werden sie bis zum 30. Juli im Kölner Wallraf-Richartz-Museum – Fondation Corboud. Entsprechend der eigenen Sammlung werden Werke aus dem Mittelalter, dem europäischen Barock und aus dem 18. und 19. Jahrhundert in Köln gezeigt, darunter Madonnenbilder der Frühzeit, Klassiker der Renaissance, des Barock und des Spätbarock wie solche von Antoine Pesne, der unter drei preußischen Königen als Hofmaler wirkte. Weiter sind zu sehen Werke holländischer und flämischer Meister, Bilder des Klassizismus und der Romantik wie von Ludwig Richter, des Realismus wie von Ferdinand Georg Waldmüller und Arbeiten von Impressionisten wie Lovis Corinth sowie von Wassily Kandinsky als Vertreter des Symbolismus.

Ein Meister der Barockmalerei war zweifellos der 1630 in Königsberg geborene Michael Willmann. Sein Name ist eng verbunden mit Schlesien, nannte man ihn doch auch den „schlesischen Raphael". In Breslau begegnete er dem Abt Arnold Freiberger vom Kloster Leubus; eine Bekanntschaft, die später noch besondere Früchte tragen sollte. Freiberger, der das Kloster nach den Verwüstungen durch den Dreißigjährigen Krieg wieder aufbaute, war begeistert von dem Können des Malers aus Königsberg.

Anfang des 60er Jahre des 17. Jahrhunderts ließ sich Willmann endgültig in Leubus nieder. Dort wirkte er, der inzwischen zum Katholizismus konvertiert war, mehr als vier Jahrzehnte lang als Maler im Kloster. Am 26. August 1706, vor nunmehr bald 300 Jahren, starb der Königsberger im schlesischen Leubus; er wurde in der Gruft der Klosterkirche beigesetzt.

Erich Wiese, Direktor des Schlesischen Museums der bildenden Künste in Breslau, betonte bereits Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts: „Mit seinem strotzenden Temperament und seiner wohldisziplinierten Arbeitskraft hat er seinen Werken das unverkennbare Gepräge persönlicher Leistungen zu geben gewußt. Ein Hauptcharakterzug hebt sich immer wieder heraus: die Unmittelbarkeit, mit der er Zustände und Vorgänge gestaltet, und zwar, was nicht zuletzt seine Größe macht, nach beiden Hauptrichtungen menschlichen Erlebens, der irdischen wie der überirdischen ... Virtuos handhabt er Farbe, Form und Licht, nie verschwenderisch, immer mit dem Maßhalten des echten Gestalters." In Köln sind nun herausragende Beispiele aus seinem Schaffen zu sehen, so das um 1685 entstandene Gemälde „Flucht der Heiligen Familie nach Ägypten", das einst in der Klosterkirche Leubus hing und nach der Säkularisierung 1811 in das Königliche Museum für Kunst und Alterthum in Breslau gelangte. Eine abwechslungsreiche Landschaft in warmen braunen und grünen Tönen liegt im Licht einer untergehenden Sonne. Auf der Flucht vor den Häschern des König Herodes sieht man Josef, gehüllt in einen roten Mantel, und Maria im leuchtenden Blau, die, auf einem Esel sitzend, liebevoll das Kind umfängt. Experten vermuten, daß dieses Bild im Umfeld der Verehrung des hl. Josefs in Kloster Grüssau entstand, wie auch einige andere Werke, die im Auftrag des Klosters Leubus geschaffen wurden. Wenn auch Michael Willmann mehr als viereinhalb Jahrzehnte als Klostermaler gewirkt hat und so keinen großen Nachruhm erwirken konnte, zeigt doch nicht zuletzt auch dieses Gemälde, daß er in der deutschen Kunstgeschichte einen Platz beanspruchen kann.

Das Wallraf-Richartz-Museum – Fondation Corboud, Obenmarspforte (am Kölner Rathaus) ist dienstags von 10 bis 20 Uhr, mittwochs bis freitags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet, montags geschlossen (außer Pfingstmontag), Eintritt 8 / 5 Euro, bis 30. Juli.



Foto: Wallraf-Richartz-Museum

Michael Willmann: Flucht der Hl. Familie nach Ägypten (Öl, um 1685, Ausschnitt)

»Seltenes Gewächs in Gottes buntem Garten«

Das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf stellt Malerei und Skulpturen von Anatol aus

Die Suche nach einer Antwort auf die Fragen nach dem Werden und Vergehen jeder Kreatur hat viele Künstler seit Jahrhunderten umgetrieben, und jeder hat eine andere Antwort gefunden. Zu ihnen gehört der Bildhauer Anatol, dem das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf jetzt eine Ausstellung zum 75. Geburtstag widmet.

„Ein seltenes Gewächs in Gottes buntem Garten", nannte ihn einmal sein Freund Karl Heinrich Müller, der Kunstsammler und Begründer der Museumsinsel Hombroich. Andere sprechen vom „Steinmetz Gottes", nennen ihn einen Einzelkämpfer, einen „gerade, aufrichtigen und originalen Kerl", einen „unbekümmerten Anachronisten", heben seine Begabung hervor, Geschichten zu erzählen und lieben seine „unbändige Schaffenskraft und seinen ungebrochenen Lebensmut".

Manche Freunde allerdings „fürchten vielleicht seinen immer noch wachen Poltergeist und entdecken das Kind im Manne, das auf den Schultern von ‚Eisenhans' in die Welt der Kunst geht, um Wildblumen vor der Königstochter niederzulegen", so Heribert Brinkmann in seiner Monographie über Anatol, den Bildhauer und Maler. Geboren wurde der eigenwillige Künstler, der 1991 mit dem Bundesverdienstkreuz und 1995 mit dem Lovis-Corinth-Preis der Künstlergilde ausgezeichnet wurde, als Karl Heinz Herzfeld am 21. Januar 1931 in Insterburg. Aufgewachsen bei Pflegeeltern, erlebte er als junger Mann den Zweiten Weltkrieg in seiner Heimat Ostpreußen mit all seinen Schrecken.

Die Vertreibung führte ihn dann ganz in den Westen Deutschlands. Dort erlernte er zunächst das Schmiedehandwerk und wurde dann Polizist; diesen Beruf übte er bis zu seiner Pensionierung aus. Nebenher studierte er an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf bei Joseph Beuys, der ihn sehr geprägt hat, und bei Carl Wimmenauer (1964–1972). Von 1979 bis 1981 erhielt der Ostpreuße sogar einen Lehrauftrag an „seiner" Akademie.

Seit 1982 lebt und arbeitet er in Düsseldorf und auf der Insel Hombroich in Neuss-Holzheim; dort hat Anatol, wie sich Herzfeld als Künstler nennt (nach einer Figur aus Tolstois „Krieg und Frieden"), auch eine alte ostpreußische Bauernkate nachgebaut, die ihn – und nicht zuletzt auch die Besucher der Museumsinsel – an das Land im Osten erinnert.

Immer wieder findet man in seinen Arbeiten Symbole wie die Kreuzblüte, die für Anatol auch ein Symbol seiner Heimat ist. „Als ich 1946 aus meiner Heimat Ostpreußen vertrieben wurde, blühte dort überall das Unkraut Hederich" (ein Kreuzblütler) ... Als wir im Zug steckten, kamen wir irgendwann über die Weichsel. Da wußten wir, es geht nach Westen. Ich war damals 16. Mir ging es wie einem herausgerissenen Baum oder einem aus dem Nest geworfenen Vogel. Es war Herbst, da blühte der Hederich, er blühte gelb wie der Raps ..."

Auch der Fisch, als Symbol des auferstandenen Christus, und der Schmetterling sind im Werk des gläubigen Christen Anatol immer wieder zu entdecken. Eisen, Stein, Holz sind die bevorzugten Werkstoffe, alte Türen, verwitterte Fensterläden führt er einer neuen Bestimmung zu. Er bearbeitet alte Findlinge und gibt ihnen ein neues Leben. Interessierte Zuschauer stören den Künstler nicht bei der Arbeit, er läßt sie an seinem Schaffen teilhaben, zieht sie in den Entstehungsprozeß mit hinein. Immer wieder hat er die Spuren der Kindheit gesucht, hat zurückgeblickt, aber auch nach vorn und mit seinen Arbeiten Zeichen gesetzt, Zeichen, die trotz ihres herben Materials durchaus poetisch sind.

SiS

Die Ausstellung im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, mit Malerei und Skulpturen von Anatol ist montags bis freitags von 10 bis 20 Uhr, sonnabends von 10 bis 18 Uhr bis zum 26. Mai zu sehen, sonn- und feiertags geschlossen.

Bauernpaar: Stahl auf alter Holztür



Fotos: Anatol

Eisenmänner: Geballte Kraft aus Stahl



Eigenwillig: Anatol vor seiner Schmiede

Müllentsorgung offenbar wichtiger als Gebeine der Gefallenen

Betr.: „Schande für Deutschland“ (Nr. 13)

Eigentlich doch unvorstellbar, daß noch immer die sterblichen Überreste von 4300 unserer Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in Pappkartons auf einem verlassenen Fabrikgelände in Tschechien aufgestapelt herumstehen und nun auf einem Militärdepot weiter herumstehen sollen, bis hoffentlich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge innerhalb Jahresfrist eine geeignete (und wohl von ihm bezahlbare) Ruhestätte finden kann.

Der deutsche Außenminister zeigte sich für das tschechische Angebot dankbar, die Pappkartons zwischenzulagern, und sprach anschließend mit seinem tschechischen Kollegen über Probleme bei der Müllentsorgung. Für mich hat das symbolischen Charakter, und es scheint mir zu einer Bundeswehr und einer Politik zu passen, die sich unserer gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges verweigert. Wohl einmalig unter allen Armeen unserer Erde.

Ist das nicht überhaupt undenkbar, daß es der Generalität der Bundeswehr wie dem zuständigen Minister aus der CDU völlig egal zu sein scheint, was aus unseren gefallenen Soldaten geworden ist? Ist es wirklich allein dem Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge überlassen, die Pflichten von Staat und Armee zu erfüllen?

Schamlos, ehrlos, unwürdig!

Jan Frontier, Oetzen

Holt unsere Soldaten heim!

Betr.: „Schande für Deutschland“ (Nr. 13)

Ja, es ist eine Schande für Deutschland wie es mit seinen toten Soldaten umgeht. Mein Appell an die dafür Zuständigen: Holt sie heim und gebt ihnen ihre Würde zurück. Hätten sie nicht das Recht und wir die moralische Pflicht, ihren Gebeinen ein bißchen Heimaterde zu gönnen! Schließlich zogen sie für ihre Heimat, für ihr Land, ins Feld und opferten ihr meist junges Leben. Heimat mag für viele im Angesicht des Todes der letzte unerfüllbare Wunsch gewesen sein. Was ihnen vor 60 Jahren nicht vergönnt war, sollte jetzt möglich sein.

Konrad Zimmer, Königsberg i. Ufr.

Erbarmen wir uns

Betr.: „Schande für Deutschland“ (Nr. 13)

Der Zweite Weltkrieg liegt über 60 Jahre hinter uns, und noch immer nicht sind alle unserer Gefallenen beerdigt. Auf einem stillgelegten Fabrikgelände in Tschechien sind in Pappkartons die sterblichen Überreste von 4000 unserer gefallenen Soldaten gestapelt und warten darauf, daß wir Deutschen uns ihrer erbarmen.

„Wir“ Deutschen sind vorrangig die, die in unserem Namen beziehungsweise für uns Macht ausüben und zu handeln haben. Aber unsere Gefallenen scheinen sie nicht zu interessieren, sie erbarmen sich ihrer nicht. Und sehr viele Bürger wissen nicht einmal etwas von dieser Schändlichkeit.

Der Volksbund leistet, was er leisten kann. Aber er ist auf die finanzielle und politische Unterstützung der Bundesregierung angewiesen. Doch die ist nicht in ausreichendem Maße gegeben. Sind unsere Regierungsmitglieder nicht auch Deutsche?

Gerda Schneider, Berlin





Foto: Volksbund

Erfolgreich: Die „Bild“-Zeitung machte auf die Notlage des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V. aufmerksam.

Ein Land »Preußen« muß auf Preußen basieren

Betr.: „Zur Länderzusammenlegung fehlt der Mut“ (Nr. 8)

Die Diskussion um eine Länderreform begleitet uns inzwischen seit Jahrzehnten. Sie verläuft wie eine Sinuskurve: Kurzzeitig steigt sie an, um dann wieder zu verschwinden. Woran liegt das? Es gibt nämlich sowohl gute objektive Gründe für die Länderneugliederung als auch (weniger objektive) Gründe dagegen – letztere oft von Egoismen diktiert. Wenn man – wie im alten Preußen – den Staat nicht als Selbstzweck, sondern als rationales Instrument zur effizienten und also sparsamen Verwaltung des Landes betrachtet, dann müssen seine Strukturen den tatsächlichen Entwicklungen (geopolitischen, ökonomischen, ethnischen, demographischen, finanziellen) angepaßt werden. Nun haben sich aber nicht wenige im Status quo gut eingerichtet, fühlen sich darin recht wohl und können sich dieses (veraltete) System dank eigener Leistung oder guter Absicherung durch andere (Länderfinanzausgleich) auch leisten. Solche verweisen unterschwellig gern darauf, daß in den US-Bundesstaaten Bevölkerungszahlen zwischen 300000 und über 25 Millionen bestehen.

Das derzeit letzte Neugliederungsmodell hat Wilfried Böhm in der *PAZ* vorgelegt. Wie die übrigen, so ist auch dieses Modell dem Grunde nach umsetzbar. Es stellt sich aber die Frage, ob es auch sinnvoll ist gemäß der obigen Definition. Diese Frage muß ich beim Blick nach Osten verneinen. Dort geht es um „Preußen“. Dazu will der Autor Berlin und Brandenburg zusammenfassen. Vergleicht man es mit dem republikanischen Freistaat Preußen der Weimarer Zeit, so ist dieses Modell ein allzu kümmerlicher Rest, der den anspruchsvollen Namen nicht verdient. Unglaublich ist der Vorschlag, den ehemaligen DDR-Bezirk Magdeburg abzulösen und ihn an Niedersachsen anzugliedern. Das hat es in der Geschichte schon einmal gegeben: Im Tilsiter Frieden von 1807 trennte Napoleon die westelbischen Gebiete Preußens ab und schlug sie dem damals neu gebildeten Königreich Westfalen zu. Das wäre geschichtslos. Man muß nämlich wissen, daß wesentlicher Teil des Bezirkes Magdeburg die Altmark ist, die man mit Fug und Recht als preußisches Urland bezeichnen kann. Wenn es schon ein deutsches Bundesland Preußen nur im Osten geben soll, dann muß es mindestens alle dort noch vorhandenen preußischen Gebiete umfassen. Sonst muß auf den Namen verzichtet werden. Da es sich bei „Preußen“ dann aber um eine Neugründung nach der Auflösung von 1947 handeln würde, können auch früher nicht preußische Gebiete hinzukommen: Preußen war immer ein Territorialstaat, der auf Arrondierung seines Territoriums zu achten hatte. Noch während der Weimarer Republik gab es Zuwachs, kamen kleinere Länder (Waldeck-Pyrmont) hinzu. Warum nicht auch heute? Wenn es also „Preußen“ sein soll, dann müssen neben Berlin und Brandenburg Sachsen-Anhalt (die alte Provinz Sachsen) und Mecklenburg-Vorpommern dazugehören.

Wie auch immer: Der politische Wille entscheidet. Was bleibt, ist wieder einmal das Prinzip Hoffnung.

Dr. Dieter Nieveling, Berlin

Was, wenn es keine Gewerkschaften gebe?

Betr.: „Der Müll, der Streik und der Schnee“ (Nr. 10)

Ihr Leitartikel zum Streik im öffentlichen Dienst ist mir übel aufgestoßen.

Sie meinen also, die Streikenden sind so dumm, daß sie sich zu Zehntausenden stundenlang auf die eiskalte Straße begeben, nur um den Machtgelüsten und der Uneinsichtigkeit des Chefs der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, zu dienen?

Es hat noch nie genug Geld in den öffentlichen Kassen gegeben, also immer einen Grund, den eigenen Beschäftigten den gerechten Lohn zu verweigern, Leute zu entlassen, die Arbeitszeit zu verlängern.

Bis zur 56-Stundenwoche zu 300 Euro ist es ja noch ein gutes Stück hin, aber skrupellose Leute gibt es in der Politik genug, die außer bei sich und dem Großkapital überall bereit sind die Axt anzulegen.

Was würde denn passieren, wenn Ver.di alle Arbeitgeberforderungen erfüllte? Richtig – die nächsten Unverfrorenheiten würden sobald möglich nachgeschoben, eine ständige Schraube nach unten.

Was, wenn es keine Gewerkschaften gäbe? Der einzelne Arbeitnehmer würde total ausgebeutet. Der Sozialstaat würde zusammenbrechen, denn auch Sie wissen, wer mit seinen Steuern und Sozialabgaben den Rechts- und Sozialstaat finanziert, sogar für die Reichen: Es sind fast ausschließlich die Arbeitnehmer mit Tariflöhnen, auch über ihren Konsum.

Diese müssen angemessene Gehälter bekommen, an dem von ihnen erarbeiteten Gewinn und Kapital (im öffentlichen Dienst nicht immer leicht meßbar) auch Anteil haben.

Sie sollen auch Kinder / Familien ernähren können – ohne angemessenes Einkommen für normale Arbeitnehmer wird es bald gar keine deutschen Kinder mehr in unserem Land geben (denn die akademischen Spitzenverdienerinnen verweigern sich seit vielen Jahren der Mutterschaft – rund 40 Prozent bleiben kinderlos, weitere 30 Prozent haben gerade mal ein Kind).

Da Sie wissen, wie schwer es ist, den seit etwa 1984 stagnierenden Gehaltsstand (bereinigt, netto) auch nur zu wahren, sollten die Arbeitgeber nicht auch noch durch die Presse beim Sozialabbau unterstützt werden.

Warum fordern Sie diese nicht auf, sich auf die Arbeitnehmer zuzubewegen?

Was passiert, wenn Landesfürsten frei handeln können, zeigt sich in Niedersachsen, wo sich Herr Wulff sogar noch was darauf einbildet, den Beamten Urlaubs- und Weihnachtsgeld ganz gestrichen zu haben.

Reinhard Ulmar, Hann. Münden

Absage an die Politik insgesamt

Betr.: „Jetzt geht's los – oder?“ (Nr. 13)

Zu den Wahlen in Deutschland läßt sich vieles sagen.

Aus meiner Sicht stellt insbesondere das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ein bezeichnendes Beispiel des deutsches Dilemmas dar. Betrug die Wahlbeteiligung dort 2002 56,5 Prozent, so waren diesmal lediglich nur noch 44 Prozent der Wahlberechtigten bereit, ihre Stimme abzugeben. Für mich bedeutet dies nicht nur eine Absage an einzelne Parteien, sondern an die Politik insgesamt. Wenn man sieht, wie trostlos und ohne Perspektive dieses Bundesland dasteht, ist das kein Wunder. Sachsen-Anhalt ist das prägnanteste Beispiel politischen und wirtschaftlichen Gesamtversagens.

Dieser Trend ist bundesweit zu beobachten. Die Leute resignieren.

Nach dem, was uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten zugemutet wurde an dilettantischer, von faulen Ideologien und Charakterlosigkeit geprägter Politik und deren katastrophalen Auswirkungen auch nachvollziehbar. Die Deutschen spüren das ideologisch-manipulative Eingreifen in alle persönlichen Bereiche, die Aushöhlung und Unterwanderung ihrer schwer erkämpften Freiheiten und Rechte, seit langem nur allzu deutlich.

Was mich am meisten ärgert ist die Ignoranz der Politik. Keine einzige Partei hat in Wahrheit die Legitimation, zu regieren.

Der Zusammenschluß von CDU und SPD kann darüber nicht hinwegtäuschen. Von Demokratie kann jedenfalls keine Rede sein. Nur die vermeintliche Alternativlosigkeit hält diesen Zustand aufrecht.

Wann und wie wird sich unser starkes Volk aus seiner Ohnmacht befreien können?

Karl Friedrich Greve, Sankt Augustin

Echter Ostpreuße

Betr.: Andreas Kosserts Buch „Ostpreußen“

Wer sich auf Kossert's Werk einläßt, muß sich selbst Zeit geben, einen unbändigen Lesewillen besitzen sowie Lernbereitschaft und Durchhaltevermögen haben. Akribisch hat Kossert Daten und Fakten aufgearbeitet; immer bezogen auf Ostpreußen ist es doch auch gleichzeitig deutsche Geschichte. Man kann es durchaus als Nachschlagewerk benutzen (wenn man sich die Seite merkt!); es ist alles darin zu finden, vom Ritterorden, über den „Westfälischen Frieden“, die Lehnsherrschaft, Schatullsiedlungen und so weiter – bis zur Neuzeit unserer Tage; ein alle Zeiträume überspannendes, detailliert mit Original-Schriftstücken untermauertes, sachlich verfaßtes „Geschichtsbuch“.

Andreas Kossert ist Nachgeborener, seine Eltern stammen aus Ostpreußen. Er konnte bereits als 17jähriger in der Schule aus dem Stegreif über Ostpreußen referieren. Er hat sein Wissen zum Beruf gemacht, ist Historiker geworden, hat inzwischen promoviert und ist am Historischen Institut in Warschau tätig. Ich habe am 29. Januar 2006 an seiner Lesung im Welfenschloß in Hann. Münden teilgenommen; sein Bezug zu Ostpreußen und seine Liebe zu dem Land seiner Wurzeln waren unverkennbar. Seine Worte: „Denn es kann nicht sein, daß Ostpreußen für die Deutschen ein Land ohne Gegenwart, für die Russen ein Land ohne Geschichte bleibt“ drücken nicht nur den Historiker aus. Lesenswert sein Buch – auch für Nicht-Preußen!

Astrid von Günther, Reinhardshagen

Vorgegeben

Betr.: Spielfilm „Dresden“

Spätestens seit deutsche Weltkriegssoldaten mit dem Generalverdacht, Mörder zu sein, ruhen, und Deserteure in toto zu Helden wurden, hat sich auch ansonsten eine Geschichts- und Geschichtenvermittlung durchgesetzt, die seinerzeit der allzu früh verstorbene Historiker Hellmut Diwald als Erklärungsversuche des Nationalsozialismus mit immer neuen Ausdrucksformen des Abscheus beschrieben hat. Entsprechend sind nach durchaus nicht stillschweigender Übereinkunft der Bühnen- und Filmschaffenden Handlungen und deutsche Charaktere dieser Zeit anzulegen. Ein irgendwie gearteter positiver Eindruck ist nur noch einem Personenkreis zugeordnet, der die politisch gestützten und als verbindlich geltenden Moralvorstellungen erfüllt.

Jörg Reinwein, Frankfurt a. Main

Bei Behörden ist kein Verständnis für die DDR-Opfer zu erkennen

Betr.: „Die Dreisten kommen“ (Nr. 15)

Nein, gescheitert ist die Wiedervereinigung nicht, doch manche Entscheidung ist unverständlich.

Bekanntlich wurden in der SBZ mehr als 150000 unschuldige Menschen vom 12. Lebensjahre ab in den Speziallagern der Russen interniert, die ab 1950 von der DDR übernommen wurden. 60000 kamen um, bis heute kennen viele Angehörige weder die Todesdaten noch die Orte.

Menschen, die zwölf Jahre in Hitlers KZ-Lagern verbrachten, wie ein mir bekannter Sozialdemokrat meiner Heimatstadt Spremberg in der Lausitz, geb. 1889, überlebt die 1949 erfolgte erneute Inhaftierung nicht: Er kam 1951 in einem Arbeits- und Besserungslager in Tajschet um.

Doch bei den Behörden ist kein Verständnis für ein Erinnern an diese Toten zu erkennen, wenn es um die Zustimmung der Denkmalpflege zu Gedenkstätten für die Opfer von Krieg und Gewalt geht, obwohl man sich nach der Wiedervereinigung Verständnis erhofft hätte.

Ein 1928 geschaffenes Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges wurde in Spremberg 1958 in ein Denkmal für elf Opfer des Faschismus umgewandelt, die Bronzetafeln mit den Namen der Gefallenen und die Aufschriften „Den Gefallenen“ und „Sie werden auferstehen“ entsorgt. Nach 1990 wollte der inzwischen gegründete Georgenbergverein auf dem Gedenkstein zusätzlich elf Namen von Opfern des Stalinismus stellvertretend für viele weitere nennen und fünf Gedenktafeln an der Stützmauer für die Toten des Ersten Weltkrieges, die Toten des Zweiten Weltkrieges, die Opfer von Flucht und Vertreibung, die Opfer von Krieg und Gewalt und die Opfer des Stalinismus anbringen. Trotz Zustimmungsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde unser Anliegen seit Jahren zurückgewiesen. Begründung: Die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus ist in der Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen, eine Erweiterung stelle eine Veränderung dar, der Antrag werde aufgrund mangelnder Prüffähigkeit zurückgewiesen.

Hier frage ich mich, wieso haben nach der Wiedervereinigung die Namen von elf Opfern des Faschismus Vorrang vor den genannten Opfergruppen auf einer Gedenkstätte, die bereits 1928 errichtet und durch die SED zweckentfremdet wurde. Schließlich hatten die Toten des Ersten Weltkrieges nichts mit Hitler zu tun.

Ich empfinde es mit Scham als Schande für eine Kulturnation, daß in der NS-Zeit Menschen in Lagern umgekommen sind oder umgebracht wurden und empfinde es als Ausdruck einer Gewissenlosigkeit, wenn man heute die Opfer des Stalinismus negiert, vor allem, wenn man sie gern in ein Vergessen drängen möchte, weil man einer DDR-Nostalgie frönt, die gepflegt wird. Dafür fehlt vielen von uns das Verständnis.

Bekannt ist, daß in der ehemaligen DDR Menschen mit beruflichen Qualifikationen, die kein SED-Parteibuch hatten, ohne Arbeit sind, während im Fernsehen und bei Behörden einstige Genossen ein sorgloses Leben führen dürfen und Karlsruhe den SED-Eliten die Zusatzversorgung als rechtmäßig zugestand. Unter einer Wiedervereinigung hatten die Gegner des DDR-Systems nicht vermutet, daß sie heute beruflich auf der Schattenseite stehen.

Trotzdem darf die Wiedervereinigung, die zu den einmaligen Daten der deutschen Geschichte gehört, nicht als gescheitert betrachtet werden.

Marg.-Elfriede Krause, Pattensen

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Politiker müssen endlich hinter den Lehrern stehen

Betr.: „Begegnung mit der Wirklichkeit“ (Nr. 14)

In welchem Lande leben wir? In einem politischen Morast, den Politiker produziert haben, die entweder nicht ausreichend fähig, von Ideologie benebelt oder böswillig gegenüber dem eigenen Volk sind. Zu ihrer Entschuldigung ließe sich nur anführen, daß Koalitionen selten zu großen Würfen neigen. Es wurden zur Produktion einer multikulturellen Gesellschaft weit mehr Ausländer ins unser Land gelassen, als es vertragen kann. Dabei wurde den Kindern dieser Ausländer nicht die Aufmerksamkeit und Zuwendung zuteil, die sie als „Unschuldige“ verdienen. Nicht sie haben sich unser Land ausgesucht, sondern es waren ihre Eltern. Und da hilft es wenig, wenn wir uns über die Eltern beklagen, die Integration, Grundgesetz und das Christentum ablehnen. Sie haben nur genützt, was deutsche Politiker und Parteien ihnen gewährt haben. Schulen, Schüler und Lehrer wurden von nahezu allen Politikern und Parteien vernachlässigt. Die Folgen erleben wir heute, wobei die Rütli-Schule nur so etwas wie ein Signalgeber ist: Seht her, was Euch unverantwortliche Politiker bescheret haben! Nun schreien sie zwar, aber zu bieten haben sie wenig oder Falsches, wie besonders von Grünen / Linken zu vernehmen ist. Ganztagsschulen sollen es richten, die doch immer nur ein Notbehelf für Schüler sind, deren Eltern keine Zeit für sie haben. Und dann soll es noch ganz toll sein, wenn die dreigliedrige Schule endlich beseitigt wird und alle Schüler in gemeinsame Klassen gesperrt werden. Ich halte das für puren Unfug und warne vor Erziehungswissenschaftlern, Statistiken und Studien, mit denen sich belegen läßt, was man sich nur wünscht. Schüler und Lehrer brauchen unser aller Hilfe. Es kann nicht sein, daß Lehrer vor Klassen kapitulieren, aus Niederlagen keinen Ausweg wissen, psychisch vor die Hunde gehen. Und es darf nicht sein, daß Gewalt eine Schule beherrscht, was als Folge fordert, daß jede Disziplinlosigkeit sofort geahndet, nichts hingenommen wird und Vorgesetzte wie Politiker hinter ihren Lehrern stehen und nicht vor angeblicher Ausländerfeindlichkeit in die Knie gehen.

Waltraud Uhl, Berlin

Schlechtschreibung unerwünscht

Betr. Preußische Allgemeine Zeitung

Gerne liest unsere ganze Familie Ihre Zeitung – nicht nur wegen der inhaltlich meist sehr guten Artikel, sondern auch wegen der bislang angewandten bewährten Rechtschreibung. (Unsere regionale Tageszeitung haben wir wegen deren Übernahme der Schlechtschreibung gekündigt.)

Wenn Sie nun auch die neue Schlechtschreibung – gleich in welchem Reformstatus – übernehmen sollten, würden wir wohl auch in Ihrem Fall von einem weiteren Bezug Abstand nehmen müssen. Dies soll keine Drohung oder gar Erpressung sein, sondern dient lediglich unserem Selbstschutz: Da wir unser geistiges wie auch visuelles Auge (das ja auch durch ein korrektes Schriftbild gepflegt wird) nicht durch Falschschreibung beeinträchtigen lassen möchten, werden wir auch künftig jegliche Schlechtschreibung vermeiden.

Insofern würden wir es sehr bedauern, wenn die *PAZ* die Schlechtschreibung übernehmen würde.

Familie Fritze, Karlsbad

Ausbeutung trotz Rekordgewinn

Betr.: „Moderne Ausbeuter buchen Elite zum Nulltarif“ (Nr. 11)

Seit Jahren und zunehmend werden auch in profitablen großen deutschen Industrieunternehmen Universitäts-Absolventen als billige Mitarbeiter über den Status „Praktikant“ ausgenutzt.

Der Beitrag von R. Bellano beschreibt sehr schön die Situation der Betroffenen und die gesellschaftlichen Folgen dieser Unternehmenspolitik.

Den Sachverhalt untermauert die aktuell veröffentlichte Mitteilung des Betriebsrates Hauptverwaltung, Continental AG Hannover, vom 20. März 2006: „Unserer Meinung nach werden Praktikanten in größerer Anzahl in vielen Abteilungen überwiegend als billige Arbeitskräfte (585 Euro) eingesetzt, um die vom Vorstand verweigerten, regulär notwendigen Einstellungen auszugleichen. Das haben uns auch viele Führungskräfte immer wieder bestätigt.“

In der Betriebsversammlung vom 14. März 2006 setzte die Konzernleitung den Betriebsrat unter Druck, indem damit gedroht wurde, daß die Weiterführung des Projekts „Kinderbetreuung 0-3jährige“ und die Besetzung von sieben Ausbildungsplätzen für 2006 blockiert wird, falls der Betriebsrat sich weigert, zukünftig bedingungslos der Einstellung von Praktikanten zuzustimmen.

Dieses unwürdige Tun spielt sich also in einem deutschen Konzern ab, der auf ein Rekordgewinnjahr nach dem anderen verweist.

Gerriet Kohls, Langenhagen



Foto: vario-press

Im Zentrum der Aufmerksamkeit: Berliner Rütli-Schüler brüsten sich vor den Kameras.

Ohne Tradition

Betr.: „Geschwader Erich Mielke?“ (Nr. 14)

Von Leesen kann man nur zustimmen, jedenfalls, wenn man sich noch als Deutscher fühlt und noch weiß, wo oben und unten ist und auch nicht bereit ist, sich vorschreiben zu lassen, welche Wörter man verwenden und was man denken darf.

Die Bundeswehr scheint sich unter maßgeblichen Generälen, die noch nie einem Feind gegenübergestanden haben und gar nicht wissen wollen, was deutsche Soldaten einmal geleistet und ertragen haben – für Deutschland übrigens – zu einem Kuriosum entwickelt zu haben, ohne Tradition, ohne Rückgrat, gebeugt unter einer Political Correctness, die unserem ganzen Volk zur Schande gereicht.

Konrad Arnold, Jena

Schon jetzt gibt es nicht genügend Arbeitsplätze für die Jugend

Betr.: „Vater Staat entdeckt seine Kinder“ (Nr. 12)

Den oben bezeichneten Artikel habe ich mit viel Interesse gelesen. Er schließt mit einem durchschnittlichen „Überschuß“ für unseren Staat pro gelebter Person von 77 000 Euro ab. Diese Rechnung kann jedoch nur unter „normalen“ wirtschaftlichen Verhältnissen, wie wir sie heute durchaus nicht haben, aufgehen.

Es wäre zur Klarstellung unserer heutigen wirtschaftlichen Situation sehr nützlich, eine Ergänzungsrechnung vorzunehmen, in welcher folgende Fragen beantwortet werden:

1. Was kosten die rund fünf Millionen registrierten Arbeitslosen und die von mir geschätzten zirka zwei Millionen versteckten Arbeitslosen der Volkswirtschaft an Ausfall von Steuern und Sozialbeiträgen sowie Zahlung des Lebensunterhaltes?

2. Was kosten die (Zahl ist mir unbekannt) zahlreichen in die vorzeitige Rente Gegangenen (wohin sie ja gar nicht gehören), daher das Rentendebakel, abgeschobenen älteren Erwerbstätigen unserer Volkswirtschaft ebenfalls an nicht gezahlten Steuern und Sozialbeiträgen, und in welchem Umfang belasten sie die Rentenkassen?

3. Was kostet unsere Volkswirtschaft die Berufsausbildung junger Menschen, zum Teil bis zum Akademiker, welche anschließend ins Ausland abwandern und dort bei einer ausländischen Firma tätig werden, also sogar noch auf dem Weltmarkt als Konkurrenz tätig werden, weil sie im eigenen Land keinen befriedigenden Arbeitsplatz finden?

4. Weit und breit wird die zu geringe Anzahl des Nachwuchses in unserem Staate beklagt, was an sich auch richtig ist. Es sei aber hier die Frage gestattet, was unser Land zur Zeit mit zwei Millionen mehr an Schulabgängern machen würde, weil für diese jungen Menschen nicht einmal Platz zur weiteren Ausbildung und schon gar kein gesicherter Arbeitsplatz zur Verfügung stände. Bei dieser Betrachtung der wirtschaftlichen Lage komme ich mir vor wie ein Mann, der sorgenvoll das sehr brüchige Fundament seines Hauses anschaut und dabei mit oder ohne Absicht übersieht, daß der Dachstuhl in hellen Flammen steht.

Siegfried Deegen, Probsteierhagen

Immer wieder neue Informationen

Betr.: „Immer April – Wochenrückblick“ (Nr. 14)

Jeden Morgen lese ich eine Stunde in der „Welt“ und schaue auch in die „Berliner Morgenpost“, sonntags kommt noch die „WamS“ hinzu, aber daß wir den Chinesen Entwicklungshilfe – jährlich 68 Millionen Euro – zahlen, das war mir doch neu.

Neu war mir auch, daß der NRW-Integrationsminister, Laschet von der CDU, junge ausländische Straftäter statt kriminell nur noch „sozial desorientiert“ nennen will.

Und ich hatte auch nicht gelesen (vielleicht da unauffällig, auch überlesen), daß der Deutsche Journalisten Verband seinen Mitgliedern mit einer Fibel vorgeben will, wie sie die Meinungen der Deutschen beeinflussen, verändern, fälschen können (für mich reinster Faschismus!)

Vielleicht bin auch ich sozial desorientiert, wenn ich das politische Deutschland unter der Herrschaft der Political Correctness als Irrenhaus bezeichne, in dem die Täter Narrenfreiheit genießen.

Walter Dabrunz, Cuxhaven

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3414**

Preußen war weit weniger kriegerisch als andere

Betr.: Leserbrief „DDR war absolut kein GULag“ (Nr. 12)

In dem Leserbrief wird der Abriß des Palastes der Republik beklagt, denn dieses Haus gehöre ebenso zur Geschichte Deutschlands wie das Berliner Schloß. Wenn aber der Palast der Republik – weil ein „Palast des Bösen“ – nicht erhalten werden dürfe, könne auch nicht das Berliner Schloß wieder aufgebaut werden, das man ebenfalls als „Palast des Bösen“ bezeichnen könne: Die Hausherren des Berliner Schlosses, die Könige und Kaiser des Hauses Hohenzollern, hätten durch die von ihnen zu verantwortenden Kriege viel Elend über die Völker Europas gebracht.

Ein ähnliches Argument erdachten sich auch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Sie hielten es für unerläßlich, Preußen aufzulösen, um den „preußischen Militarismus“ zu beseitigen. Doch Preußen (einschließlich Deutschland) war weniger „kriegerisch“ als seine Nachbarn.

Arno Griesbach, Preußisch Oldendorf

Moslems sind Wolf im Schafspelz

Betr.: „Europa wird zum Dschungel“ (Nr. 9)

Grausame und erbärmliche Zustände in der moslemischen Türkei beschreibt ein Tatsachenbericht, erschienen im „Rheinischen Merkur“, Nr. 31/2005.

Pfarrer Felix Körner muß seine Kirche in Ankara tarnen als „Kanzlei der französischen Botschaft“. Eine offizielle katholische Kirche erlaubt die Türkei nicht. Pfarrer Körner darf auch nicht als katholischer Priester wirken. Dafür bekommt er vom türkischen Staat weder Aufenthalts- noch Arbeitserlaubnis. Er gilt als Angestellter der deutschen Botschaft.

Es ist erst einige Monate her, daß ein Gemeindemitglied, ein ehemaliger Muslim, drei Tage lang von der Polizei wegen „unerlaubter Missionierung“ verhört und mit Elektroschocks gefoltert wurde. Pfarrer Körner veranlaßte die Überweisung des Gefolterten ins Krankenhaus. Nach kurzer Zeit erschien jedoch die Polizei. Aus dem Untersuchungsraum hörte Pfarrer Körner laute Hilferufe. Seitdem ist sein Gemeindemitglied verschwunden. Sein Besitz wurde verwüstet. „Dieser Vorfall hat mein Türkeibild stark verändert“, berichtet Pfarrer Körner dem „Rheinischen Merkur“.

Wenn die Kirchen den Unterschied zwischen Islam und Christentum aufzeigen würden, käme so manchem die Einsicht, wie notwendig es ist, hinter der Kirche zu stehen. Toleranz predigt der Islam immer nur dort, wo er noch in der Minderheit ist. In den islamischen Ländern zeigt sich überall der Islam als extrem intolerant und brutal gegenüber Christen und Christentum. Im Koran 48, Sure 17 steht: „Ihr sollt das Volk bekämpfen, oder es bekenne sich zum Islam.“ Im Koran 8, Sure 40 steht: „Bekämpft sie, bis alle Versuchung aufhört und die Religion Allahs allgemein verbreitet ist.“ Im Koran 33, Sure 28 steht: „Allah hat euch zu Erben gesetzt, über die Ungläubigen, über ihre Acker und Häuser, über all ihre Güter und alle Lande, in denen ihr Fuß fassen werdet.“

1970 gab es in Deutschland drei Moscheen. Heute gibt es bereits schon mehr als 2 500 Moscheen in Deutschland. „Kämpft mit der Waffe gegen die Ungläubigen ... bis der Islam überall verbreitet ist!“ (Koran 8,40). „Der Kampf mit der Waffe ist euch vorgeschrieben“ (2,217). „Ihr sollt die Mächtigen sein!“ (4,736).

Es ist erstaunlich, auch bedauerlich, daß sich auch die Kirchen bezüglich des Islams auf gefährliche Wege einlassen. Unsere moslemischen Mitbürger werden sich weiterhin harmlos darstellen, um auch in Zukunft als Wolf im Schafspelz auftreten zu können.

Paul Gillner, Wennigsen

Unser Dialekt

Betr.: „Die Erinnerung nahm Gestalt an“ (Nr. 13)

Mit viel Begeisterung habe ich Ihren ganzseitigen Bericht über den Film „Flucht und Vertreibung“ gelesen. Ich muß daran erinnern, daß es einen Film ähnlichen Inhalts gegeben hat! Das „Bernsteinamulett“ nach dem Buch von Peter Prange. Ein Gutshof in der Nähe von Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), Flucht und letztlich die Liebe zu einem russischen Offizier, Leslie Malton spielte die Hauptrolle einmalig! Maria Furtwängler ist für die ihr zugedachte Rolle der richtige Typ. Mit dem ostpreußischen Dialekt sollten sie sich sehr zurückhalten, es könnte in die Hose gehen, er ist sehr schwer zu sprechen. In den Kreisen wurde das beste Hochdeutsch gesprochen! Ostpreußische Redensarten oder Ausdrücke tun auch das ihre! Auch das Marjellchen wurde gar nicht so gebraucht.

Gisela Engelhardt, Neuss

Ritterschlag erteilt

Die Schöpfung einer Ostpreußin bekommt ein eigenes Museum

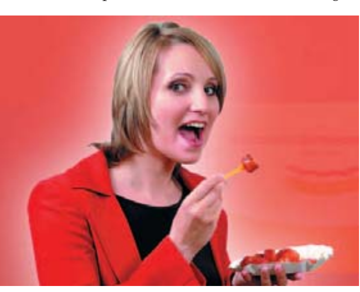
Von BERNHARD KNAPSTEIN

Dem jungen Hendrik Drauskat will das Grinsen nicht vergehen, während er den letzten Zipfel verdrückt. Er hat bei seiner Wette recht behalten. Der wohl beliebteste Schnellimbiß aus deutschen Landen, die Currywurst, ist ostpreußischer Herkunft. „Made of East Prussian", wie Hendrik sich ausdrückt. Nicht „in", aber immerhin „of".

Seinen Berliner Schulkameraden, die ihn wegen seines eigenwilligen Detailwissens über dieses Ostpreußen, das es doch eigentlich gar nicht mehr gibt, ausgelacht haben, ihnen ist zumindest vorübergehend die Lust an der Wurst vergangen. Etwas unwillig stochern sie in ihren Papptellern herum. Wer kommt auch schon darauf, daß die in Berlin erstmals verkaufte Wurstspezialität, ostpreußische Wurzeln hat.

In der Tat. Jene Herta Heuwer, die in Berlin, genauer an der Charlottenburger Kreuzung Kantstraße (wie könnte sie anders heißen) und Kaiser-Friedrich-Straße 1949 einen rollenden Schnellimbiß aufmachte, war Flüchtling aus Ostpreußen.

Die 1913 als Herta Charlotte Pöppel geborene Königsbergerin erwies sich als geschäftstüchtig. Mit einem alten Imbißwagen begann der Aufbau ihrer neuen Existenz. Da die Besatzungstruppen das Bild des Berliner Lebens bestimmten und der „american way of life" eine verständliche Abwechslung von den Nachkriegssorgen bildete aber auch ein zweifelhaftes Vorbild in jener Zeit war, richtete Herta Heuwer ihre Geschäftsstrategie hiernach aus und beschloß, amerikanisches Essen zu kredenzen. Steaks mit Ketchup sollte es eigentlich sein, so wie die „Amis" es lieben. Da aber im Nachkriegsberlin Steaks kaum beschafft werden konnten und auch die potentielle deutsche Kundschaft sich solcherlei kaum leisten konnte, servierte sie halt Dampfwurst in selbstgewürzter Tomatentunke. Das Currygewürz war neben Chilipulver das I-Tüpfelchen der roten Soße, die fortan Chillup-Sauce hieß.



Delikat: Die Currywurst ist für viele ein Gaumenschmaus. Foto: Breloh

Es geschah wie so oft in der Weltgeschichte der Armeleuteessen. Die Wurst, besser die Soße der Ostpreußin, rief auf zu einer kulinarischen Revolution und marschierte auf Eroberungszug durch das zerstörte Land. Der Wurststand, den Herta Heuwer liebevoll "Erste Wurstbraterei der Welt" nannte, wurde schnell bekannt. Der Stand wuchs zur Imbißhalle mit 19 Verkäuferinnen. 1959 ließ sich die Ostpreußin ihre Soße patentieren. Heuwer, die 1999 verstarb, wurde ein echtes Original im Berliner Stadtbild.

Heute verschmähen weder Bauarbeiter oder Börsenmakler noch sozialdemokratische Ex-Bundeskanzler das urdeutsche Gericht, das inzwischen den Trieben der Evolution folgend je nach Region in verschiedenen Varianten hochgeschätzt wird. So wird etwa in Hamburg die Wurst gepudert, während der Berliner die Wurst am liebsten übergossen mag. Für den einen muß es vom Schwein, für die andern vom Kalb sein. Diese Wurst wird durch den Häcksler geschoben, jene wird traditionell handzerteilt. Spielarten der Zubereitung für die jährlich 800 Millionen in Deutschland verzehrten Currywürste sind in jede Richtung denkbar. Selbst auf Galaveranstaltungen und bei Fernsehköchen geht es oftmals um die Wurst.

Kurz, die Currywurst genießt bei den Deutschen heute unschlagbaren Kultstatus. Selbst der gleichfalls in Berlin entstandene Döner und der aus Übersee importierte Hamburger, erfreuen sich, auch wenn sie ernsthaft als Konkurrenz einzustufen sind, nicht dieser unübertroffenen Beliebtheit unserer Currywurst. Welche Speise kann schon von sich behaupten, Thema eines eigenen Museums zu sein. Berlin jedenfalls wird der Currywurst mit der Eröffnung eines Currywurstmuseums (www.currywurstmuseum.com) im Herbst des Jahres den Ritterschlag erteilen.

In dem Museum, für das noch ein geeigneter Standort gesucht wird, sollen auf 1500 Quadratmetern Herkunft, Produktion und Bedeutung des deutschen Leibgerichts präsentiert werden.

Hendriks Freunde machen sich jedenfalls so schnell nicht mehr über ihn und „sein Ostpreußen" lustig. Und auch beim Wetten werden sie künftig vorsichtiger sein, wenn es um die Wurst geht. Herta Heuwer und der ostpreußischen Kreativität sei Dank.

An der Ecke Kantstraße zur Kaiser-Friedrich-Straße hängt heute übrigens eine Gedenktafel für die Königsbergerin und ihre Currywurst.

Turbulent

»Die Erfindung der Currywurst« jetzt als Theaterstück



Foto: Oliver Fantitsch

Schwarzmarktgeschäfte: Lena muß sich mit Tauschhandel über Wasser halten.

In Hamburg, wo nach der Auffassung des Romanautors Uwe Timm die Currywurst wirklich erfunden wurde, ist derzeit das Theaterstück „Die Entdeckung der Currywurst" nach dem gleichnamigen Roman von Timm im Ernst-Deutsch-Theater an der Mundsburg zu sehen. Es erzählt die Geschichte von Lena Brücker, gespielt von Saskia Fischer, der Tochter von Nicole Heesters, und ihrer Liebe zu dem 20 Jahre jüngeren Marinesoldaten Hermann Bremer (Torben Krämer). Lena versteckt den jungen Mann in den letzten Kriegstagen, verschweigt ihm sogar das Ende des Krieges, um ihn nicht zu verlieren. Irgendwann jedoch muß sie ihm die Wahrheit sagen, und Bremer verläßt sie.

In den nachfolgenden Wochen muß sich die Frau mit Tauschgeschäften über Wasser halten und gelangt dabei an ein gelbes Pulver aus Indien. Durch einen Unfall mischt sich dieses Pulver (es ist natürlich Curry) mit Tomatensoße. Eine Mixtur ist entstanden, die heute noch viele Menschen begeistert.

Auch die Zuschauer der Hamburger Premiere dieser Inszenierung von Johannes Kraetzler konnten Currywurst genießen, allerdings in der Kreation von Fernsehkoch Tim Mälzer, der Colasirup für die Soße verwenden soll. Die turbulent inszenierte Komödie ist noch bis zum 13. Mai in Hamburg zu sehen. *man*

Gesundheitsbewußt

Fast 80 Prozent aller Fleischer verwenden heute schon Jodsalz

Von MINE MATERN

Bereits von 60 bis 80 Prozent aller Fleischbetriebe wird heute schon Jodsalz verwendet, dagegen läßt das gesundheitsbewußte Verhalten der Lebensmittelindustrie noch viel zu wünschen übrig. Darauf machte Professor Peter C. Scriba vom Klinikum der Universität München und Sprecher des Arbeitskreises Jodmangel kürzlich im Münchner Presseclub aufmerksam. Schließlich braucht der Mensch Jod, das von der Schilddrüse zum Aufbau von Schilddrüsenhormonen benötigt wird, auch schon vor seiner Geburt. Diese Erkenntnis ist wichtig, bevor ein Kropf – auch Struma genannt – sichtbar wird und Stoffwechselstörungen auftreten. Solch ein Kropf ist nicht nur ein kosmetisches Problem. Je länger kein Jod aufgenommen wird, um so größer werden dann Atem- und Schluckbeschwerden.

Schon heute müssen sich pro Jahr etwa 60000 Bundesbürger einer Radio-Jod-Therapie unterziehen. Noch mehr: Etwa 100000 müssen jährlich an der Schilddrüse operiert werden. Erste Anzeichen dieser schleichenden Krankheit: Man fühlt sich matt und müde. Das kann zu Depressionen, Obstipation (Verstopfung), Gewichtszunahme und verlangsamten Reflexen führen. Besonders groß sind die Gefahren des Jodmangels für Kinder. Es können Wachstumsstörungen bis hin zu geistigen Behinderungen auftreten, auf jeden Fall sind Konzentrationsschwäche und eine generelle Leistungsminderung zu beobachten.

Deutschland ist ein ausgeprägtes Jodmangelgebiet. Bisher decken die erwachsenen Bundesbürger nicht einmal die Hälfte ihres täglichen Jodbedarfs.

Der Grund dafür liegt im Boden, der zu wenig Jod enthält. Nach der letzten Eiszeit ist das Jod mit dem Schmelzwasser der Gletscher in die Meere gespült worden. Sowohl das Trinkwasser wie auch die Pflanzen sind ausgesprochen jodarm. Da Tiere Pflanzen fressen, wirkt sich das naturgemäß bei ihrem Fleisch aus.

Durch umsichtiges Verhalten hohe Kosten sparen

Angesichts möglicher Gesundheitsschäden ist der Metzger herausgefordert. Er kann gegensteuern und der Gesellschaft durch umsichtiges Verhalten hohe Kosten ersparen.

Zu achten ist allerdings darauf, daß Menschen mit Über- oder Unterfunktion der Schilddrüse sich auch bei loser, das heißt unverpackter Ware, durch die Angabe der Zutaten verläßlich informieren können. Mehr entsprechende Kennzeichnung ist also nötig.

Die geschätzte Jodmenge, die über die tägliche Nahrung einschließlich jodiertem Speisesalz derzeit aufgenommen wird, beträgt durchschnittlich 120 Mikrogramm pro Tag. Im Vergleich zu den Zufuhrempfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und den Fachgesellschaften in Österreich und der Schweiz (D-A-CH) und dem Bundesinstitut für Risikoforschung vom Februar 2006 von 180 bis 200 Mikrogramm pro Tag besteht also noch eine Versorgungslücke von etwa 60 bis 80 Mikrogramm pro Tag. Schwangere brauchen bis zu 230 und Stillende bis zu 260 Mikrogramm pro Tag.

Außer mit jodiertem Pökelsalz hergestellten Wurst- und Fleischwaren enthalten Fisch (besonders Schellfisch, Seelachs, Kabeljau und Rotbarsch), Milch und Eier natürliches Jod. Allerdings hängt bei den Milchprodukten und Eiern der jeweilige Jodgehalt von der Jahreszeit und der Art der Tierfütterung (jodangereichertes Kraftfutter) ab. Unsere höchste Institution in Sachen Gesundheit – die Weltgesundheitsorganisation in Genf – legt allen die konsequente, dauerhafte und universelle Jodsalzverwendung ans Herz. Konkret: Mehr als 90 Prozent aller Privathaushalte sollen Jodsalz verwenden. 95 Prozent der gesamten Lebensmittelherstellung und des Speiseangebotes sollten mindestens 15 Milligramm pro Kilo (15 Mikrogramm/pro Gramm Salz) Jod enthalten.

Hält böse Geister fern

Schon die alten Sumerer kannten den Knoblauch

Von ANNE BAHRS

Das gestehe ich: Bis ich eine Verehrerin des auf der ganzen Welt geschätzten, von den meisten Genießern lukullischer Köstlichkeiten enthusiastisch gepriesenen Knoblauchs werde, muß noch geraume Zeit vergehen. Denn in der Lüneburger Heide, Heimat meiner bäuerlichen Vorfahren, ernährte man sich vorwiegend von dem, was auf heimatlicher Erde wuchs. Dazu gehörten Zwiebeln und Schalotten, nicht aber ihre anspruchsvollere, nährstoffreichen Boden und viel Wärme liebende Knoblauch-Schwester. Und Sie kennen das sich über viele Jahrhunderte in deutschen Landen erhaltene Sprichwort: „Was der Bauer nicht kennt, das mag er nicht!"

Inzwischen wird aber behauptet, daß jeder dritte Deutsche regelmäßig Knoblauch ißt. Wir sind ja ein sehr reisefreudiges Volk geworden und lernfähig seit altersher. Und auch ich habe nicht mehr absolut etwas gegen dieses zwiebelige Gewürz, das aus der südländischen Küche nicht wegzudenken ist. Aber es soll für meinen Geschmack nicht dominant sein und sich auch gut mit Petersilie vertragen, die ihm den „verfluchten" Geruch nimmt, der durch den Atem und alle Poren der Haut den Knoblauchverzehr verrät.

Jetzt wird Knoblauch, das Liliengewächs, auch in meinem Garten gepflanzt, weil die Feldmäuse seine Umgebung meiden. Hin und wieder zerquetsche auch ich eine Knoblauchzehe, um dem Salat den rechten „Pfiff" zu geben.

Wissenschaftler streiten sich, wo die Heimat dieser Zwiebel sei, deren durchdringender Geruch sich erst entfaltet, wenn sich ihr Grundstoff (neben den ätherischen Ölen) Alliin, eine Schwefelverbindung, die den Knoblauch so aromatisch und heilkräftig macht, beim Zerdrücken der Zehe in das intensiv riechende Allicin verwandelt.

Da man durch Ausgrabungen vom Reich der Sumerer erfuhr, Zeugnisse ihrer bewundernswerten Kultur fand und ihre Keilschrift zu entziffern lernte, weiß man, daß im Zweistromland des Euphrat und Tigris bereits 5000 Jahre vor der Zeitenwende der Knoblauch ein wichtiges Nahrungsmittel war. Sklaven der Sumerer, die die berühmten Tempel bauen mußten, aßen Knoblauch in großen Mengen. Auch im Tempel des ägyptischen Herrschers Tutenchamun wurde Knoblauch gefunden. Sollte diese verehrte Zwiebel böse Geister fernhalten?

Mystische Legenden umgeben das Heil- und Gewürzkraut, erzählen von seiner die Manneskraft stärkenden Wirkung. Nach einer alten islamischen Legende entsprang Knoblauch dem linken und die Zwiebel dem rechten Fußabdruck des Teufels, als dieser nach der Vertreibung aus dem Paradies die Erde betrat. Odysseus bediente sich des Knoblauchs, um die Zauberin Circe zu „bezirzen". Er zeugte mit ihr den Sohn Telegonos. Die Bibel berichtet vom Knoblauch, der ein wesentliches Zubrot der in ägyptischer Knechtschaft arbeitenden Juden war, und die ihre Haut mit Knoblauchöl pflegten. Als das befreite Volk auf dem Zug durch die Wüste großen Hunger litt, jammerte es sehr und sehnte sich nach Brot und Knoblauchöl (4. Moses 11,5). Der Zauberbann, der noch im Mittelalter die geheimnisvollen Zwiebeln umgab, daß man sie zum Schutz gegen böse Geister an die Wiegen der Säuglinge, als Talisman gegen Vampire und Verzauberung, aus Angst vor Taubheit, Lepra und Pest an Fenster und Türen hängte, ist mittlerweile gewichen.

Zum Trocknen werden die zu Zöpfen geflochtenen begehrten Zwiebeln in ihren herkömmlichen Anbaugebieten an warme Scheunen- und Hauswände gehängt, ehe man sie dann kühl und dunkel lagert. Denn hier weiß man auch sehr, sehr lange schon um die Heilkräfte dieser Gottesgabe.

Was in der Volksheilkunde überlieferte Erfahrung ist, hat die moderne Wissenschaft der Pharmakologie und Medizin bestätigt. Die Abwehrkräfte des menschlichen Körpers werden durch den Selengehalt des Knoblauchs gesteigert, denn Selen soll eine Reihe von Schadstoffen (Quecksilber, Cadmium) in unserem Körper entgiften können. Seine antibakterielle, antimykotische, lipidsenkende Wirkung ist ausreichend belegt und damit der Knoblauch (wissenschaftlicher Name: Allium sativum) als Heilkraut zur Unterstützung diätetischer Maßnahmen bei Erhöhung der Blutfettwerte und zur Vorbeugung altersbedingter Gefäßveränderungen anerkannt.

Die Volksmedizin wird empfohlen bei Schnupfen, Husten, Keuchhusten, Bronchitis, Erkrankungen des Magen- und Darmtraktes, Blähungen und bei krampfartigen Schmerzen, klimakterischen Beschwerden sowie Schwächezuständen; Knoblauchöl findet äußerlich Anwendung bei Hühneraugen, Warzen, Schwielen, Muskelschmerzen, Neuralgien, Arthritis und Ischias.

Man kann Knoblauchzehen immer noch nach altem überlieferten Rezept in Honig konservieren und davon ein- bis zweimal täglich eine Zehe verzehren, wenn man lange gesund bleiben und alt werden will. Nebenwirkungen sind durch den Knoblauchgenuß nicht zu befürchten, nur übermäßiger Verzehr kann durch die Wirkstoffe der Droge zu Magenbeschwerden und Ekzemen führen. Die zerkleinerte Droge und deren pharmakologische Zubereitung werden zum Einnehmen und zur äußeren Behandlung empfohlen. Weit verbreitet sind auch Knoblauchöl in Form eines Ölmazerats oder das Resultat der Wasserdestillation.

»Willkommen in Insterburg«

Reportage eines Ostpreußen, der in der Gegenwart Spuren der Vergangenheit sucht

Von Klaus Marczinowski

Wir halten vor dem Ortseingangsschild, das gleich nach Klein Georgenburg und noch vor der Kreuzung der A 197 steht. Auf dem Schild, das zweibeinig und hochbeinig aus grünbuntem Unterwuchs ragt, lese ich schwarz auf weiß „Tschernjachowsk“. Links ragt hinter dichten, hohen Bäumen der markante Stufengiebel der ehemaligen Festung Georgenburg hervor. Sechs Giebelpfeiler recken sich in die Höhe, zeigen dem Reisenden schon von weitem, hier ist Georgenburg. Mein erstes Insterburger Foto entsteht. Bevor wir weiterfahren, zeige ich Denis, unserem Taxifahrer, auf der Stadtkarte von 1939 den Weg zum Hotel „Zum Bären“.

Mit der Angerappbrücke nimmt Denis das Tempo zurück. Da ist die Schloßruine und hier, trotz Lenin, der leere Alte Markt. Im Hintergrund sieht man die gotische Mauer. Jetzt bist du auf der Hindenburgstraße. Eine der Straßen nach rechts muß die Deutsche Straße sein. Ja, nach rechts in die Ludendorffstraße. Da ist schon die Tunnelstraße und da links das Hotel. In wenigen Minuten einer Autofahrt schon so vieles gesehen. Das wird ein Tag!

Ich steige aus. Ich stehe in Insterburg, geht es mir durch den Kopf. Nach 60 Jahren stehe ich wieder in Insterburg! Ich klingele. Ein Holztor wird geöffnet. Ich sage meinen Spruch auf, im Auto noch kurz vorher geübt und sich gefühlt wie ein Konfirmand. Ich, ich, ich ... Der Wachmann weiß Bescheid, ich darf passieren. Eine hübsche junge Frau kommt mir entgegen. Angela Ivaniy ist es, Begrüßung und: „Willkommen in Insterburg!“ So ganz einfach sagt sie zu mir: „Willkommen in Insterburg!“ Was hatte ich mir da nur für sorgenvolle Gedanken gemacht. Und jetzt! Willkommen in Insterburg. Wir gehen raus auf die Straße. Begrüßung mit Karin und Denis ...

Wir sitzen in einem kleinen Klubraum des Hotels. Angela serviert Kaffee. Wir lernen uns kennen. Glücklich und zufrieden stelle ich fest, daß wir uns von Anbeginn gut verstehen. Angela möchte uns ihre Stadt zeigen, hat viele Kopien alter Ansichtskarten meiner Stadt auf dem Tisch ausgebreitet. So wird ihre Stadt zu meiner Stadt und meine Stadt zu der ihrigen.

Na, dann los! Die Ansichtskarten nimmt Angela mit. Da werden wir an den entsprechenden Punkten Tschernjachowsks stehenbleiben, ihre Stadt der Gegenwart vergleichen mit meiner Stadt der Vergangenheit.

Von der Tunnelstraße gehen wir in die Gartenstraße, und schon nach wenigen Schritten öffnet sich der Blick in die Deutsche Straße. Da merke ich, was tiefes Erleben ist. Der Hals wird mir eng. Ich will sagen, daß wir erst bis zur Hindenburgstraße vorgehen wollen und dann wieder zurück, aber die Stimme versagt mir, und einige Tränen der Rührung sind auch dabei. Man bemerkt meine Erregung, läßt mich allein auf dem alten Kopfsteinpflaster gehen, vorbei am Haus Nummer 11, das ich berühre. Das also war dein Zuhause, die Heimstatt der Eltern. Das war das Glück, das durch den Krieg verlorenging. Ich bleibe stehen, stelle mir vor, von hier aus an der Hand der Mutter in die Welt marschiert zu sein.

Jetzt muß gearbeitet werden: Suchen und finden, vergleichen und entscheiden, verarbeiten und erleben, dann fotografieren.

Wieder stehe ich vor dem Haus Nummer 11. Das war unser Haus. Deutlich erkenne ich die diagonale Vermauerung der Wunden des Krieges. Der ehemalige großzügig gestaltete Eingang ist zugemauert. Neue Menschen, neue Türen. Geblieben sind auf der Straße zwei Stufen, ein wenig ausgetreten, die keine Stufen mehr sind. Ich stelle mich auf diese Stufen, bin für Sekunden in der Vergangenheit. Dann gehe ich einige Schritte zurück und schaue nach oben. Zwei Fenster, so zähle ich durch, könnten noch Fenster unserer Wohnung sein. Eine Katze zeigt sich hinter den Scheiben. Ich fotografiere das Gebäude von allen Straßenseiten, gehe dann ein Stück zurück in Richtung Albrechtstraße – Ecke Deutsche Straße. Das bekannte Eckhaus habe ich jetzt in seiner ganzen Breite im Bild, bekannt, weil die Insterburger, besonders die Damen, das Café Dünckel sehr gern besuchten.



Foto: Günter Stukowski

Verwahrlostes Bürgerhaus am Markgrafenplatz: „Fleisch- und Wurstwaren“ ist noch schemenhaft in deutscher Schrift über der linken Tür zu entziffern und erinnert an das alte Insterburg.

Wir gehen um unser ehemaliges Wohnhaus herum auf den Hof. Da ist das rote Mauerwerk mit seinen Fenstern ehrwürdig alt und ohne Nachkriegsreparaturen. Die Räume in der zweiten Etage sind unser Zuhause gewesen. Ich fotografiere, bin unkonzentriert, denn meine Gedanken eilen voraus. Werden wir unsere Wohnung betreten? Dann steigen wir zu dritt durch das Treppenhaus in die zweite Etage. Das Treppenhaus zeigt offen und ehrlich sein unrenoviertes Alter, das das meine überschritten hat. Freut es sich auf meinen Besuch?

Die Räume zur Straße hin sind eine Wohnung, so lese ich ein Namensschild, die Räume zum Hof eine zweite. Hier klingelt Angela. Mir klopft das Herz bis zum Hals. Kurzes, banges, langes Warten, dann öffnet sich die Tür. Eine Frau in einem Sommerkleid und umgebundener Schürze, nur wenig jünger als ich, steht vor uns, ist mehr erstaunt als erregt über die Fremden. Angela dolmetscht unsere Wünsche und Hoffnungen. So viel muß sie da gar nicht sagen, dem Erstauntsein folgen ein bestätigendes Nicken und ein einladendes Lächeln. Ein Stein fällt mir vom Herzen, ein Traum wird zur Wirklichkeit. Ich stehe in unserer ehemaligen Küche. Später sind wir in der Wohnstube, haben Platz genommen und erzählen. Plachandern und schabbern, geht mir durch den Sinn. Das ist schon ein Wunder, da hast du vor wenigen Minuten einen Menschen kennengelernt, der dir nach kurzer Zeit gar nicht mehr so neu und fremd ist, der interessiert deine Informationen von früher aufnimmt und der dir erzählt, wie es ihm ergangen ist. Und noch ein Wunder. Frau Nadja ist Lehrerin für Mathematik und unterrichtet in der Schule, die auf dem Gelände der ehemaligen Gaststätte des Großvaters in der Göringstraße errichtet worden ist.

Die Wohnung ist gemütlich eingerichtet. Da ist eine Schreibtischplatte, darüber ein Bücherregal, auf einem Brett familiäre Erinnerungen. Gemeinsam schauen wir uns meine Fotos an. Das Historische zum Haus und zur Deutschen Straße ist neu für sie, selbstverständlich, denn sie kam nach dem Krieg aus Usbekistan und wohnt erst seit sechs Jahren in diesen Räumen.

Vom kleinsten unserer Familienbilder hatte ich eine Kopie angefertigt. Jetzt möchte ich sie ihr überreichen, bin mir aber nicht sicher, ob man es einfach so machen kann und darf. Vorsichtig nehme ich Anlauf, aber Frau Nadja kennt sich mit Gefühlen aus, nimmt mir den halben Weg ab und mehr noch. Mein kleines Lieblingsbild unserer ostpreußischen Familie bleibt nicht nur in der Wohnung, nein, es kommt zu den russischen Familienstücken auf das Bücherbrett. Da steht es nun im schlichten Schwarz-Weiß der Vergangenheit, umgeben vom Bunten der neuen Zeit. Das halte ich im Foto fest. Nadja schreibt mir ihre Anschrift mit dem Namen ihrer Tochter auf, denn sie wohnt mit Lilija und dem Enkelsohn Pawel in dieser Wohnung. Die Verabschiedung ist herzlich. Wir wollen uns schreiben. Ich überreiche mein Gastgeschenk, früher gab es auch Gastgeschenke bei Reisen in die SU. Ich bin ihr dankbar. Träume werden wahr.

Das Volksbankgebäude blieb vom Krieg verschont. Ich stehe davor und lese über dem Eingang: Apotheke. Beim Weitergehen, fast unbemerkt geblieben, entdecke ich völlig überraschend die drei Sockelsteine des einstigen Denkmals für Schulze-Delitzsch. Roter Granit. Ich gehe in die Hocke. Tatsächlich, deutsche Schrift gibt es zu lesen, man muß nur genau hinsehen. Auf dem linken Stein finde ich den Ausspruch, der mir bereits bekannt ist. Rechts entziffere ich: „Was du nicht allein vermagst, dazu verbinde dich mit Anderen, die das Gleiche wollen.“ Der mittlere Sockelstein trägt die Inschrift: „Vom Vorschuß-Verein zu Insterburg errichtet am 11. Juni 1911.“ Das Haus gegenüber, die Wilhelmstraße 3, blieb nicht verschont, wurde durch einen wuchtigen Neubau ersetzt. Das Postamt in der Wilhelmstraße 35 hat sein Äußeres aus Vorkriegszeiten erhalten, postalisch gibt es in seinem Inneren nichts mehr zu erledigen. Später wird uns Angela in ein Postamt führen, denn wir werden Briefmarken für unsere Ansichtskarten benötigen. Das wird die ehemalige Frieda-Jung-Mittelschule sein.

Dann gehen wir zum Bahnhof. Im Wartesaal gibt es mehr als eine Überraschung. Nicht das Porträtfoto und die Biographie Tschernjachowskis, nicht eine Tafel zum Frontverlauf um Insterburg sind es, die die Überraschung ausmachen, sondern eine Zeittafel zur Geschichte der Stadt, beginnend mit dem Jahr 1274 und acht gemalte Großbilder zum alten Insterburg an den Wänden des Raumes. Hier im Bahnhofsgebäude, wo man Abschied nimmt und auch wieder ankommen kann, Erinnerungen an die deutsche Stadt Insterburg. Das stimmt optimistisch, daß das historische und politische Bewußtsein reift, nicht erst 1945 hat hier die Geschichte begonnen.

Durch die alten Unterführungen gelange ich auf einen Bahnsteig. Hier sind wir im Oktober 1944 abgefahren, hierher bin ich nach 60 Jahren zurückgekehrt. Ich und nicht mehr wir. Da stehe ich nun aus dem Jahrgang 1940 und spüre das Leben. Ich war und bin da, wo die Seele lebt. Schweigen. Tiefes Schweigen! Und tief im Schweigen das Bild meiner Eltern.

***Aus: „Wo die Seele lebt oder Die späte Reise in das nördliche Ostpreußen“**, Ziethen Verlag, 240 Seiten, 20,40 Euro*

US-Erfolg (auch) made in Ostpreußen

Wurzeln der Citibank reichen bis nach Königsberg – 1926 gründete Walter Kaminsky dort die Kundenkreditbank GmbH

Von Bernhard Knapstein

Die meisten der drei Millionen Kunden und 6300 Angestellten in 300 Filialen der Citibank in Deutschland wissen nicht, daß das in diesen Tagen 80 Jahre jung gewordene Bankunternehmen seine Wurzeln unter anderem in Königsberg hat. Mehr als das – stammt doch nicht nur die Bank aus Königsberg, sondern die Idee zur Gründung von Kundenkredit-Gesellschaften überhaupt.

Die Keimzelle dieses Teilzahlungskreditgeschäftes war die am Königsberger Fritz-Tschierse-Platz ansässige Kundenkredit GmbH. Der Gedanke an eine solche Institution wurde im Frühjahr 1926 von Königsberger Einzelhändlern dem Prokuristen und promovierten Juristen Walter Kaminsky angetragen.

Dieser 1899 in Königsberg als Sohn einer alteingessenen Kaufmannsfamilie geborene Kaminsky war ein Visionär. Mit bereits jungen 21 Jahren hatte er in Jena sein Jurastudium mit Promotion abgeschlossen. Nach einem kurzen Engagement im von polnischen Insurgenten umkämpften Oberschlesien trat er 1922 als Prokurist in den väterlichen Einzelhandelsbetrieb in Königsberg ein, wo er bis 1927 tätig war. In dieser Zeit wurde er Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes sowie Vorstand der Industrie- und Handelskammer.

Der Jurist Kaminsky griff die Idee von einem Institut zur bankmäßigen Förderung der Konsumenten auf und setzte sie mit der Gründung der Kundenkredit GmbH um. Ein völlig neuer Banktypus war geboren. Nicht die Händler, sondern der Endverbraucher sollte unterstützt werden. Ein Prinzip, dem sich der Nachfolger dieses Kreditinstitutes, die Citibank, zumindest nominell als weltgrößte Privatkundenbank noch heute verbunden fühlt.

Ein völlig neuer Banktypus war geboren

Kaminskys Bank wurde von ursprünglich 20 Einzelhändlern gegründet und getragen. Er selbst avancierte zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Verschiedene Kontrollmechanismen wie die Gewährung von Krediten nur für wertbeständige Konsumgüter (wie zum Beispiel Winterkleidung und Hausrat), die Begrenzung der Kredithöhe, die Einführung des „Warenkreditbriefs“ (ähnlich dem Traveller-Scheck) und die Gewährung nur für Geschäfte bei den die Bank tragenden Unternehmen reduzierten die Risiken für Bank, Einzelhändler und Konsumenten auf ein absolutes Minimum.

Zwar ist der Teilzahlungskredit bereits 1849 durch den Hamburger Textilien- und später auch Möbelhändler Alex Friedländer eingeführt worden. Dennoch war Kaminskys Kundenkredit GmbH die erste klassische Teilzahlungsbank Deutschlands.

Das schlichte Erfolgsrezept wäre beinahe nicht umgesetzt worden, da die Gründung der „Kundenkredit“ bei den Direktoren der Königsberger Banken, denen die Finanzierung des Modells angetragen worden war, nur Kopfschütteln hervorrief und einer Kaminsky riet, „das Geld in den nahen Pregel zu werfen, um sich wenigstens die Mühe der Kreditgewährung zu ersparen, da der Verlust des Geldes doch sicher sei“. So jedenfalls zitiert der Chronist der Kundenkreditbank, Walter Zimmermann, die bekannten Reaktionen. Der kürzeste überlieferte Kommentar eines erhofften Finanziers lautete noch deutlicher: „Komplett verrückt!“

Die Pioniere um Walter Kaminsky und der bahnbrechende Erfolg der Kundenkredit GmbH belehrten die Bankenzunft eines besseren. Der „kleine Mann“ in Königsberg lieferte den Beweis für seine Vertrauenswürdigkeit, nachdem man ihm schon einmal die Gelegenheit zum kreditwürdigen Verhalten bot. Hatte die Bank trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeit mit einem Verlust von geringen 2 Prozent gerechnet, so realisierte sich dieser Verlust mit lediglich unter 1 Prozent. Dazu hatte sicherlich die Begrenzung der Kredithöhe auf ein absolutes Maximum von 2000 Reichsmark beigetragen.

Das Beispiel machte Schule. Handelskammern und Kaufleute aus dem gesamten Reich zeigten bald Interesse an dem Königsberger Konzept. Noch im gleichen Jahr wurden Kundenkreditanstalten in Hamburg und Spandau nach dem Königsberger Modell gegründet. Nicht anders als heute entstanden aber auch rasch Institute, die lediglich auf das schnelle Geld aus waren, aber auf die Kredit-Sicherungen des Königsberger Modells verzichteten. So schnell wie sie entstanden, gingen sie auch wieder in die Liquidierung. Ausschließlich die genossenschaftlich organisierten Institute in Hamburg und Spandau konnten neben der Königsberger Urzelle die Weltwirtschaftskrise gut überstehen.

Kredit-Sicherung des Königsberger Modells wurde abgelehnt

Erst 1934 wurde ein Gesetz zur Regelung des Kreditwesens erlassen, um den Wildwuchs des privaten Kreditwesens in den Griff zu bekommen. Bis dahin unterlagen lediglich die öffentlich-rechtlichen Bankinstitute der staatlichen Aufsicht.

Kaminsky gründete 1935 noch jeweils eine Kundenkreditbank in Düsseldorf und Dortmund. Selbst legte er seinen Vorsitz im Aufsichtsrat der Königsberger Kundenkredit GmbH Ende 1936 nieder, da er wegen seiner Bemühungen um angemessene Abfindungen für ausgeschlossene jüdische Gesellschafter als „Landesverräter“ bezeichnet wurde.

Die Königsberger Kundenkredit GmbH ging mit der Stadt 1945 unter. Kaminsky selbst war seit 1938 bereits verstärkt im Rheinland eingebunden. Die beiden Kundenkreditbanken in Düsseldorf und Dortmund konnten während des Krieges und in den darauffolgenden Jahren trotz aller Widrigkeiten dieser Zeit den Geschäftsbetrieb fortsetzen und nach der Währungsreform im schnellen Tempo ausgebaut werden. Die beiden Institute fusionierten 1951 unter Kaminsky zur Kundenkreditbank KG a.A., die 1973 von der First National Bank of New York übernommen wurde, welche inzwischen über eine Aktienmehrheit verfügte. Die Wurzeln dieser amerikanischen Bank liegen gleichfalls im Jahr 1926.

Seit 1991 firmiert das Unternehmen, dessen Wurzeln auch in Königsberg liegen, als „Citibank“. Sie ist heute die weltweit größte Privatkundenbank und hatte 2004 einen Rekord-Vorsteuergewinn in Höhe von 697 Millionen Euro nach Risikovorsorge.

Neuer Schwung erhofft

Sonderwirtschaftszone Ermland-Masuren soll Region voranbringen

Die 1994 per Gesetz eingerichteten Sonderwirtschaftszonen in der Republik Polen sollen nach Plänen der polnischen Regierung weiter aufgewertet werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der polnischen Regierung vor. Direkt betroffen von den geplanten neuen Anreizen für ausländische Investoren ist auch die Sonderwirtschaftszone (SWZ) Ermland-Masuren. Damit wird voraussichtlich eine bisher für die ermländisch-masurische Sonderwirtschaftszone maßgebliche Verordnung vom Juni 2001 erweitert. Sie sah bereits die Vergabe von Lizenzen zur Aufnahme von Geschäften in der SWZ durch die Aktiengesellschaft der SWZ vor und übertrug ihrer Verwaltung auch direkt die Kontrolle über die genehmigten Geschäfte. Nach Abstimmung in den zuständigen Ministerien soll das Gesetz schnellstmöglich das polnische Parlament passieren, gab Warschau bekannt.

Nach dem neuen Gesetzesentwurf sollen sowohl das Flächenangebot ausgeweitet als auch das Vergabeverfahren vereinfacht werden. Das polnische Wirtschaftsministerium rechnet in Folge der Neuerung mit 100 000 neuen Arbeitsplätzen und Investitionen von zirka acht Milliarden Euro in allen Sonderzonen zusammen. Bis 2017 ist eine Unternehmensförderung von insgesamt fünf Milliarden Euro geplant. Die insgesamt 14 SWZ sollen von jetzt 8 000 auf 10 000 bis 12 000 Hektar vergrößert werden. Unternehmen wie SWZ-Verwaltungen hatten in der Vergangenheit oft über Flächenmangel – speziell für Großinvestitionen – geklagt. Neben der Flächenerweiterung sollen Energieversorger nun Investoren von der Gebühr für den Stromnetzanschluß befreien sowie die Agentur für Agrarimmobilien Grundstücke auf der Grundlage eines Ministerratsentscheids kostenlos zur Verfügung stellen. Die SWZ-Verwaltungen bekommen ferner nicht mehr vom Finanzministerium ihre Aufsichtsräte und Vorstände vorgegeben – diese werden nun von den Sonderzonen selbst ernannt. Polnische Medien zweifeln jedoch, ob die vorgesehenen Maßnahmen den gewünschten Effekt haben.


Foto: privat

Erlangung einer Baugenehmigung wurde vereinfacht.

Bisher notwendige Vorraussetzungen speziell für Investitionen in der Sonderwirtschaftszone (SWZ) Ermland-Masuren sind nach Auskunft der dortigen Woiwodschaft erstens ein Brief, der das Investitionsvorhaben allgemein beschreibt, zweitens die Teilnahme an Verhandlungen nach Einladung durch das Management der Sonderwirtschaftszone zur Erteilung einer Geschäftserlaubnis, drittens die Teilnahme an Verhandlungen zum Grunderwerb sowie der grundlegenden Übereinkunft in der Planung der Investitionen, viertens ein komplettes Investitionsvorhaben in Form eines Angebotes einschließlich Geschäftsplan, fünftens die offizielle Erlaubnis, Geschäfte in der Sonderzone auszuüben, sechstens der Erwerb von entsprechenden Grundstücken, wobei Nicht-Polen vorher eine Erlaubnis zum Grunderwerb beim polnischen Innenministerium einholen müssen, und siebtens schließlich die Baugenehmigung und Fertigstellung des Investitionsvorhabens gemäß der Geschäftserlaubnis. Die „Vereinfachung" liege nach Auskunft der zuständigen Woiwodschaftsbehörde bei der Erteilung einer Geschäftserlaubnis, der Baugenehmigung und bei der geleisteten Hilfe beim Grunderwerb für Ausländer.

Weitere Informationen zur Sonderwirtschaftszone Ermland-Masuren finden Interessierte im Internet unter www.wmsse.com.pl (in polnischer und in englischer Sprache) sowie bei der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer, ul. Miodowa 14, 00-246 Warszawa, P.O. Box 62, 00-952 Warszawa, Telefon 4 82 25 31 05 00, Fax 4 82 25 31 06 00, 5 31 06 44.

Sverre Gutschmidt

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*,

in diesem Jahr wird die Bruderhilfe Ostpreußen 55 Jahre alt. Seit 1951 die ersten Päckchen und Pakete von ostpreußischen Landsleuten in die Heimat Ostpreußen versandt worden sind, um dort notleidenden Deutschen zu helfen, ist sie zu einer festen Einrichtung geworden. Allen Schwierigkeiten und Widerständen zum Trotz hat die Bruderhilfe bis heute ihre Aufgabe erfüllt: **„Zu helfen, solange Hilfe notwendig ist."**

Vieles hat sich in dieser Zeit verändert. Die kommunistische Gewaltherrschaft in Ostmittel- und Osteuropa zerbrach, neue, demokratische Regierungen wurden gewählt, Polen und Litauen gehören heute dem westlichen Verteidigungsbündnis und der Europäischen Union an. Zumindest in diesen beiden Ländern sind wirtschaftliche Erfolge deutlich spürbar. Wer Arbeit und Auskommen hat, konnte seine Situation in bescheidenem Maße verbessern. Löhne und Renten der einfachen Menschen wurden zwar angehoben, liegen aber dennoch oftmals am Rande oder gar unterhalb des Existenzminimums.

Besonders schlimm sind die älteren deutschen Landsleute in Ostpreußen betroffen, die neben ihrer kargen Rente vielfach noch im Alter arbeiten müssen, um etwas Geld dazu zu verdienen. Kommt zum Alter noch Krankheit oder Behinderung dazu oder sind jüngere Menschen oder Ernährer von Familien von diesem Übel betroffen, ist die Existenz gänzlich in Frage gestellt. Es gibt immer noch keine Sozialversicherungssysteme in unserem Sinn. Kranke, Arbeitslose und Behinderte sind in vielen Fällen auf die Mildtätigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen.

Deshalb wende ich mich auch in diesem Jahr wieder mit der Bitte um Spenden für die Bruderhilfe Ostpreußen an Sie, damit weiterhin unseren Landsleuten in der Heimat durch Ihre Solidarität und Mitmenschlichkeit geholfen werden kann. **„Gutes tun ist leicht, wenn viele helfen."** Jede noch so kleine Spende, jedes Vermächtnis hilft und gibt unseren bedürftigen Landsleuten in der Heimat ein Zeichen, daß wir an sie denken, auch wenn wir ihre Probleme und Nöte damit nicht lösen können.

Wie in den Vorjahren können Sie ganz sicher sein, daß die Unterstützung nur den wirklich Bedürftigen zugute kommt: Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen prüfen die Bedürftigkeit und stehen dafür ein, daß Ihre Hilfe direkt bei den Alten und den Kranken, den Notleidenden, den kinderreichen Familien und den Arbeitslosen ankommt. Sie sorgen dafür, daß schnell und direkt geholfen werden kann; in besonderen Notlagen wenden sich unsere Landsleute in Ostpreußen auch direkt an die Bundesgeschäftsstelle. Daneben werden die humanitären Bestrebungen der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen und im Memelland unterstützt, die eine wichtige Funktion bei der Existenzsicherung der Deutschen Volksgruppe übernommen haben. Durch die ehrenamtliche Transferierung des Geldes fallen keine Verwaltungskosten an, so daß Ihre Spenden in voller Höhe die Empfänger erreichen.

Bitte unterstützen Sie die Fortsetzung unserer humanitären friedensstiftenden Arbeit und helfen Sie mit, armen Landsleuten zwischen Memel und Weichsel mit einer Spende zu mehr Lebensqualität zu verhelfen. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Im Namen des Bundesvorstandes und im Namen unserer heimat-verbliebenen Landsleute bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich für Ihre Unterstützung und Großzügigkeit.

Wilhelm v. Gottberg

Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen,
Vorsitzender des Vereins Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V.

Wenn Sie spenden möchten, bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Überweisungsträgers, der auch als Vorlage bei Ihrem Finanzamt gelten kann, oder überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der **Landsmannschaft Ostpreußen-Bruderhilfe e.V. bei der HSH Nordbank, Konto-Nr. 600 502 000, BLZ 210 500 00**.

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist nicht zu glauben, aber die positiven Meldungen reißen nicht ab. So berichtet **Gisela Roelshoff**, die nach den Plätzen ihrer Kindheit in Königsberg gesucht hatte, von schönen Erfolgen. Ihre Fragen nach der Baptistenkirche mit dem angrenzenden Häuserkomplex auf dem Unterhaberberg und nach ehemaligen Mitschülerinnen der Moltke-Schule waren kurz vor Weihnachten erschienen, und schon einen Tag vor Heiligabend erhielt sie den Anruf einer Freundin ihrer älteren Schwester, die in der Blücherstraße gewohnt hatte. Diese hatte Gisela Roelshoff schon als Kind gekannt, und so schreibt die Überraschte: „Die beiderseitige Freude und das Gefühl kann ich nicht in Worten ausdrücken. Mir sind Weihnachten immer wieder die Tränen gekommen! Dann erhielt ich einen Tag vor Silvester einen Brief aus Gelsenkirchen. Auch da beschlich mich ein Gefühl heimatlicher Vergangenheit und glücklicher Kindheit im Elternhaus. Es meldete sich nämlich ein Nachbarsjunge vom Unterhaberberg Nr. 12 d. Wir wohnten also im selben Haus, er in der oberen Etage. Auch diese Begegnung hat uns beide stark aufgewühlt. Es ist eben ein Stück Heimat, was man wiederfindet ... Und dann erhielt ich noch von einem Landsmann vom Bodensee Bilder von Königsberg, darunter Postkarten vom Unterhaberberg und der Vorstadt, worüber ich mich sehr gefreut habe."

Leider sind keine Aufnahmen von der Baptistenkirche, der Moltke-Schule und dem Häuserkomplex 12 bis 12 d darunter. Aber man kann ja noch weiter hoffen, denn Erfolge machen



Ruth Geede Foto: privat

Mut, und deshalb hat Frau Roelshoff auch eine neue Frage, die wir aber aus Platzgründen auf eine der nächsten Ausgaben verschieben müssen.

Und Frau **Susi Dahlke-von Terzi** muß noch einmal Dank sagen für weitere unerwartete Nachrichten und Telefonate, die sie in letzter Zeit erhielt – dank der Vermittlung unserer Ostpreußischen Familie. So meldete sich unter anderem ein ehemaliger Mitschüler ihres älteren Bruders, der mit ihm zusammen die Hindenburg-Oberschule in Königsberg besucht hatte und noch in der Flakstellung der Hindenburg-Schüler in Beydritten Dienst getan hat. Dadurch ergab sich viel Gesprächsstoff, denn auch Frau Susi und ihr Bruder waren Flakhelfer gewesen. Ganz anders fiel dann das Gespräch mit einem weiteren Mitschüler ihres Bruders aus, der im Engadin ein Buch über Schweizer Konditoren, die sich in Königsberg niedergelassen hatten, entdeckt hatte, darunter auch Steiner. Da tauchten auch wieder Erinnerungen auf, denn mit der Tochter des letzten Inhabers der Konditorei war Frau Dahlke-von Terzi zur Schule gegangen, und das damals genaschte Marzipan blieb unvergessen. Sie soll einen Auszug aus diesem Buch bekommen, und ich wäre auch an einer Kopie interessiert – zwar ist Weihnachten noch weit, aber auch eine kluge Frau baut vor!

Kurz und knapp, aber inhaltsreich die Meldung von **Johannes Krassowski**: Die Familie **Schwarz** ist gefunden! Es handelte sich um ehemalige Berliner Kinder, die mitten im Krieg nach der Ausbombung nach Nickelshorst, Kreis Sensburg, verschickt wurden. **Karl-Heinz Schwarz** kam zu der Familie **Krassowski**. Zwischen ihm und Johannes bildete sich eine enge Kinderfreundschaft, die sich auch auf die beiden Schwarz-Schwestern **Vera** und **Erna** übertrug. Kurz nach Kriegsende besuchte Herr Krassowski die Geschwister Schwarz in Berlin, dann riß die Verbindung ab und konnte leider nicht mehr geknüpft werden. Bis jetzt! Obgleich ich etwas skeptisch war, weil die Schwarz-Geschwister, wenn sie noch lebten, sicher nicht unsere Zeitung hielten. Aber eine Leserin aus Berlin hat geholfen, die richtige Adresse zu finden. Und ihr gilt natürlich der herzliche Dank von Johannes Krassowski, dem ich mich anschließe. So wird der Kreis, den unsere Ostpreußische Familie zieht, immer größer.

Aber nun wieder eine von den schwierigen, ja schicksalsbewegenden Suchfragen, die ich am besten so veröffentliche, wie sie mir vorgelegt wurde. Gestellt wird sie von Herrn **Hans Sehring** aus Bretten, der Zeitzeugen aus der Heimat seiner verstorbenen Frau sucht, die aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil stammt. Herr Sehring schreibt: „Im Jahre 1956 habe ich **Eleonore Johanna Mertens**, * 12.05.1938 in Grünwiese, in Dreieichenhain, Kreis Offenbach, geheiratet. Ein Jahr später wurde unser Sohn **Jürgen** geboren, und am 21.09.1958 ist meine Frau nach schwerer Krankheit verstorben. Sie hatte im Frühjahr 1944 mit ihrer Mutter und der kleineren Schwester aus ihrer Heimat fliehen müssen. Beide verstarben an einem bis heute unbekannten Ort. Die Siebenjährige wurde von anderen Flüchtlingen bis an die dänische Grenze mitgenommen. Hier wurde Eleonore später von Onkel und Tante gefunden, die dem Waisenkind in Sprendlingen eine neue Heimat gaben, denn auch der Vater, den sie kaum gekannt hat, blieb in Rußland verschollen. Von ihm liegen mir keinerlei Angaben vor, nicht einmal der Vorname ist bekannt. Wir suchen nun Zeitzeugen, ehemalige Bewohner von Grünwiese sowie Angestellte von dem Rittergut, die sich an den Namen Mertens erinnern und eventuell diese Familie näher gekannt haben. Der Name der Mutter meiner Frau soll **Herta Mertens** geb. **Nehmke** gelautet haben, sie soll Schneiderin gewesen sein und auch für die Besitzer des Rittergutes, die Familie **Carl Stobbe**, genäht haben. Diese Angaben sind jedoch nicht bestätigt. Außerdem wäre von Interesse, wenn sich jemand an den Vater erinnert, um dessen Namen zu erfahren und noch etwas mehr. Der Name der Tante meiner Frau lautete **Bettie Mertens** (Elisabeth ?), der des Onkels **Ernst** Mertens. Es gab auch noch einen Bruder **Fritz** Mertens. Alle sind leider verstorben." Soweit Herr Sehring in seinem Schreiben, dem wir nichts mehr hinzufügen können als die Hoffnung, daß sich Zeitzeugen finden, die etwas Licht in diese Familiengeschichte bringen können. (Hans Sehring, Helga Barth Str. 7 in 75015 Bretten, Telefon 07252 / 86679, Fax 07252 / 80651 oder Jürgen Sehring, Monschauerstr. 177 a in 52355 Düren, Telefon 02421 / 702860, E-Mail juering-@arcor.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Masuren – Paradies für Ökobauern

Die ökologische Landwirtschaft entwickelt sich im Ermland und in Masuren offenbar sehr positiv.

Laut Informationen des Internet-Portals „infopolen" sind die von der Fläche her größten Öko-Betriebe in der Republik Polen in der Woiwodschaft Ermland / Masuren sowie in Westpommern anzutreffen.



Böden sind unbelastet.

Im Durchschnitt bewirtschaften die Ökohöfe östlich der Oder 23 Hektar, den stärksten Anstieg an Öko-Höfen verzeichnete das an die Bundesrepublik angrenzende Lebuser-Land. Dort stieg die Zahl derartiger Höfe 2005 um 221 Prozent.

Aufgrund des traditionell geringen Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln bieten sich zahlreiche Böden für Ökobetriebe geradezu an – das Ausgangsniveau sowie die Gesamtzahl der Betriebe sind jedoch noch gering.

Erste Öko-Höfe entstanden in Masuren Anfang der 90er Jahre. Ein Öko-Hof von 35 Hektar erhält derzeit EU-Fördermittel in Höhe von zirka 160 Euro pro Hektar. *SV*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schönherr, Ellen, geb. Smit, aus Baartenhof, Kreis Wehlau, jetzt Osterfelddamm 12, 30627 Hannover, am 4. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Lepkowski, Gunter, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Friedrichstraße 217, 10969 Berlin, am 5. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Milewski, Otto, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Niedeck 13, 37130 Gleichen, am 6. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bury, Marie, geb. Waczakowski, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hertastraße 13, 42929 Wermelskirchen, am 5. Mai

Dadzio, Frieda, geb. Janzick, aus Weißhagen, Kreis Lyck, jetzt Moselstraße 12, 92353 Postbauer-Heng, am 3. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, Johanna, geb. Kirstein, Germingen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Flinthorn 48, 26842 Ostrhauderfehn, am 2. Mai

Krzykowski, Anna, geb. Pidorra, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Voßweg 9, 45896 Gelsenkirchen, am 6. Mai

Molloisch, Marie, geb. Quass, aus Thomken, Kreis Lyck und Kiöwem, Kreis Treuburg, jetzt Faalscheider Straße 92, 32584 Löhne, am 5. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Voigt, Wilhelm, aus Kreis Elchniederung, jetzt Müldorfer Straße 65, 53229 Bonn, am 5. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brettschneider, Ruth, geb. Weigel, aus Neuendorf, Forsthaus, Kreis Wehlau, jetzt Pfaffenwiese 1, 37441 Bad Sachsa, am 5. Mai

Buttkus, Paula, geb. Lehmann, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, jetzt Dithmarscher Straße 2, 25761 Büsum, am 1. Mai

Döring, Hildegard, geb. Bluhm, aus Üprostken, Kreis Lyck, jetzt Langhansstraße 9, Altenheim, 42697 Solingen, am 7. Mai

Dzewaz, Ella, geb. Conrad, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Straße d. S. Fr. 4, 39326 Zielitz, am 5. Mai

Hagel, Käte, geb. Gogschat, aus Kackschen, Kreis Tilsit, jetzt Bertolt-Brecht-Straße 19, 39218 Schönebeck, am 7. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kolwe, Kurt, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Amaliastraße 7, 86609 Donauwörth, am 1. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Block, Alfred, aus Ortelsburg, jetzt Kluser Platz 4, 42103 Wuppertal, am 6. Mai

Großkopf, Lieselotte, geb. Langecker, aus Draheim, Kreis Treuburg, jetzt Gartenweg 7, 31319 Sehnde, am 7. Mai

Jeroschewski, Ida, geb. Zacharias, aus Lyck, v. Ludendorff-Straße 2, jetzt Virchowstraße 31, 42699 Solingen, am 3. Mai

Schulz-Jander, Hildegard, geb. Gerlach, aus Bürgerdorf, Kreis Wehlau, jetzt Klosterkirchhof 11, 24103 Kiel, am 3. Mai

Zander, Ferdinand, aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt Flutgraben 15, 53227 Bonn, am 7. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boos, Irmgard, geb. Troyke, aus Groß Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Weimarer Weg 9, 35039 Marburg, am 1. Mai

Fischer, Theo, aus Königsberg, Drumstraße 3, jetzt Lerschstraße 13, 59423 Unna, am 7. Mai

Grätsch, Elma, geb. Neumann, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Frieda-Nadig-Haus, Sennerhellweg 280, 33689 Bielefeld, am 2. Mai

Knüppel, Lisel, geb. Dworzak, aus Neidenburg, jetzt Fürstenwalder Straße 13 A, 26133 Oldenburg, am 1. Mai

Luther, Else, geb. Schaudinn, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Frühlingsweg 3, 69123 Heidelberg, am 1. Mai

Neubert, Anni, geb. Gehring, aus Ortelsburg, jetzt Heinrich-Heine-Straße 18, 03226 Vetschau, am 5. Mai

Schatta, Hedwig, geb. Scharnowski, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, jetzt Hencklweg 2/28, 30459 Hannover, am 1. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beister, Eva, geb. Perkuhn, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Römling 5 c, 93047 Regensburg, am 6. Mai

Grunwald, Elfriede, aus Lyck, jetzt Herner Straße 10, 45657 Recklinghausen, am 1. Mai

Jacksteit, Charlotte, geb. Weinowsky, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Karlsbader Straße 28, 30853 Langenhagen, am 4. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Herrmann, Elfriede, geb. Rutha, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 1, 01623 Ziegenhain, am 2. Mai

Schieber, Hedwig, geb. Meißner, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt DRK-Alten- und Pflegeheim, 73441 Bopfingen, am 2. Mai

Skambraks, Siegfriede, geb. Bersick, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Burgfeldstraße 19, 45127 Essen, am 1. Mai

Wnuck, Horst, aus Gr. Warnau, Kreis Lötzen, jetzt Georg-Marwede-Straße 15 b, 29574 Ebstorf, am 3. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bachor, Wilhelm, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Compterstraße 13, 99510 Apolda, am 4. Mai

Ballnus, Anna, geb. Hölzer, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, jetzt Ophovenerstraße 43, 51375, Leverkusen, am 3. Mai

Bartelt, Horst, aus Treuburg, Schloßstraße 19/Bahnhofstraße, Kreis Treuburg, jetzt Leipziger Straße 24, 33330 Gütersloh, am 4. Mai

Burgner, Erna, geb. Biendarra, aus Orlau, Kreis Neidenburg, jetzt Meiberger Weg 23, 42553 Velbert, am 4. Mai

Buve, Gerhard, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Rimpertweg 20 d, 22529 Hamburg, am 4. Mai

Chmilewski, Annemarie, geb. Stockhus, aus Treuburg, Schmale Gasse 2, Kreis Treuburg, jetzt Aug.-Bebel-Straße 14, 02730 Ebersbach, am 6. Mai

Dibowski, Kurt, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Stetteritzring 28, 64380 Rossdorf, am 6. Mai

Glinka, Kurt, aus Hardichhausen Kreis Neidenburg, jetzt Sutumerfeldstraße 6, 45899 Gelsenkirchen, am 6. Mai

Lagerpusch, Helmut, aus Cranz, jetzt Reselithweg 17, 25596 Wacken, am 5. Mai

Makoschey, Alfred, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, jetzt Am römischen Kaiser 12, 67547 Worms, am 4. Mai

Müller, Kurt, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, jetzt Wolburgstraße 37 A, 23669 Timmendorfer Strand, am 3. Mai

Mydenowitz, Erna, aus Kaschen, Kreis Goldap, jetzt Kulenkampffallee 145, 28213 Bremen, am 7. Mai

Petrick, Heinz, aus Altengilde, Kreis Elchniederung, jetzt Zollsp. Hauptdeich 134, 21037 Hamburg, am 1. Mai

Plew, Irma, geb. Godau, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Bleckeder Landstraße 112, 21337 Lüneburg, am 5. Mai

Piske, Anna, geb. Störmer, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neuschlag 18, 24369 Waabs, am 6. Mai

Seckner, Hildegard, geb. Laabs, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Breslauer Straße 10, 67454 Haßloch, am 3. Mai

Straukies, Hedwig, geb. Rogat, aus Kreis Elchniederung, jetzt Asseburgstraße 3, 30451 Hannover, am 4. Mai

Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, jetzt Peinestraße 29, 31234 Edemissen, am 3. Mai

Theiß, Hedwig, geb. Wisotzki, aus Lyck, Morgenstraße 22, jetzt Karl-Marx-Allee 49, 10178 Berlin, am 7. Mai

Thomas, Charlotte, geb. Kiupel, aus Kloken, Kreis Elchniederung, jetzt Oberhauser Straße 105, 45359 Essen, am 6. Mai

Wysk, Rudolf, aus Willenburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Gartenstraße 18 A, 58307 Dürrholz, am 4. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adebahr, Erna, geb. Pohl, aus Bonschen, jetzt Zur Treppe 1, 27612 Loscstedt/Nesse, am 5. Mai

Bartz, Gerda, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Distelweg 4, 21360 Vögelsen, am 7. Mai

Behm, Eva, geb. Harpeng, aus Laugszargen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Gilgestraße 8, 14163 Berlin, am 2. Mai

Buchholz, Helene, geb. Fidorra, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Meurerstraße 14, 41836 Hückelhoven, am 2. Mai

Butzko, Ernst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Agnesstraße 11 b, 45768 Marl, am 2. Mai

Böhm, Dora, geb. Pohling, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dresdener Straße 14, 46238 Bottrop, am 5. Mai

Buchholz, Gerhard, aus Hochmannshof (Eichbruch), Kreis Schloßberg, jetzt 2216 Leif, Muskegon, Mich., USA, am 1. Mai

Dürrast, Erna, geb. Maslowski, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Borchener Straße 77, 33098 Paderborn, am 4. Mai

Fabritz, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Habersdorf 13, 93455 Traitsching, am 6. Mai

Fischer, Elsa, geb. Godau, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Am Kaiserschlag 63, 64295 Darmstadt, am 6. Mai

Gehrke, Ingeborg, geb. Trampenau, aus Wehlau, Pogener Straße, Kreis Wehlau, jetzt Tulpenweg 25, 33659 Bielefeld, am 1. Mai

Genenz, Ruth, geb. Heise, aus Dakfelde, Kreis Lötzen, jetzt 19339 Groß Leppin, am 5. Mai

Gudat, Erika, geb. Czarmetta, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Schwarze Gasse 2, 50129 Bergheim, am 6. Mai

Gutzeit, Anneliese, geb. Gronau, aus Heiligenbeil, Alte Poststraße 4-5, jetzt Friedenstraße 2, 24568 Kaltenkirchen, am 2. Mai

Heinrich, Ernst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Burrichterweg 5, 44309 Dortmund, am 6. Mai

Hohmann, Horst, aus Königsberg, Wrangelstraße 30, jetzt Heiligenbergstraße 15/37, 68163 Mannheim, am 3. Mai

Jordan, Gisela, geb. Menck, aus Wehlau, Klosterstraße, Kreis Wehlau, jetzt Wuppermannstraße 49, 58256 Ennepetal, am 3. Mai

Jürgen, Gisela, geb. Lukat, aus Plein, Kreis Elchniederung, jetzt Untere Fuchsmatt 1, 77704 Oberkirch, am 4. Mai

Kaßmekat, Paul, aus Kuglacken, Neu Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Bergholm 5, 24866 Busdorf, am 2. Mai

Kreplin, Edith, geb. Schierwagen, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Hirschgartenstraße 2, 12555 Berlin, am 5. Mai

Maguhn, Kurt, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, jetzt Heckenweg 4, 34298 Helsa, am 6. Mai

Müller, Arthur, aus Nareythen / Schwirgstein, Kreis Ortelsburg, jetzt E. Thölmann-Straße 39, 02708 Großschweidnitz, am 1. Mai

Nebel, Bruno, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Rheindahlener Straße 32, 41751 Viersen, am 7. Mai

Nelz, Erich, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Alter Berg 17, 02627 Weißenberg, OT Gröditz, am 2. Mai

Ollech, Werner, aus Ortelsburg, jetzt Im Winkel 35, 58509 Lüdenscheid, am 3. Mai

Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Sonnenbuckel 4, 78532 Tuttlingen, am 4. Mai

Peters, Helgard, geb. Schneidereit, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Hasselbach 24, 58119 Hagen, am 7. Mai

Pfeiffer, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Breitenbergstraße 13, 04736 Waldheim, am 2. Mai

Räuber, Erna, geb. Gerhard, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Thomas-Müntzer-Straße, 07806 Neustadt a. d. Orl, am 6. Mai

Raillon, Ilse, geb. Lippe, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, jetzt Breite Hille 34, 44892 Bochum, am 4. Mai

Ramminger, Gerhard, aus Kiefernberg, Kreis Schloßberg, jetzt Brüderstraße 69, 58507 Lüdenscheid, am 10. April

Rosehalm, Helga, geb. Nowak, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Brückenstraße 31, 78647 Trossingen, am 1. Mai

Rücker, Christa, aus Lyck, Yorkstraße, jetzt Junesrothweg 5, 50226 Frechen, am 1. Mai

Sefz, Fritz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Jenaer Straße 38, 12627 Berlin, am 7. Mai

Stoepel, Herbert, aus Insterburg, jetzt Riedeselstraße 43 A, 64284 Darmstadt, am 21. April

Szameit, Horst, aus Teewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Virchowstraße 33, 44801 Bochum, am 2. Mai

Türke, Erna, geb. Kruschewski, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Am Renzenbrink 19, 49565 Bramsche, OT Hespe, am 5. Mai

Waschlewski, Ursula, geb. Tabel, aus Königsberg, jetzt Hohes Feld 24 a, 33611 Bielefeld, am 1. Mai

Zeller, Erika, geb. Ziegler, aus Hasenfeld, Kreis Insterburg, jetzt Dorfstraße 19, 39624 Winkelstedt/Gardelegen, am 11. Mai

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Buchholz, Horst und Frau Ingeborg, geb. Glowatz, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Ruthmerweg 15, 12205 Berlin, am 5. Mai

Genähr, Hermann, und Frau Käthe, aus Schmidtsdorf, Kreis Sensburg, jetzt Rheinische Straße 23, 44651 Herne, am 7. April

Schwöll, Günter, aus Pr. Rockels/Biegiethen, und Frau Marianne, jetzt Gartenstraße 9, 21438 Brackel, am 3. Mai

Drei Austauschschüler suchen Gastfamilien

Auch 2006 organisiert die AFS Interkulturelle Begegnungen für russische Schüler ein Jahr in Deutschland

Von INGE RAUSCHNING

Im laufenden Schuljahr verbringen zum ersten Mal drei russische Schülerinnen aus Königsberg durch den AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. ein Schuljahr in Deutschland. Ein Artikel in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* vom 28. Mai 2005 trug dankenswerterweise dazu bei, daß Gastfamilien für sie gefunden wurden.

Die drei leben in Varel, Bonn und Berlin. Sie haben ihre mitgebrachten Deutschkenntnisse ausgebaut und können sich inzwischen gut unterhalten und in der Schule mitarbeiten. Alle fühlen sich in ihren Gastfamilien wohl und nehmen gern an ihrem Leben teil. So hat Galina in Bonn zum Beispiel Fahrrad fahren gelernt, um Ausflüge ihrer Gastfamilie mitmachen zu können. Wegen der Straßen- und Verkehrsverhältnisse fährt man in Rußland kaum oder selten Rad und so bringt man es den meisten Kindern und Jugendlichen nicht bei.

> Die *PAZ* verbindet die Generationen

Nun sind in Königsberg aus einer größeren Bewerberzahl wieder drei junge Menschen ausgewählt worden, die gern im kommenden Schuljahr von Anfang September 2006 bis Mitte Juli 2007 in einer deutschen Familie leben und hier zur Schule gehen möchten. In diesem Jahr sind es zwei Mädchen und ein Junge. Alle drei haben Kenntnisse in Englisch und Deutsch und sind gute Schüler:

Elizaveta (knapp 16) hat einen jüngeren Bruder. Zur ihrer Familie gehören auch zwei Hunde und zwei Katzen. Sie liest, diskutiert und kocht gern, liebt das Meer und hat neben der Schule Kunstkurse besucht. In Gruppen und in der Schule übernimmt sie gern Verantwortung und schreibt zum Beispiel Artikel für die Schulzeitung.

Lina ist schon 17. Sie hat eine ältere Schwester und einen jüngeren Bruder und interessiert sich ganz besonders für Fremdsprachen. Ihre Mutter war früher Pianistin, Lina besucht öfter mit ihrer Familie Konzerte. Sie ist sportlich, spielt Volleyball, Basketball und Tennis und nimmt an Schulwettkämpfen teil. Auch sie liest gern.

Mihail ist 16 und hat keine Geschwister, aber eine Katze und viele Freunde. Auch er ist sportlich, hat sieben Jahre lang Karate betrieben und spielt Fußball. Er schaut sich mit seinem Vater gern Fußballspiele und Boxwettkämpfe an und verbringt auch gern Zeit am Computer.

Die Gasteltern können ältere, gleichaltrige, jüngere oder gar keine Kinder haben und auch alleinerziehend sein. Wichtig ist, dem Familienmitglied auf Zeit ein Zuhause zu geben.

> Familienanschluß für ein Jahr gesucht

Der AFS Interkulturelle Begegnungen begann als American Field Service bereits 1947 mit dem Schüleraustausch. Er gehört zu den großen, erfahrenen, gemeinnützigen Schüleraustauschorganisationen weltweit. Über ganz Deutschland verteilt gibt es 89 ehrenamtliche AFS Komitees. Der deutsche AFS hat seinen Sitz in Hamburg sowie Regionalbüros in Berlin, Wiesbaden, Stuttgart und ebenfalls Hamburg.

Die Austauschschülerinnen werden auf das Schuljahr in Deutschland vorbereitet und während ihres Aufenthaltes hier von ehrenamtlichen Mitarbeitern des AFS betreut. Diese helfen, wenn nötig, bei der Wahl der Schule und bei kleineren Problemen. Sollte ein harmonisches Zusammenleben auf Dauer nicht möglich sein, sucht der AFS eine neue Gastfamilie.

Es gibt im Laufe des Jahres einige Veranstaltungen für Gastfamilien und Schüler.

AFS-Schüler sind kranken- und haftpflichtversichert. AFS Deutschland bezahlt evtuell notwendige Monatskarten, Schulbücher und extra Deutschstunden. Sie bringen Taschengeld mit. Für die Schüler aus Königsberg wird der sonst übliche Elternbeitrag von einer deutschen Stiftung übernommen, so daß sie unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familie ausgewählt werden konnten. Die Gastfamilien laden die Schülerinnen zu sich ein und kommen für den Unterhalt auf.

Das Leben in einer Familie für zehn Monate ermöglicht ein intensives gegenseitiges Kennenlernen und den Aufbau dauerhafter freundschaftlicher Kontakte. Die Schüler machen hier vielfältige interkulturelle Erfahrungen, und es ist auch für die Gastfamilien eine Bereicherung, sie dabei zu begleiten. Die Öffnung nach Europa und der Brückenschlag zwischen unseren Ländern ist gerade für die Menschen in der Enklave Königsberg besonders wichtig.

Wenn Sie einen der jungen Königsberger als Familienmitglied auf Zeit in Ihre Familie aufnehmen wollen oder Verwandte und Bekannte irgendwo in Deutschland dafür begeistern können, dann nehmen Sie doch bitte Kontakt auf mit Inge Rauschning, Rodetal 1 a, 37120 Bovenden, Telefon (0 55 94) 9 31 74, Telefax (0 55 94) 9 31 75, E-Mail: rauschning.rodetal@online.de

Gedenkveranstaltung

Lüneburg – Eine Gedenkveranstaltung veranstaltet, aus Anlaß des 100. Geburtstages des Gründers des Ostpreußischen Jagdmuseums, Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke und des 40jährigen Bestehens der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums, das Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum am Sonnabend, 6. Mai, 15 Uhr, in der Handwerkskammer Lüneburg-Stade, Friedestraße 6, 21335 Lüneburg. Ehrhardt Bödecker – Inhaber und Gestalter des Brandenburg-Preußen Museums in Wustrau – hält einen Vortrag über die „Kulturelle und humane Erfolgsbilanz Preußens vom 18. – 20. Jahrhundert“.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel.: und Fax (07 11) 6 33 69 80

Landesgruppe – Sonnabend, 29. April, 9.45 Uhr, Landesfrauentagung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart, Telefon (07 11) 2 04 50. Ende gegen 17.30 Uhr. Zu erreichen ab Stuttgart Hbf Stadtbahn U-14, Richtung Heslach, Haltestelle: Rotebühlplatz (Stadtmitte). Der Vormittag der diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil der Arbeit der Landesfrauen gewidmet, Nach dem Bericht von Uta Lüttich über die kulturelle Frauenarbeit, wird der Landesvorsitzende Dr. Wolfgang Kollbau über die Arbeit der Landesgruppe berichten. Uta Lüttich wird über die Arbeit der Landesgruppe Ostpreußen sprechen. Der Nachmittag ist ab 14 Uhr dem Thema „Wir Flüchtlingskinder – wie haben wir Kinder Flucht, Vertreibung und Neuanfang erlebt“. Sibylle Dreher, Präsidentin des Frauenverbandes im BdV und langjährige Bundesfrauenreferentin der LM Westpreußen, hat die Flucht und den schwierigen Neuanfang in Westdeutschland erlebt, sie hat mit Zeitzeugen über das Schicksal der vielen Kinder, die Flucht und Vertreibung erlebt haben, gesprochen und Seminare hierüber gehalten. Auch in diesem Jahr wird man sich wieder mit der Mundart und dem ostpreußischen Platt beschäftigen. Dieser Tagesordnungspunkt soll gemeinsam gestaltet werden, bitte bringen Sie Texte zum Vortragen mit. Wenn die Zeit dann noch reicht, sieht man den Videofilm: „Zwischen Masuren und Frischem Haff“ (Dauer: 45 Minuten). Gäste sind herzlich willkommen.

Heilbronn – Donnerstag, 11. Mai, 8 Uhr, Jahresausflug. Reiseziele sind das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Mittagessen im Schloßbräustübl und Nachmittags geht es ins Fränkische Seenland. Die Abfahrt erfolgt vom Busbahnhof Karlstraße, Heilbronn. Auskunft bei Lm. Dombrowski, Telefon (0 71 31) 17 83 19.

Reutlingen – Mittwoch, 10. Mai, Tagesausflug der Frauengruppe. Ziel ist der Bodensee (Richtung Lindau). Abfahrt vom Alten Busbahnhof. Informationen und Anmeldung bei Frau Orthmann, Telefon (0 71 22) 35 93.

Stuttgart – Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Treffen im Hotel Wartburg, Lange Straße 49. Heidelore Barth liest aus ihrem Buch, „Das verstreute Glück“.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 4. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gästehaus Sölch. Frau Gehm gestaltet den Nachmittag mit „Geschichten, Gedichte und Liedern im Mai“. – Die Gruppe hatte zur Mitgliederversammlung eingeladen. Die Vorsitzende Ursula Gehm begrüßte eine große Zahl der Mitglieder. Nach dem Gedenken der Verstorbenen dankte die Vorsitzende allen Mitgliedern und Freunden für die guten Besuche der Heimatnachmittage. In ihren Dank schloß sie alle aktiven Mitglieder ein, den scheidenden 2. Vorsitzenden Heinz Zander, den Kassenwart Erwin Neumann, die Geburtstagsgratulantin und PC-Expertin Margot Diederichs – aber vor allem Elfi Dominik für die Organisation der Reisen und der Grützwurstessen. In ihrem Rückblick der Jahre 2004 und 2005 hob die Vorsitzende die ausgezeichneten Vorträge von Reinhard Schenk zu den Themen Kant, Konvention Tauroggen und Gedanken zum Schiller-Jahr hervor. Hochinteressant war der Beitrag „Der Oberländische Kanal“ von Hans-Dieter Krauseneck. Elfi Dominik organisierte in hervorragender Weise die Fahrten nach Masuren und Schlesien, sowie die Osterbrunnenfahrt ins Fränkische. Die zahlreichen Teilnehmer am schon traditionellen, jährlichen Grützwurstessen bestätigen das Organisationstalent von Frau Dominik. Die Humanitäre Unterstützung ging wie in jedem Jahr an die im südlichen Ostpreußen gelegene Gemeinde Hohenstein, die Gesellschaft zur Pflege Deutschen Kulturguts „Emil v. Behring“. Einen Teil des Beitrages erwirtschafteten Erika Schlenker, Herta Lung und Ursula Gehm durch den Flohmarkt. Mitglieder und Freunde hatten Sachspenden dazu beigetragen. Der restliche Betrag für Hohenstein wurde am Grützwurstessen gespendet. Frau Gehm schloß ihren Rückblick mit dem Bericht über die Ostdeutsche Heimatstube in Schwäbisch Hall, deren Auflösung und bevorstehende Neugestaltung im Hällisch Fränkischen Museum in Wackershofen, einem Ortsteil von Schwäbisch Hall. Sie berichtete weiter von der Ausstellung „Heimat verloren – Heimat gewonnen“ mit einem ausführlichen Videoschau, die am 14. Juli im Freilandmuseum eröffnet wird. Erwin Neumann stellte den Kassenbericht über die Jahre 2004 und 2005 vor. Kassenprüfer Reinhard Schenk hatte die Kasse geprüft und für korrekt befunden. Das neue, nicht aus Ostpreußen stammende Mitglied Horst Lindemuth dankte dem Vorstand für die geleistete Arbeit und beantragte die Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. Diethmar Mattheus, ein Nichtmitglied, aber treuer Anhänger leitete die Wahlen. Der gesamte Vorstand setzt sich zusammen 1. Vorsitzende Ursula Gehm, 2. Vorsitzender Dietrich Schüll, Kassenwart Erwin Neumann, Kassenprüfer Reinhard Schenk und Horst Lindemuth. Gratulation und Statistik Margot Diederichs. Beisitzer: Margarete Behrendt, Elfi Dominik, Marianne Döll, Hildegard Hammer, Hans Dieter Krauseneck, Luise Kremser, Rita Leipersberger, Herta Lung, Siegfried Mauerhoff, Heinz Pyrags, Ewald u. Hedwig Seybold und Heinz Zander. Die Mitgliederversammlung beendete Frau Gehm mit ihrem interessanten Vortrag „Preußen und die Wurzeln des Erfolges“.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ulm / Neu Ulm – Sonnabend, 13. Mai, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Amberg – Die Gruppe hatte Vorstandswahlen, als neuer Vorsitzender wurde Dirk Witteler aus Freudenberg gewählt. Sein besonderes Anliegen ist es, die Gruppe nicht nur zu erhalten und weiterzuführen, sondern auch Neumitglieder zu werben, die sich aus den Nachfahren rekrutieren, oder auch aus Geschichtsbewußten Mitmenschen, denen das Schicksal Ostpreußens und seiner Bevölkerung am Herzen liegt. Auch sei daran erinnert, daß kein Geringerer als der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Schirmherr des BdV ist. Besonderer Dank gilt dem scheidenden Vorsitzenden Bruno Brückmann, der seine Kraft und Initiative der Gruppe zur Verfügung gestellt hatte. Informationen bei Dirk Witteler, Telefon (0 96 27) 3 60.

Augsburg – Mittwoch, 10. Mai, Ausflug der Frauengruppe.

Bad Reichenhall – Beim österlichen Heimatnachmittag gedachte Lm. Hoffmann unter anderem der Geburtstage von Kant und Arno Holz. Dann erinnerte er an ein Kriegsverbrechen der Rußen, welches über 50 Jahre den Deutschen angelastet wurde: der Mord an 5 000 polnischen Offizieren bei Katyn. Für dieses Verbrechen und die falschen Beschuldigungen gab es keine Entschuldigung. An liebevoll östlich geschmückten Tischen, von Lilo Schöndorfer und Jutta Karl hergerichtet, gab es nur ein Thema: Ostern. Es begann mit der Erzählung von Ernst Kuby „Hasenmanöver“, dann wurde über das Brauchtum in der Heimat berichtet, dem Schmackostern. Über das Brauchtum im Berchtesgadener Land las Hoffmann einen Aufsatz von Erna Pranz vor. Dr. Erwin Keyser berichtete von einer lustigen, alpenländischen Begebenheit vor der Palmweihe vor der Kirche. Mit guten Wünschen von Margarete Maschäer (von den Sudeten) endete der Heimatnachmittag.

Erlangen – Donnerstag, 11. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20. Es gibt einen Diavortrag: „Busreise nach Schlesien“.

München Nord / Süd – Sonnabend, 6. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Elmar Schmid hält einen Diavortrag mit Begleittexten und musikalischer Umrahmung „Der Zauber der Kurischen Nehrung“. Es gibt eine gemeinsame Kaffeetafel.

Starnberg – Mittwoch, 10. Mai, 15 Uhr, Muttertagsfeier in der Undosa-Seestube. – Der Vorsitzende Arnold Birk begrüßte die Teilnehmer der jährlichen Hauptversammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, Einwände wurden nicht erhoben, gedachte man der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder: Stefanie Lingk, Kurt-Dieter Liske und seine Lebensgefährtin Charlotte Nübler. Alle hatten das 90. Lebensjahr schon vollendet und waren treue Mitglieder der Gruppe. Ein ehrendes Andenken ist ihnen gewiß. Es folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden in dem er das vergangene Jahr Revue passieren ließ. Er bedankte sich zunächst bei den Referenten (Sieglinde Tripodi-Last, Lm. Köszler, Lm. Schroeder, Astrid v. Menges und Gertrud Schlenz) für ihre Vorträge, die für eine Bereicherung der Treffen darstellen. Sehr gut angekommen ist wieder das Rate-Quiz „Was weißt Du noch von unserer Heimat?“. Im Juni besuchte man das Freilichtmuseum „Glentleiten“. In der Gutswirtschaft „Herzogin Anna“ des Staatsgestüts Schwaiganger wurde zu Mittag gegessen und danach folgte ein dreistündiger Rundgang durch das Gelände der „Glentleiten“. Sehr anschaulich was da an alten Bauernhäusern, Wassermühlen und vieles mehr aufgebaut wurde. Im Juli vergangenen Jahres stand wieder die Seerundfahrt auf dem Terminplan der Gruppe. Ziel des Ausfluges war Bernried. Nicht vergessen werden darf die letztjährige Neuwahl des Gesamtvorstandes. Dem Bürgermeister von Stranberg, Ferdinand Pfaffinger, merkte man in seinem Grußwort sichtlich an, daß er sich bei der Gruppe wohlfühlte, dies taten auch Stadtpfarrer Konrad Schreiegg und Pfarrerin Birgit Martin. Arnold Birk sprach seinen Dank allen Helfern aus, die diese schöne Veranstaltung mit organisierten. Natürlich ging dieser Dank auch an die Kollegen aus dem Vorstand. Für den anschließenden Kassenbericht hatten die Revisoren nur lobende Worte. Entlastung wurde der Schatzmeisterin, wie auch dem Gesamtvorstand einstimmig erteilt. Matjeshering, Tunke und Petersilienkartoffeln rundeten diesen Nachmittag ab.

Weiden – Sonntag, 7. Mai, 14.30 Uhr, Muttertagsfeier im Heimgarten.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Frauengruppe der LO – Mittwoch, 10. Mai, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin. Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.

Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 11. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Muttertag und Vortrag von Dr. Quednau. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.

Rastenburg – Sonntag, 7. Mai, 15 Uhr, Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Herbert Brosch, Telefon 8 01 44 18.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Dienstag, 9. Mai, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe, Roter Turm an der Domsheide. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.

Bremerhaven – Freitag, 28. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 4 Euro. – Freitag, 12. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe am Bootshaus Speckenbüttel.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 21. Mai, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne zum Besuch der Theateraufführung „der Strom“ von Max Halbe. Abfahrt des Busses ab Kirchenallee (Hauptbahnhof) 14 Uhr. Kaffeetrinken 16 Uhr, Theateraufführung 16 Uhr. Rückfahrt gegen 18.30 Uhr. Gesamtpreis einschließlich Kaffeetafel und Eintritt 25 Euro (ohne Busfahrt 15 Euro). Anmeldungen bei Lm. Bridszuhn, Telefon 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Freitag, 5. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Postkutsche“, Horner Landstraße 208. Gemütliches Beisammensein und Schabbern. – Dienstag, 9. Mai, Tagesausflug nach „Kalifornien“ an der Ostsee.

Heiligenbeil – Donnerstag, 25. Mai, 7 Uhr, Abfahrt zum Serenge-

tie-Safari-Park Hodenhagen. Der Preis pro Person beträgt 36 Euro, für Busfahrt, Safari-Bus, Eintritt und Mittagessen (2. Gerichte zur Auswahl). Die Abfahrt erfolgt um 7 Uhr von Harburg-Bahnhof, 7.30 Uhr vom Hamburg ZOB. Anmeldungen bis zum 23. Mai an K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Osterode – Mittwoch, 17. Mai, 9 Uhr, Tagesausflug nach Fintel / Lüneburger Heide zu Spargelessen statt. Die Abfahrt erfolgt ab Hamburg ZOB. Im Euro-Dorf im holländischen Baustil wird man mit einem zweiten Frühstück empfangen. Nach der Führung gibt es ein Mittagessen, nachmittags Kaffee und Kuchen. Essen bis jeder satt wird, Trinken bis der Durst gelöscht ist. Preis alles inklusive 40 Euro pro Person. Anmeldungen an Marie-Louise Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (0 41 09) 90 14.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. April, 15 Uhr, Treffen im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Dort wird die Ausstellung „Der Weißstorch – Oadeboar in Ostpreußen", auf 13 Bildtafeln in Gedichten und Gesichten gezeigt.

Salzburger Verein – Sonnabend, 13. Mai, 13 Uhr, Treffen im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41. Wiltrud Meinike spricht über das Leben einer preußischen Königin und Dr. Eckhard Schlemminger über die Königsberger Universität. Gäste sind willkommen.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Bergstraße – Sonnabend, 6. Mai, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Gasthaus Am Stadtgraben, Heppenheim. – In Heppenheim fand die 38. Preußische Tafelrunde statt. Neben einem Gericht der Heimat wird als kultureller Höhepunkt daß Leben einer berühmten Persönlichkeit des deutschen Ostens dargestellt und damit 700 Jahre deutsche Geschichte und Kultur ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Ein Kant-Bildnis in Lebensgröße und die Attrappe des Königsberger Doms haben einen würdevollen Platz im Gebäude des Landratamtes in Heppenheim gefunden, nachdem sie den Hessentags-Umzug auf einem Festwagen begleitet haben. Rund 150 Gäste waren zur diesjährigen Tafelrunde erschienen, Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Danzig und Pommern, aber auch Schlesien und dem Sudetenland und einheimische Gäste aus Nah und Fern. Diesmal konnten auch Deutsche aus Rußland begrüßt werden, die sich inzwischen auch hier in der Region zusammengeschlossen haben. Die stellvertretende Vorsitzende begrüßte neben den vielen Gästen auch Politiker des Kreises und der EU. Sie eröffnete mit einem besonderen Bericht. Am gleichen Tage hatte am Vormittag eine russische Delegation aus dem Königsberger Raum nach einem einwöchigen Besuch Heppenheim wieder verlassen. Der Landrat hatte auf Betreiben des 1. Vorsitzenden der Gruppe, Hans-Ulrich Karalus, die Einladung nach einem Besuch Labiaus ausgesprochen. Die Delegation bestand aus dem Bürgermeister Labiaus, der zugleich auch der dortige Landrat ist, dem Leiter des Landwirtschaftsbereiches, der Leiterin für äußere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sowie dem Chefarzt des Kreiskrankenhauses. Neben einem offiziellen Empfang mit über 200 geladenen Gästen, darunter Kreis- und Landespolitiker, unter anderem der ehemalige hessische Justizministers Dr. Christean Wagner, gab es Besuche, Gespräche und Begegnungen unter anderem in Betrieben, Museen, Schulen und dem Kreiskrankenhaus. Besonders betont, sowohl von deutscher als auch von russischer Seite, wurde die überaus herzliche Atmosphäre. Der Landrat sprach von einem Experiment, im Hintergrund stand der Gedanke an eine Städtepartnerschaft zwischen dem Landkreis Heppenheim und Labiau. Die russische Seite sprach später kaum noch von Experimenten, sondern von beschlossenen Tatsachen eines zukünftigen regen Austausches, vor allem zwischen den jungen Menschen, aber auch allen Interessenten beider Länder. Die Gespräche fanden in einer hochgradig persönlichen Atmosphäre statt. Im Anschluß an diese „Kurzinformation" folgten die Begrüßung zur Tafelrunde, Bericht und musikalische Umrahmung, ausgeführt von Vorstandsmitglied Renate Habermeier und ihrer Enkelin. Nach einem genußvollen Essen erfuhren die Gäste etwas über das Leben von Emil von Behring. Diesen Vortrag wollte eigentlich Waltraud v. Schaewen-Scheffler, Vorsitzende der Westpreußen in Hessen, halten. Durch Krankheit verhindert wurde das Referat von Brigitte Sattler vorgelesen, eine kurze Skizzierung des Lebens dieses „Genius des Deutschen Ostens", wie v. Schaewen-Scheffler ihn in ihrem Vortrag bezeichnete.

Darmstadt – Wenige Tage nach seiner diamantenen Hochzeit ist der Ehrenvorsitzende des Bundes der Danziger in Darmstadt gestorben. Er hätte diesen Monat seinen 83. Geburtstag feiern können. Horst Jantzon war nach 1945 Gründungsmitglied des Bundes und seit fast 60 Jahren ehrenamtlich in verschiedenen Vorstandsämtern tätig. Als „Anreger" und Mentor leitete er 25 Jahre die Gruppe, betreute seine Landsleute in sozialen Fragen, förderte ihr Integration, organisierte unzählige Veranstaltungen und Tagungen, vermittelte die heimatliche Kultur und suchte den Ausgleich zwischen dem deutschen und polnischen Volk. Wahre Menschlichkeit und der Danziger Wahlspruch „Nec temere, nec timide" (weder unbesonnen noch furchtsam) bestimmten sein Leben. Sein Rat war gefragt. Er war ein Zeuge des Jahrhunderts, der immer Wege fand, wo es im Grunde keine mehr gab. Wer ihn kannte, war angerührt vom freien Wehen seines Geistes und schwang in ihm mit. Jantzon war Träger der silbernen und goldenen Verdienstnadel des Bundes. 2003 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt, der Darmstädter Oberbürgermeister überreichte ihm im Mai 2004 für seine Verdienste den Ehrenbrief des Landes Hessen. Der Verstorbene kam 1943 durch seine Einberufung zum 115. Garderegiment nach Darmstadt und machte den Afrikafeldzug mit. Er hinterläßt seine Frau, zwei Kinder. Drei Enkel und einen Urenkel. Er liebte diese Welt und alle, die guten Willens waren. Seine große Lebenserfahrung hinterläßt eine Lücke, die bei den west- und ostpreußischen Landsleuten und seine Gefährten und Freunden nicht so leicht zu schließen sein wird.

Dillenburg – Nach dem Kaffeetrinken hielt Heinz Schmidt ein Referat über „Wölfe in Preußen – Einwanderer ohne Paß". Es war interessant zu erfahren, daß die Wölfe, von Osteuropa kommend, in den Jahren 1600 und 1700 über Ostpreußen, Pommern, die Ostseeküste, bei Stettin die Oder überquerend, Mecklenburg und Brandenburg durchwanderten – also auch Berlin eingekreist hatten. Der Referent betrachtete auch die Legenden, die dem Wolf angehängt werden. So „Wolfsbrut", „Hunger wie ein Wolf", „Fleischwolf" und „Reißwolf". Immer bezeichnete dies eine gewisse Grobheit. Aber der Selbsterhaltungstrieb hat bei Tieren andere Maßstäbe als beim Menschen. Der Wolf durchschwimmt die Weichsel und die Oder und durchstreift Gebiete von 30 mal 30 Kilometer. Landesgrenzen kennt er nicht. Er ist ein Wanderer ohne Paß. Jagdbares Wild wurde durch den Wolf niemals total ausgerottet, sondern im natürlichen Gleichgewicht gehalten. Da der Wolf aber ein Beutegreifer ist, kennt er keinen Unterschied zwischen Tieren in freier Wildbahn und Haustieren. So wurden im Amt Bütow von 1740 bis 1743 270 Pferde, 16 Ochsen, 50 Kühe und 496 Schafe gerissen. 1696 meldete Insterburg 306 Pferde, 50 Rinder und 310 Schafe. Die Bejagung der Wölfe war zu dieser Zeit ein großes Anliegen der Obrigkeit. Die Gegenwart und Zukunft hat hier aber weitaus andere Möglichkeiten. Die in Sachsen im Gebiet Oberlausitz vorhandenen Rudel kontrolliert und verfolgt man mit elektronischen Geräten. Hierzu werden einzelne Wölfe betäubt und erhalten ein Halsband mit Funk umgelegt. So ist ihr Aufenthaltsort jederzeit überprüfbar.

Gelnhausen – Sonnabend, 13. Mai, 9.30 Uhr, Muttertagsausflug. Die Abfahrt erfolgt vom Landratsamt Gelnhausen. Gäste sind willkommen. Anmelden bei Margot Noll, Telefon (0 60 51) 7 36 69.

Frankfurt / Main – Mittwoch, 10. Mai, 14 Uhr, Spielnachmittag im Haus der Heimat, Porthstraße 10.

Wetzlar – Montag, 8. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 126. Vorsitzender Kuno Kutz wird einen Vortrag über Käthe Kollwitz halten.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Delmenhorst – Dienstag, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Delmeburg". – Dienstag, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der Heimatstube, Parkschule.

Gifhorn – Die Gruppe traf sich

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (0 41 02) 82 33 00, Internet: www.angerapp.de

Kirchspiel Kleinlautersee – Die Kirchspielgemeinschaft verbrachte vom 26. März bis 3. April zum fünften Mal einen Urlaub im „Morada Resort" in Kühlungsborn. Die Unterbringung, der Service und das vielseitige Frühstücks- und Abendbüfett war wie immer hervorragend. Der Reiz an Kühlungsborn ist immer wieder die Promenade, vorbei an Kaffees, die zum Verweilen einladen. Man kann hier bummeln ohne große Steigungen überwinden zu müssen, hat frische Seeluft und es gibt viel zu sehen. Ideal auch für ältere Leute. Zum Programm gehörte eine Rundfahrt mit dem Moradaexpreß, eine Hafenrundfahrt durch den Rostocker Hafen, eine Dampferfahrt ab Rerik, vorbei an der Halbinsel Wustrow zur Insel Poel und ein Tanzabend. Außerdem unternahmen kleinere Gruppen eine Fahrt mit der „Molli", eine Wanderung nach Heiligendamm, Stadtbummel und wanderten oft die Promenade entlang. Abends gab es die Möglichkeit verschiedene Veranstaltungen zu besuchen, oder man setzte sich zusammen. Das Wesentlichste an unserem Urlaub war, daß wir Gelegenheit hatten, bei geringen Kosten in guter Atmosphäre, mit Verwandten und Freunden eine längere Zeit zu verbringen. Aber auch die schönste Zeit geht einmal zuende. Alle verließen gut erholt und schweren Herzens Kühlungsborn und freuten sich auf ein baldiges Wiedersehen. Leider war unser Kirchspielvertreter Lothar Kapeinat aufgrund der Erkrankung seiner Frau verhindert, aber Dietrich Rose hat ihn würdig vertreten.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Tel.: (0 24 05) 7 38 10.

Heimattreffen Elchniederung – Einladung zum Regionaltreffen Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung am Donnerstag, 18. Mai, 10 Uhr, im Congress-Center Stadthalle, Sindelfingen. Programmablauf: Begrüßung der Teilnehmer durch den jeweiligen Kreisvertreter, Begrüßung durch den stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt Sindelfingen, musikalischer Auftakt, Tanzgruppe und heimatliche Klänge, Ostpreußenlied, gemütliches Beisammensein. Die drei Kreisgemeinschaften hoffen auf rege Beteiligung. Programmänderung vorbehalten. Sindelfingen liegt in unmittelbarer Nähe zu Stuttgart und ist mit Bahn und Pkw gut zu erreichen.

Krakelner Dorftreffen – Sonnabend, 6. Mai, 11 Uhr, Krakelner Dorftreffen im Restaurant Eckhard, Paul Nevermann Platz 2-4, Hamburg-Altona (direkt in Bahnhofsnähe). Organisatoren sind Klaus und Maria Schenk.



INSTERBURG

Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Stammtisch der Senioren – Für den nächsten Stammtisch, Freitag, 28. April, 11.30 Uhr, im Bürgerhaus in Darmstadt-Wixhausen laden wir alle interessierten Landsleute herzlich ein.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Eine Videothek für das Samland Museum in Minden – Dank einer Spende von 90 bespielten Video-Kassetten von Heinz Jackisch konnte der Grundstein für eine Videothek über Ostpreußen sowie das Thema Flucht und Vertreibung zusammengestellt werden. H. Jakkisch, pensionierter Realschullehrer und gebürtiger Königsberger, sammelte allerlei Videoaufzeichnungen. Die Durchsicht und Selektion aller Kassetten von je 240 Minuten Spieldauer war eine mühselige Beschäftigung für Klaus Wulff. Doch die Mühe wurde belohnt. Es kamen wahre Schnäppchen ans Tageslicht und eine Sammlung von mindestens 95 Prozent aller Fernsehsendungen zum obigen Thema zustande. 30 Videokassetten von bis zu 240 Minuten Spieldauer sind bisher in einem Verzeichnis mit Titel und Spieldauer festgehalten. Das entspricht rund 120 Titeln bisheriger Sendungen über Ostpreußen, Flucht und Vertreibung. Das soll der Anfang zu einer Videothek werden, die im Samland Museum angesiedelt wird. Eine Vorführung der Kassetten ist vorgesehen. Unsere Kreisgemeinschaft bedankt sich bei dem Spender sehr herzlich.

Angebot – Aus Anlaß der über 60jährigen Wiederkehr von Flucht und Vertreibung empfehlen wir: „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland", von Helmut Borkowski, 175 Seiten, DIN A4 Format, zum Preis von 15 Euro einschl. Versandkosten. Die textlichen Abhandlungen erstrecken sich inhaltlich über den Zeitraum von Sommer 1944 bis zu den Ereignissen und Endkämpfen im Frühjahr 1945. Die teilweise bis in die Details gehenden Darstellungen fesseln auch die nicht aus Ostpreußen stammenden Leser. Es sind in diesem Werk, in begrenztem Umfang, auch Texte aus Russischen Quellen wiedergegeben. Zu beziehen über: Kreisgemeinschaft Königsberg-Land, im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden. Telefon (05 71) 4 62 97, täglich von 19 bis 21 Uhr.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Tel.: (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, lehmann.vinxel@t-online.de; www.preussisch-eylau.de. Anfragen zu Versand und Kreiskartei: Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, manfred.klein.rositten@malletech.de. Termine zum Besuch des Museums im Kreishaus Verden/Aller (Partnerkreis), Lindhooper Str. 67, bitte mit Herrn Klein telefonisch absprechen.

Ein Gedenkstein in Landsberg – Vor einiger Zeit kam von Frau Döbereiner, geb. Kirstein, die Anregung, einen Gedenkstein in Landsberg zum Gedenken der Einwohner Landsbergs aufzustellen, die im Zweiten Weltkrieg und besonders im Jahre 1945 ihr Leben verloren haben. Einen Gedenkstein gibt es unter anderem in Frauenburg, der mit seinem eindrucksvollen Text in deutscher und polnischer Sprache an Flucht und Vertreibung erinnert. Als Vertrauensleute für Landsberg haben wir in Zusammenarbeit mit Martin Lehmann einen Anfang gemacht. Es geht ein Brief an den Landsberger Bürgermeister und im Juni 2006 beim Stadtfest sollen weitere Gespräche mit dem Bürgermeister und der Verwaltung geführt werden, um die Angelegenheit zu realisieren. Leider kostet ein Gedenkstein Geld. Wir bitten daher alle Landsberger und ihre Freunde um Mithilfe. Für Nähere Informationen wenden Sie sich bitte an den Kreisvertreter.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Tolksdorf-Treffen – Es ist wieder soweit – die Tolksdorfer, Altendorfer und Plötnicker treffen sich am 14. Oktober 2006, 10 Uhr, im Gemeindehaus der evangelischen Kirche in Völksen. Da noch einige Bewohner aus diesen Orten, bei den vorigen Treffen nicht dabei waren und wir die Adressen nicht kennen, wäre es schön, wenn wir sie auf diesem Wege ausfindig machen könnten. Bei Fragen bitte melden: Graf zu Dohna, Telefon (0 50 41) 88 50, oder Christel Skiba geb. Korsch, Telefon (0 23 06) 1 21 38. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstraße 9, 32602 Vlotho, Telefon (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: In der Stadtverwaltung Remscheid, Nordstraße 74, 42849 Remscheid, Telefon (0 21 91) 16 37 18

Einladung zum 5. Karvener Ortstreffen – Das 5. Karvener Ortstreffen findet – wie von Helmuth Tomscheit in dem Einladungsschreiben mitgeteilt – vom 26. bis 29. Mai 2006 in Echem / Lüneburg statt. Das Programm sieht einen Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, Besichtigung und Durchfahrt des Schiffshebewerks Scharnebeck und Überraschungen vor. Helmuth Tomscheit weist noch einmal auf das Treffen hin und würde sich über eine Nachricht von Landsleuten, die sich noch nicht gemeldet haben freuen. Helmuth Tomscheit, Telefon (0 21 91) 2 32 23, oder bei der Geschäftsstelle Sensburg, Telefon (0 21 91) 16 37 18.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 29. April, 22.10 Uhr, ARD: Rosenstraße.
Sonntag, 30. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 30. April, 20.15 Uhr, SAT.1: Das Wunder von Bern.
Montag, 1. Mai, 22 Uhr, MDR: Die Wartburg-Story.
Mittwoch, 3. Mai, 20.40 Uhr, Arte: Tödliche Übung – Generalprobe des D-Day.
Freitag, 5. Mai, 20.40 Uhr, Arte: Mein Name ist Bach.
Sonnabend, 6. Mai, 15.55 Uhr, ARD: Für Gott und den Papst.
Sonntag, 7. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

in der Scheune des Deutschen Hauses zu ihrer Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende Armin Fraß erinnerte in seinem Jahreshauptblick an die interessanten Fahrten seiner Landsleute im vergangenen Jahr: zum Beispiel Besuch des Deutschlandtreffens oder der Besuch des Johannifest in Klötze. Er wies auf die Tagesfahrt nach Bremen am 1. Mai hin, mit der die diesjährige Sommersaison eröffnet wird. Nach dem einstimmig verabschiedeten Kassenbericht durch den Kassenwart Dieter Specovius sprachen die Mitglieder der einstimmig dem Vorstand für ein weiteres Jahr ihr Vertrauen aus. Ein Gruppe hatte im vorigen Mai eine Busfahrt in die Heimat unternommen. Lm. Specovius hatte dabei einen Film gedreht, der während der Versammlung gezeigt wurde. Die damals mitgereisten gebürtige Ostpreußin Irene Wiegmann erläuterte dabei die vielen Eindrücke der Fahrt. Ein Loblied auf die ostpreußische Grützwurst von Kurt Zwikla stimmte anschließend Fraß an. Dazu trugen fleißige Hände Schüsseln mit Grützwurst, Sauerkraut und Kartoffeln herein. Das Essen war der gelungene Abschluß für eine gelungene Veranstaltung.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Mai, 13.30 Uhr, Halbtagsausflug nach Twistringen zum „Museum für Strohverarbeitung", mit Besichtigung und anschließendem Kaffee und Kuchen. Abfahrt erfolgt vom ZOB, Rückkehr gegen 19 Uhr. Wer noch mitfahren möchte, melde sich bitte bei der Leiterin der Frauengruppe, Gisela Borchers. – Das österliches Treffen war liebevoll vorbereitet worden mit einem kleinen Osternest, das einen Gründonnerstagkringel und Schokoladenostereier enthielt. Ein solches Präsent hatten die Damen Dora Gemsa und Ruth Hildebrands für jeden gebacken und gebastelt, die so viel Aufmerksamkeit erhielten, daß der Diavortrag von Karl-Heinz Bonk über eine „Reise nach Ungarn und Rumänien" fast zur Nebensache geriet. Aber Karl-Heinz Bonk versteht es wie kaum ein Anderer, seine Zuhörer nicht nur mit seinen Dias, sondern auch mit seinen Worten zu fesseln. Die Reisestationen waren nach dem Plattensee zunächst Fünfkirchen (Pécs), dem Zentrum der ungarischen Donauschwaben, danach Szegedin, bevor es nach Rumänien ging. Hier war ausschließlich das im Karpatenbogen gelegene Siebenbürgen das Ziel: Hermannstadt, eine auch heute noch von deutschen Siedlern geprägte Stadt, am Fuße der Karpaten gelegen und deshalb geteilt in Unter- und Oberstadt. Ausführlich zeigte der Referent die als Wehrdörfer angelegten Siebenbürger Kirchenburgen, die neben Gotteshäusern auch ihren Dienst als Zufluchtsburg bei Feindbedrohung leisten mußten. Kronstadt, Schäßburg – die Heimat Draculas – Klausenburg waren weitere Stationen in Siebenbürgen, bevor es in den Nordosten Ungarns zurückging. Ein Pferdewagenausflug in die ungarische Steppe, die Puszta, zwischen Debreczin und Tokaj, vermittelte noch Viehherdenromantik für Touristen und der Tokajer oder das Erlauer Stierblut boten ungarisches Temperament. Budapest, das Herzstück Ungarns, geteilt durch die Donau, bildete den Höhe- und Schlußpunkt dieser aufregenden Bildreise durch den vorderen Balkan, der viele deutsche Spuren auftat, so wie es Karl-Heinz Bonk auf allen seinen Reisen versucht, herauszuarbeiten.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Osnabrück – Mittwoch, 3. Mai, 8 Uhr, Fahrt nach Minden zum Preußenmuseum. Abfahrt erfolgt vom Gerichtsgebäude Kollegienwall. Anmeldungen bei Marianne Regier, Telefon 1 41 26.

Rinteln – Donnerstag, 11. Mai, 15 Uhr, Treffen im Hotel Stadt Kassel. Dr. Hans-Walter Butschke hält einen Vortrag: „Mannerheim und der finnische Winterkrieg“. Gäste sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

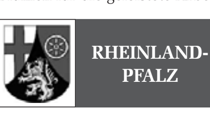
Aachen – Sonnabend, 6. Mai, 15 Uhr, Frühlingsfest im Saal des Restaurants Zum Griechen, Franzstraße 74. Mit viel Spaß, Liedern, Sketchen und kleinen Geschichten aus Ostpreußen, werden Sie wieder lachen und schmunzeln können. Der Gruppen-Musikus wird mit einem Frühlingspotpouri den Nachmittag einleiten und ein Bänkelsänger die Akteure durch Programm begleiten. Der Eintritt ist kostenlos.

Bielefeld – Montag, 8. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 11. Mai, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Frühlingsfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 56.

Düsseldorf – Donnerstag, 11. Mai, 10 Uhr, Seminar: „Angekommen – aufgenommen? Chancen junger Deutscher aus Rußland in NRW“, Eichendorffsaal, GHH. – Freitag, 12. Mai, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Pils, Schlesische Straße 92.

Siegen – Ein volles Haus konnte der Vorstand zur Jahreshauptversammlung begrüßen. nach der großen 50-Jahr-Gründungsfeier im vergangenen Jahr, bei der verdiente Mitglieder auch aus der Gründerzeit geehrt werden konnten, waren nun die „Zwanzigjährigen“ an der Reihe. Zwölf Damen und Herren waren für ihre Treue und ihr Bekenntnis zur Heimat zu würdigen. Neben einer Urkunde und einer Elchschaufel-Anstecknadel gab es zum Dank Proben west- und ostpreußischer Spezialitäten wie Danziger Goldwasser, Pillkaller Edelmachandel, Trakehner Blut und Bärenfang. Der Bestand hat sich in den letzten Jahren bei 50 Mitgliedern eingependelt. Entstehende Lücken füllen sich durch Neuzugänge auf, hinzu kommen regelmäßige Heimatfreunde und Gäste. In den Jahresberichten referierte Prof. Dr. Penski über die gegenwärtige organisatorische Situation der LO auf Landes- und Bundesebene. Kulturwart Frank Schneidewind erinnerte an die Gräfe und Unzer Verlag Königsberg, einst Deutschlands größte Buchhandlung in der Nähe der Albertina. Thilde Utikal schilderte die Arbeit der Frauengruppe, die sich besonders der Traditionskultur widmet und das Herzstück der Gemeinschaft bildet. Für den BJO gab Jochen Meyer einen Überblick der Jugendarbeit. Im Sommer 2006 wird sich der BJO am Sommer- und Spielfest der polnischen Jugend auf der mächtigen Festung Boyen von 1851 in Lötzen beteiligen. Kassenwartin Giesela Kölsch konnte von einem durch feste Rücklagen gesicherten Jahreshaushalt berichten, und nach einem anerkennenden Kassenprüfungsbericht durch Eberhard Labeit konnte der Vorstand entlastet werden. die Neuwahlen ergaben folgende personelle Zusammenstellung: Vorsitzender Anton Olbrich, Stellvertreter und Schriftführer Prof. Dr. Penski, Kassenwartin Giesela Kölsch, Kulturwart Frank Schneidewind, Frauengruppe Thilde Utikal, Jugendvertretung Jochen Meyer, Medien Günter Meyer.

Wuppertal – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Ostpreußenrunde im Stennert 8, Oberarmen. – Die Jahreshauptversammlung in diesem Jahr fiel auf die Zeit vor Ostern, dementsprechend waren der Raum und die Tische österlich dekoriert. Nach der Begrüßung gab die 1. Vorsitzende R. Winterhagen einen Überblick der Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Neben dem schon traditionellen Ostpreußenball, Erntedankfest und Adventsfeier befaßten sich die monatlichen Ostpreußenrunden auch mit kulturellen und geschichtlichen Themen, so daß Kaffeetrinken eine angenehme Nebensache war. Kompetente Referenten berichteten Wissenswertes aus Preußens Geschichte oder der Eisfischerei in Ostpreußen. Die Gruppe war beim Deutschlandtreffen und hat außerdem eine Fahrt nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum, in die Heide und Umgebung durchgeführt. Da die Zoo-Säle nicht zur Verfügung standen findet der Ostpreußenball unter dem Motto „Tanz unter der Erntekrone“ am 30. September 2006 statt. Im August diesen Jahres beabsichtigt die 2. Vorsitzende H. Piontek mit der Gruppe für fünf Tage nach Leiven (Mosel) zufahren. Am 3. Mai 2006 ist eine Tagesfahrt nach Kevelaer geplant. Nach dieser Vorschau auf das laufende Jahr folgte ein zufriedenstellender Bericht der Kassenwartin U. Busch, der die Kassenprüfer eine vorbildliche Kassenführung bestätigten. Die Handarbeitsgruppenleiterin H. Nolde und Tanzgruppenleiterin U. Knock berichteten über erfolgreiche Tätigkeiten der Gruppen. Am Ende der Versammlung dankte H. Pfecht der 1. Vorsitzenden mit einem Gedicht und Blumen für die geleistete Arbeit.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Donnerstag, 18. Mai, 12.30 Uhr, Busfahrt ins Blaue mit Einkehr. Abfahrt erfolgt vom Hauptbahnhof Mainz. Der Fahrpreis beträgt pro Person 10 Euro (Mitglieder), 13 Euro (Nichtmitglieder), Anzahlung 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Zachau, Telefon (0 61 46) 57 27, oder bei Familie Freitag, Telefon (0 61 31) 33 13 47.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 11. Mai, 9.30 Uhr, Besuch des Majoranwerkes und anschließend gemeinsames Mittagessen. Am Nachmittag Schiffsfahrt auf dem Concordiasee.

Dessau – Montag, 8. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte H. Rühmann.

Gardelegen – Dienstag, 9. Mai, Busfahrt nach Salzwedel mit Stadtbesichtigung.

Magdeburg – Dienstag, 9. Mai, 16.30 Uhr, Vorstandsberatungen. – Freitag, 12. Mai, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Fehmarn – Dienstag, 9. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“. Walter Meß hält einen Diavortrag über „Leuchttürme auf Fehmarn“. Gäste sind herzlich willkommen.

Kiel – Montag, 8. Mai, 16 Uhr, Muttertagsgedenken der Frauengruppe Kiel-Elmschenhagen.

Pinneberg – Sonntag, 7. Mai, 15 Uhr, Treffen im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Ingrid Koch liest aus ihren Werken.

Uetersen – Freitag, 5. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ueterst End. Dr. Manuell Ruoff hält einen Vortrag über die Geschichte Ostpreußens und Königin Luise. – Die Vorsitzende Ilse Rudat konnte auf der letzten Veranstaltung rund 50 Besucher begrüßen. Zunächst wandte man sich der mit vielem Osterschmuck dekorierten Kaffeetafel zu. Die fleißigen Damen: Dor Pütz, Hildegard Rucha und Maria Backhaus hatten wieder ihr Talent bewiesen und einen Vorgeschmack auf Ostern gegeben. Nach dieser Stärkung folgte der Vortrag von Bernhard Lehner: „Schlesien, eine preußische Provinz“. Sein Vortrag beschäftigte sich mit der Zeit von 1741 bis 1945. Schlesien liegt an der Nord-Ostkante der Sudeten, einer Gebirgskette, die sich vom Isergebirge im Westen über das Riesengebirge, das Eulen- und Adler-Gebirge, das Glatzer Schneegebirge und das Altevater-Gebirge Richtung Beskiden nach Osten zieht. Schlesien war reich an Bodenschätzen und auch an fruchtbaren Regionen. Interessant ist die Bevölkerungsentwicklung: im Jahr 1741 waren es 992 000 Einwohner, 1840 2,9 Millionen und 100 Jahre später 7,5 Millionen. Hinsichtlich der Religionen waren 50 Prozent evangelisch und 50 Prozent katholisch. Durch die Vertreibung der 7,5 Millionen Deutschen nach 1945 wurde Schlesien wirtschaftlich und verkehrspolitisch aus dem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Kulturraum gelöst und an Osteuropa angegliedert. Lehner schloß seinen Vortrag mit dem Hinweis, daß „Rübezahl“, der gute Geist des Riesengebirges immer noch auf die Schlesier warten würde. Für seinen Vortrag erhielt er viel Beifall.

Preußischer Schöngeist im besten Sinne

Erinnerung an den Rittmeister und Schriftsteller Friedrich v. Oppeln-Bronikowski

Von Friedrich-Wilhelm v. OPPELN-BRONIKOWSKI

Fortsetzung aus der Preußischen Zeitung – Jahrgang 9 – Folge 1

Friedrich selbst konnte sich nicht mehr wehren, da er schon 1936 verstarb, und die, die früher für ihn gesprochen hatten oder mit ihm befreundet waren, lebten nicht mehr oder waren emigriert. Es ist ein einseitiges und daher falsches Bild, das hier gezeichnet wurde. Kurt Pinthus, Dr. Julius Brodnitz, Dr. Friedrich Holländer, Dr. Bruno Weil und Dr. Ludwig Lewin haben ein durchaus anderes und positives Bild von ihm gezeichnet. Auch der kürzlich verstorbene Dr. E. G. Lowenthal bespricht in einem Artikel in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ vom 17. Juli 1964 „Im Schatten des 20. Juli – Zum 100. Geburtstag von Ricarda Huch“ ihr kurzes Geleitwort zur „Gerechtigkeit!“ in wohlwollender Weise.

Außer diesen spektakulären Broschüren hat v. Oppeln eine Vielzahl von Aktivitäten gegen den Antisemitismus entfaltet. Er trat als Redner auf Veranstaltungen verschiedener jüdischer Organisationen wie des Verbands nationaldeutscher Juden, des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, veröffentlichte mehrere philosemitische Artikel in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, darunter den persönlichen und handschriftlich unterzeichneten Aufruf „Für deutsches Kulturjudentum“ in der C.V.-Zeitung, schrieb mehrere Artikel für das „Politische Handwörterbuch“ und führte im Rundfunk ein Streitgespräch mit dem DNVP-Mitglied Eldor Borck.

Auch wenn diese Agitation einen erheblichen Anteil an v. Oppelns Arbeitskraft band, kam sein journalistisches und schriftstellerisches Schaffen nicht zum Erliegen. Generell ist jedoch eine Schwerpunktverlagerung von der Belletristik zu politisch-historischen Stoffen festzustellen. Hier ist in erster Linie die preußische Geschichte zu nennen. Er übersetzte die auf Französisch verfaßten Schriften Friedrichs des Großen in der zehnbändigen Ausgabe seiner Werke (erscheint demnächst als Reprint im Archiv-Verlag) einschließlich seiner Gespräche und Briefe und der Sammlung „Friedrich der Große im Spiegel seiner Zeit“, seine „Politischen Testamente“, schrieb die „Liebesgeschichten am preußischen Hofe“ „Abenteurer am preußischen Hofe“, veröffentliche 1922 bei Diederichs den „Fürstenspiegel“ von Niccolo Machiavelli zusammen mit dem Antimachiavell Friedrichs des Großen sowie 1934 „Der Baumeister des preußischen Staates – Leben und Wirken des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I“ ein Werk, das auf jahrzehntelanger Forschungsarbeit beruhte, 1935 bei Seemann in Leipzig „Der große König als erster Diener seines Staates“, eine Sammlung der unterschiedlichsten Dokumente, Abbildungen und Anekdoten Friedrichs des Großen, 1936, seinem Todesjahr, „Der Alte Dessauer – Fürst Leopold von Anhalt-Dessau – Eine Studie seines Lebens und Wirkens“ „Friedrich der Große und Prinz August Wilhelm – Des großen Königs Briefwechsel mit seinem Bruder“, Friedrich der Große und Wilhelmine von Baireuth, Jugendbriefe 1728 – 1740 und Briefe der Königszeit 1740 – 1758 u. v. m. In diese Kategorie kann man auch „David Ferdinand Koreff, Serapionsbruder, Magnetiseur, Geheimrat und Dichter“, den „Lebensroman eines Vergessenen“ aus Urkunden zusammengestellt und eingeleitet von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, erschienen 1928 im Verlag Gebrüder Paetel in Berlin und Leipzig, einordnen. Das Leben des deutschen Juden Koreff hatte viele Facetten. Er war u. a. Leibarzt des Kanzlers Fürst Hardenberg, Freund Varnhagens und Humboldts, Zechgenosse der Tafelrunde von E. T. A. Hoffmann und Serapionsbruder. Das Werk zeugt von der Möglichkeit und Notwendigkeit der Einfügung des Judentums in den deutschen Kulturkreis. In seinen letzten Lebensjahren beschäftigte er sich u. a. noch mit dem „Siedlungswesen der Hohenzollern 1640 bis 1786“ und Friedrichs des Großen Lehrgedicht „Die Kriegskunst“; auch verfaßte er ein Gedicht mit dem Titel ‚Altpreußentum‘.

Ein Vermittler zwischen den Kulturen

Außer mit preußischer hat er sich auch mit europäischer Geschichte befaßt. Hierzu zählt die bereits erwähnte Übersetzung des Fürstenspiegel von Machiavelli, weiterhin „Politische Geschichte der französischen Revolution“ von Aulard und seine Mitwirkung an der von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken herausgegebenen Reihe „Klassiker der Politik“ der Übersetzung der Werke von Abbé Castel de Saint-Pierre: „Der Traktat vom ewigen Frieden“, Niccolo Machiavelli: „Discorsi – Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte“, und Joseph de Maistre: „Betrachtungen über Frankreich“. In diesem Zusammenhang ist auch sein 1929 in Berlin erschienener Roman „Schlüssel und Schwert – Ein Papstleben aus dem Cinquecento“ zu nennen, der Leben und Wirken eines der bedeutendsten Päpste, des Papstes Sixtus V., zum Gegenstand hat. Der Roman hält etwa die Mitte zwischen Dichtung und Geschichtsschreibung.

Zeit seines Lebens hat er sich mit Archäologie beschäftigt und über deren Arbeit und Erfolge berichtet. War es bis zum Ersten Weltkrieg die südeuropäische und vorderasiatische Archäologie gewesen, die ihn in ihren Bann schlug, so verlagerte sich sein Interesse danach zunehmend auf die Archäologie der deutschen Frühzeit. Die Summe seiner Bemühungen schlug sich in dem Buch „Archäologische Entdekkungen im XX. Jahrhundert“, 1931 erschienen im Verlag Heinrich Keller, nieder, ein Buch, das C. W. Ceram in seinem Werk „Götter, Gräber und Gelehrte im Bild“ als Fortsetzung der „Archäologischen Entdeckungen des neunzehnten Jahrhunderts“ von Adolf Michaelis bezeichnet hat. Sein Fachwissen und seine Propagierung archäologischer Erkenntnisse haben das Archäologische Institut des Deutschen Reiches dazu bewogen, ihn 1926 als ersten Schriftsteller zu seinem korrespondierenden Mitglied zu wählen. Letztlich ist es auch v. Oppelns diesbezüglichen Bemühungen zu danken, daß die Universität Breslau ihm 1932 Würde und Ehre eines Doktors der Philosophie h. c. verliehen hat.

Mit diesen Aufzählungen ist eine vollständige Werkübersicht weder beabsichtigt noch möglich; dies bleibt einer genaueren Darstellung vorbehalten. Etwa 45 eigene Werke einschließlich der Herausgaben sowie über 130 Übersetzungen von 36 Autoren lassen sich nachweisen, ebenso an 300 Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die er als unverzichtbare Brotarbeit bezeichnet hat.

Gelebt hat er ab etwa 1896 in Berlin in verschiedenen Wohnungen, seit 1908 in Charlottenburg. Unterbrochen war diese Zeit nur durch zahlreiche Auslandsaufenthalte. Aus Gesundheitsrücksichten hat er vor dem Ersten Weltkrieg etwa vier Jahre in Italien gelebt, das er geliebt hat. Hinzu kamen Reisen nach Griechenland und Vorderasien sowie Kuraufenthalte in Deutschland, die zur Wiedergewinnung seiner geschwächten Gesundheit dienten. Er hat sich hier in verschiedenen Organisationen engagiert, so z. B. im Verein für die Geschichte Berlins, in dessen Mitteilungsblatt er mehrere Aufsätze veröffentlicht hat, im Reichsverband deutscher Offiziere, im Verein für Urheberschutz, im Schutzverband deutscher Schriftsteller. Er war auch Sachverständiger für Fragen des Urheber- und Verlagsrechts und Dozent der Humboldt-Akademie für neufranzösische und neubelgische Literatur. 1933 beging er hier seinen 60. Geburtstag, der trotz den sich verändernden politischen Verhältnissen noch ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit erregte. Rund 30 Zeitungsmeldungen, z. T. mit ausführlichen Würdigungen seines Lebens und Wirkens stehen etwa 90 private Glückwünsche gegenüber, deren Absender überwiegend in biografischen Nachschlagewerken verzeichnet waren. Erwähnenswert sind zahlreiche Glückwünsche jüdischer Deutscher, von Justizrat Dr. Brodnitz, dem Vorsitzenden des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dr. Ludwig Holländer, Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil, beide Mitglieder des Vorstands des Centralvereins, von seinem Arzt Dr. Diamant, von Dr. Ludwig Lewin, dem Leiter der Lessinghochschule und vom Verband nationaldeutscher Juden. Die Berliner Zeitung „Tempo“ brachte eine kurze Meldung mit einem Kopfstenogramm v. Oppelns von Benedikt Dolbin.

Seine letzten Lebensjahre waren überschattet von schweren Erkrankungen und wirtschaftlicher Not.

Gefangen in einem Teufelskreis

Letztere resultierte aus einer Fokussierung der Literatur auf völkisch orientiertes Schrifttum und damit verbunden dem Zurückdrängen fremdsprachiger und der Unterdrückung deutsch-jüdischer Autoren. Er war daher genötigt, durch verstärkte literarische Anstrengen zu versuchen, die Einnahmeausfälle zu kompensieren. Erschwerend kam hinzu, daß mehrere seiner Arbeiten nicht mehr zur Veröffentlichung angenommen wurden, so z. B: sein Roman „Der Exot“, dessen Hintergrund das sogenannte Allensteiner Offiziersdrama von 1907/8 bildete. Dies wiederum hatte negative Auswirkungen auf seine Gesundheit, die ihrerseits seine Schaffenskraft minderten. Dies führte in einen Teufelskreis, aus dem er nicht mehr herauskam. Belastend war weiterhin der Tod seiner ersten Frau im Jahr 1932, die sein Leben über 35 Jahre lang begleitet hatte und ihm eine feste und sichere Stütze gewesen war. Zu diesem schmerzlichen Verlust kamen noch die wirtschaftlichen Belastungen aus der Erbauseinandersetzung mit den drei Töchtern, die seine erste Frau in die Ehe eingebracht hatte. Sein Ende wurde durch einen Aufenthalt in den bayrischen Bergen ausgelöst, die er zwar sein Leben lang geliebt hatte, die aber für sein geschwächtes Herz zur tödlichen Falle wurden. Die Todesdiagnose lautete: „Herzinfarkt bzw. Kranzaderverkalkung“. Begraben ist er auf dem Südwestkirchhof Stahnsdorf im Kreis Teltow im Süden Berlins. Das Grab ist in mehreren Veröffentlichungen erwähnt.

Die Aufmerksamkeit, die sein Tod erregte, war in keiner Weise mehr mit der zu vergleichen, die sein 60. Geburtstag drei Jahre zuvor noch hervorgerufen hatte. Nur zwei längere Nachrufe ließen sich ausmachen; einer stammt vom Journalisten und Theaterkritiker Werner Fiedler, der andere vom Schriftsteller Kurt Pinthus, einem jüdischen Deutschen, der später emigrieren mußte; sein Artikel wurde in der Centralvereinszeitung veröffentlicht.

Der verbliebene Rest seines literarischen Nachlasses wurde dem deutschen Literaturarchiv Marbach übergeben. Eine Dokumentation von Leben und Wirken Friedrich von Oppeln-Bronikowski in Buchform wird vom Verfasser dieses Artikels im Starke Verlag Limburg vorbereitet.

Nadelbaum · Missgeschick · knausern, sparen (ugs.) · Arzt, Doktor · Atmungsorgan · Empfänger · Beste, Siegerin · italienischer Barockmaler · franz. Stadt an der Loire · zu einem Erdteil gehörend · oberitalienische Stadt · ausgenommen, frei von · Schreibstift (Kurzwort) · altes Längen-, Raummaß · Hochmut · Fechtwaffe · Dekor, Zierde · trocken; mager · Volk, polit. Gemeinschaft · unentschieden (Schach) · Blechblasinstrument · Speiseraum für Studenten · Mitglied eines Fürstenhauses · Doppelkontinent · munter, lebhaft · feines Gewebe · Bienenzüchter · Sportwette · Rolle zum Aufwickeln von Garn · Beginn eines Dienstes · Landkartenwerk · Stadt u. See in Pennsylvanien · Tiroler Freiheitskämpfer · Laubbaum · elegant; gewitzt (engl.) · bezeichnen; taufen · Plattfisch · Gesetzgeber der Israeliten im A.T. · Schiffssteuerhebel · göttliches Gesetz · sehr bedeutend, bahnbrechend · schmieren, fetten · Handwerker (Fußbekleidung) · engl.-amerik. Längenmaß · Tätigkeit, Arbeitsbereich · Mündungsarm der Weichsel · griechischer Buchstabe · Filmhund · ein Quiz lösen · Singstimme · Küchengerät, Zeitmesser · Begeisterung, Schwung · Auslese der Besten · Schauspiel-, Ballettschüler · nicht innen · unverfälscht · großer Fluss · Fernkopierer · hochbegabter Mensch · Probe, Stichprobe · Untugend · Bruchstück · abgeschaltet, nicht an · verführerische Frau · persönliches Fürwort · Erkenntnis · Inselstaat im Mittelmeer · ein Planet · Zugspitzgewässer · ägyptische Hafenstadt · einerlei; gleichartig · Teil des Buches · Stirnschmuck des Hirsches · Hauptstadt von Tunesien · poetisch: aus Erz bestehend · Hauptstrom Vorderindiens · Lärm, Radau · Nacken · Ziffer, Nummer · erfahren, bewandert · englischer Artikel · Schwur · Staat der USA · Pelzart; marderartiges Raubtier · Kummer, Seelenschmerz · Abk. für Auswärtiges Amt · mutmaßen · vom Geist Gottes erfüllt · Glückstaumel · Kleider-, Mantelstoff · Nachkomme · Stadt am Thüringer Wald

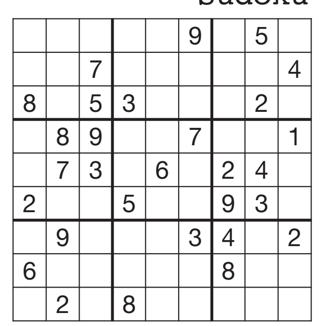
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Pfropf, 2. Eleve, 3. Oreade, 4. Visite, 5. Skonto, 6. Orange – Pleite, Fiasko

Kreiskette: 1. Koeper, 2. Presse, 3. Sessel, 4. Saline, 5. Milieu – Repressalie

Sudoku:

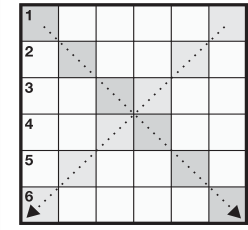
Sudoku



					9		5	
		7						4
8		5	3				2	
	8	9			7			1
	7	3		6		2	4	
2			5			9	3	
	9				3	4		2
6						8		
	2		8					

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 x 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



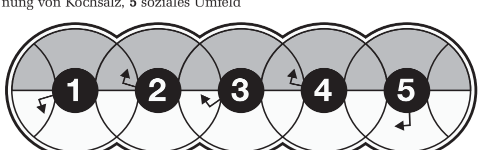
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe für Misserfolg.

1 Stöpsel, Zapfen,
2 Schauspiel-, Ballettschülerin,
3 griechische Bergnymphe,
4 Krankenbesuch des Arztes,
5 Preisabzug bei sofortiger oder kurzfristiger Zahlung, **6** Apfelsine

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Straf- oder Vergeltungsmaßnahme.

1 ein Gewebe, **2** Zeitungswesen, **3** Polstermöbelstück, **4** Anlage zur Gewinnung von Kochsalz, **5** soziales Umfeld



Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot?

Vor 80 Jahren gab Reichspräsident Hindenburg dem Weimarer Flaggenkompromiß die endgültige Form

Von MANUEL RUOFF

Mittlerweile gibt es in Deutschland einen über die in den Parlamenten vertretenden Parteien hinausreichenden breiten Konsens über die deutschen Farben. Daß sich die Marxisten-Leninisten-Stalinisten in ihrer DDR mit der Staatsflagge zu Schwarz-Rot-Gold bekannt haben und die Deutsche Volksunion (DVU) mit Schwarzrotgold wirbt, spricht für die Breite dieses Konsenses. In der Weimarer Republik war das anders, war ausschließlich die (Mehrheits-)Sozialdemokratie einhellig für Schwarz-Rot-Gold. Abgesehen von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten, die das revolutionäre Rot als Staatsfarbe wünschten, gab es eine breite, bis in die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und das katholische Zentrum reichende (rechts-)bürgerliche Front, die analog zum Staatstitel „Deutsches Reich" auch dessen schwarzweißrote Flagge beibehalten wissen wollte.

Grob lassen sich die Ideen hinter den Farben und deren Vertretern im Weimarer Flaggenzwist von links nach rechts wie folgt skizzieren: Die Verfechter einer sozialistischen Räterepublik plädierten dafür, daß das nachrevolutionäre Deutschland wie Sowjetrußland das Rot der Internationale übernahm. Die Befürworter von Schwarz-Rot-Gold brachten damit ihren Willen zu einer parlamentarischen Demokratie in der Tradition der gescheiterten, großdeutschen, bürgerlich-liberalen 48er Revolution zum Ausdruck. Und jene schließlich, die wollten, daß die Weimarer Republik sich in die Tradition des unter Preußens Führung gegründeten (Kaiser-)Reiches stellte, traten für die Beibehaltung des um einen roten Streifen ergänzten Zweifarbs Preußens ein. Daß der Frontverlauf zwischen den Gegnern im Weimarer Flaggenstreits allerdings nicht an jedem Abschnitt entsprechend den oben grob skizzierten ideologischen Grenzen verlief, zeigt die bewegte Geschichte dieses Streits.

In der Novemberrevolution des Kriegsjahres 1918 hatten die revoltierenden Matrosen an den Flaggenmasten ihrer Schiffe das Schwarzweißrot des (Kaiser-)Reichs durch das rote Banner ersetzt. In dieser Situation war nicht nur von den (Mehrheits-)Sozialdemokraten, sondern auch von dem als deutschnational geltenden Journalisten und Verleger Reinhold Wulle zusätzlich zu Schwarz-Weiß-Rot und Rot Schwarz-Rot-Gold in die Diskussion gebracht worden. Eine Woche nach Ausbruch der Novemberrevolution schrieb er im Leitartikel der „Deutschen Zeitung":

„Als vor 70 Jahren die Sehnsucht nach Kaiser und Reich die große Volksbewegung des Jahres 1848 ins Leben rief, tauchten die Farben Schwarz-Rot-Gold auf als das Symbol Großdeutschlands. Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unsertwegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben Schwarz-Rot-Gold. Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind die Erinnerung an eine Zeit voll großer Gedanken, denen allerdings die großen Taten fehlten. Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben versinnbildlicht. Helfen kann uns jetzt nur noch die befreiende schwarz-rot-goldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit."


Foto: DHM

Reichskanzler Hans Luther: Hindenburgs Flaggenverordnung kostete ihn sein Amt.

Neben Schwarz-Weiß-Rot und Rot stand den Vätern der Weimarer Verfassung nun auch Schwarz-Rot-Gold zur Wahl. Der Berliner Universitätsprofessor Hugo Preuß hatte in seinem im Winter 1918/1919 erstellten Verfassungsentwurf die Flaggenfrage offengelassen. Nachdem die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, sprich SPD, DDP und Zentrum, eine Regierung unter Philipp Scheidemann gebildet hatten, fügte diese in den Entwurf den Satz „Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold!" ein, bevor sie ihn der Nationalversammlung zur Beratung vorlegte. Bei der Kampfabstimmung im Verfassungsausschuß fanden die von der Regierung vorgeschlagenen Reichsfarben mit 16 Stimmen nur eine knappe Mehrheit; zwölf Ausschußmitglieder stimmten für Schwarz-Weiß-Rot; der Unabhängige Sozialdemokrat enthielt sich.

In der Parlamentsfraktion der DDP spiegelte sich die Zerrissenheit der Nation. Hier waren 23 für Schwarz-Rot-Gold und 19 für Schwarz-Weiß-Rot als Reichsfarben. Insofern wundert es nicht, daß die Grundidee zum Weimarer Flaggenkompromiß aus dieser Partei kam. Im Gegensatz zu den Farben des Reiches sollte – so der DDP-Kompromißvorschlag – die Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot bleiben. Warum es gerade bei der Handelsflagge keinen Wechsel geben sollte, machte der spätere langjährige DDP-Bürgermeister Hamburgs Carl Petersen in seinem Beitrag zur Flaggendebatte bei der entscheidenden Debatte im Parlamentsplenum deutlich:

„Wir von der Wasserkante, wir wissen, was es für den deutschen Seemann und den deutschen Kaufmann bedeutet, daß er die schwarzweißrote Flagge an sein Schiff und an seine Ware heften kann ... Wenn Sie aber die Flagge niederholen, so wissen Sie aus dem Kriege, wie die Entente in der Lage ist, mit Weltbeeinflussung auch das letzte niederzureißen, was uns geblieben ist, nämlich die Achtung vor der Tüchtigkeit und wirtschaftlichen Kraft des deutschen Volkes. Es wird bei der Entente geradezu erleichtert, bei den fremden Nationen, insonderheit bei den neutralen Nationen, zu sagen, die Deutschen haben ihre alte Flagge selbst heruntergeholt. Mit allem Raffinement der Weltpresse wird erklärt werden, daß wir selbst anerkennen, daß unsere alte Kraft gebrochen ist ..."

Da jedoch die Koalitionspartner der DDP, die SPD und das Zentrum, darauf bestanden, daß Schwarz-Rot-Gold in irgendeiner Form auch in der Handelsflagge auftaucht, gelangte schließlich die folgende Kompromißformel für den Artikel 3 der Verfassung zur Abstimmung: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Mit 211 gegen 90 Stimmen wurde sie am 3. Juli 1919 angenommen.

Am 19. August 1919 trat der Flaggenkompromiß mit der Weimarer Verfassung in Kraft. Nähere Details regelte Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. April 1921 in einer Flaggenverordnung. Mit der Nationalflagge, der Standarte des Reichspräsidenten, der Flagge des Reichswehrministers, der Reichspostflagge und der Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zu Lande auf der einen Seite sowie der Handelsflagge, der Handelsflagge mit dem Eisernen Kreuz, der Reichskriegsflagge, der Gösch und der Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See auf der anderen Seite sah diese Verordnung je fünf Flaggen auf der Basis der Reichsfarben sowie der Handelsflagge vor.

Eine Besonderheit stellte die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See insoweit dar, als hier die Reichsfarben in der oberen inneren Ecke fehlten. Offenbar ging Ebert davon aus, daß die Reichsfarben durch den Reichsschild, der dem Bundesschild in der Bundesdienstflagge der Bundesrepublik Deutschland entspricht, bereits genügend repräsentiert seien. Diese Meinung war damals allerdings nicht Konsens. Das Preußische Staatsministerium sprach der Seedienstflagge sowie der ganzen Flaggenregelung sogar ihre Verfassungsmäßigkeit ab und entschloß sich, seine partikulare Flagge auch auf See wieder zu führen. Oldenburg folgte Deutschlands mit Abstand größtem Reichsland bei diesem Verfahren. Und Mecklenburg-Schwerin glich seine Seedienstflagge der Handelsflagge des Reiches an.


Bild: Archiv

Reichspräsident Paul von Hindenburg: Seine Flaggenverordnung blieb bis zum Ende der Weimarer Republik in Kraft.

Auch seitens des Auswärtigen Amtes gab es Änderungswünsche. Aus seinen Kreisen wurde der Wunsch geäußert, die Handelsflagge ebenbürtig neben der schwarzrotgoldenen Nationalflagge zu führen. Für diesen Wunsch gab es verständliche Gründe. Zum einen war es aus Gründen der Klarheit und eines einheitlichen Auftretens nach außen wünschenswert, daß in den ausländischen Hafenstädten über Deutschlands Schiffen und Vertretungen dieselbe Trikolore wehte. Zum anderen erfreute sich Schwarz-Weiß-Rot gerade bei den Auslandsdeutschen großer Beliebtheit, denn sie hatten Deutschlands lang ersehnte Einheit und Stärke fast ausschließlich in Form von schwarzweißroten Schiffsflaggen erlebt. Dieses führte zu dem beschämenden Vorfall, daß ein deutscher Gesandter sich nicht anders zu helfen wußte, als die Polizei des Gastlandes um Schutz der schwarzrotgoldenen Nationalflagge vor den eigenen auslandsdeutschen Landsleuten zu ersuchen.

Sowohl der Kritik an der Seedienstflagge als auch jener an der Beflaggung der Auslandsvertretungen versuchten die 1925 in ihre Ämter gewählten beiden Männer an der Spitze des Reiches und dessen Regierung, Reichspräsident Paul von Hindenburg und Reichskanzler Hans Luther, mit einer Zweiten Verordnung über die deutschen Flaggen am 5. Mai 1926 Rechung zu tragen. Diese Flaggenverordnung enthielt nur zwei Punkte. Unter Punkt 1 erhielt nun auch die Seedienstflagge wie die Handelsflagge die Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Punkt 2 besagte, daß die „gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen werden", zusätzlich zur Nationalflagge die Handelsflagge führen.

Obwohl Reichspräsident und Reichskanzler den Anhängern der Reichsfarben mit dem ersten der beiden Punkte entgegengekommen waren, hagelte es von deren Seite Kritik an der Verordnung. Eine Woche später am 11. und 12. Mai war der Flaggenstreit Thema im Reichstag. Die Debatte endete mit der Annahme eines vom ursprünglich stramm schwarzweißrot eingestellten DDP-Abgeordneten Erich Koch-Weser eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung. Reichskanzler Luther trat noch am selben Tag zurück. Fünf Tage später folgte sein Kabinett.

Vor dem Hintergrund dieses erneuten Aufflammens des Flaggenstreits waren sich Staatsoberhaupt und Parlament einig, „alle Kräfte zur Schaffung der Einheitsflagge im versöhnenden Sinne einzusetzen". Das neue Kabinett beschloß am 7. Juni 1926 hierzu einen Ausschuß aus Vertretern von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft einzusetzen, und Sachverständige wurden zu Gutachten und Vorschlägen animiert. Die Sache endete jedoch wie das Horneburger Schiessen. Sie verlief im Sande. Die umstrittene Flaggenverordnung des Präsidenten blieb deshalb bis auf weiteres in Kraft. Hindenburg selber sollte es sein, der ihr nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten den Todesstoß versetze. Am 12. März 1933 bestimmte er per Erlaß, „daß vom morgigen Tage bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarzweißrote Fahne und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen sind".

Unselig war der Zwist, nicht der Kompromiß

Weimars Nebeneinander von Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot war bei aller berechtigten Kritik im Detail besser als sein Ruf

Landauf landab heißt es, daß der Kompromiß dem Wesen der Demokratie eigen sei und daß bei einem fairen Kompromiß beide Seiten zurückstecken müßten. Bei der Beurteilung, um nicht zu sagen: Verurteilung, des Weimarer Flaggenkompromisses scheinen diese Kriterien jedoch nicht zu gelten. Natürlich war die Spaltung des deutschen Volkes in Anhänger von Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold unselig – so wie es für die Deutschen auch ein Dilemma ist, daß sie in Protestanten und Katholiken gespalten sind. Vor diesem Hintergrund käme jedoch kein pluralistischer Demokrat auf die Idee zu fordern, daß die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland einheitlich protestantisch oder katholisch zu sein hätten. Auf die Idee kämen wohl nur kompromißlose Anhänger der protestantischen oder katholischen Lehre. Kompromißlose Anhänger von Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot sind es denn auch, welche das veröffentlichte Bild vom Weimarer Flaggenkompromiß in der Weimarer Zeit prägten und bis heute prägen. Beide Seiten sind sich dabei nicht nur in der Verurteilung des Kompromisses einig, sondern auch in ihrem wohlfeilen Rat, daß eine Einheitsflagge die bessere Alternative gewesen wäre. Nur in der Frage, ob diese Einheitsflagge nun schwarzrotgold oder schwarzweißrot sein sollte beziehungsweise hätte sein sollen, unterscheiden sich diese Flaggenkompromiß-Kritiker bemerkenswerterweise. Daß bei einer solchen schwarzrotgoldenen oder schwarzweißroten Einheitsflagge ein Großteil des Volkes ausgegrenzt und dem ohnehin labilen Staate entfremdet worden wäre, bleibt dabei unerörtert.

Dabei hätte eine Einheitsflagge nicht automatisch ausgrenzend wirken müssen, wenn sie denn selber ein Kompromiß gewesen wäre. Möglicherweise hätte Schwarz-Weiß-Rot-Gold eine derartige Kompromißlösung sein können. Ein Vierfarb wäre in dem von zwei- und dreifarbigen Flaggen geprägten Europa zwar ungewöhnlich gewesen, doch hätte er einen nicht unwichtigen Vorteil besessen. Sowohl die Anhänger von Schwarz-Rot-Gold als auch jene von Schwarz-Weiß-Rot hätten in ihm ihre Farben wiedergefunden. Im Idealfalle hätten die Schwarz-Rot-Goldenen in dem Vierfarb ihre Trikolore mit einem weißen Streifen zwischen dem schwarzen und dem roten und die Schwarz-Weiß-Roten in ihm ihren Dreifarb mit einem zusätzlichen goldenen Streifen unter dem roten gesehen. Nebenbei hätte diese Farbkombination auch noch der von den damaligen Kritikern von Schwarz-Rot-Gold gerne ins Feld geführten heraldischen Regel entsprochen, daß Farben auf der einen Seite sowie die Metalle Silber (Weiß) und Gold (Gelb) auf der anderen sich abzuwechseln haben und nicht aneindergrenzen dürfen. Dieser heraldischen Regel entsprach auch die von dem Schriftsteller und Historiker Manfred Eimer vorgeschlagene „alte Reichssturmfahne", also der schwarze Adler auf goldenem Grund. Der Vorteil dieses Vorschlags bestand darin, daß sich die Deutschen gemeinhin in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation sahen und im Gegensatz zu ihren Farben ihr Wappentier nicht ernstlich in Frage stand. Der goldene Adler des Römischen Imperiums hatte in seiner Weiterentwicklung während des Mittelalters nach der Durchsetzung des Wappenschildes zum schwarzen Adler auf goldenem Grund nach den Kaisern des Heiligen Reiches sowohl dem Deutschland der Paulskirche als auch den Kaisern des Deutschen Reiches als Wappen gedient, von der Weimarer Republik ganz zu schweigen. Edwin Redslob schließlich, der als Reichskunstwart (so etwas gab es damals) qua Amt für die künstlerische Ausgestaltung der Staatsakte der Weimarer Republik zuständig war, schlug vor, mit einer rotgelb gevierten Flagge mit einer frakmentarischen Zeichnung des Eisernen Kreuzes zwischen Schwarz-Rot-Gold- und Schwarz-Weiß-Rot-Anhängern eine Brücke zu schlagen.

Die große Gefahr bei derartigen Kompromißflaggen bestand allerdings darin, daß sie als konstruiert, unhistorisch, willkürlich, traditionslos und daher blutleer sowohl von den Schwarz-Rot-Goldenen als auch von den Schwarz-Weiß-Roten abgelehnt werden konnten. Und so war es denn auch kein Zufall, sondern sprach auch für die Größe des Problems, daß die tatsächlich stattgefundene Suche nach einer Kompromißflagge erfolglos blieb. Es blieb beim Kompromiß aus schwarzrotgoldenen und schwarzweißroten Flaggen; und allzu undifferenzierten Kritikern hieran sollte es vielleicht zu denken geben, wer es war, der diesen Kompromiß gleichfalls ablehnte und ihn deshalb nach seiner „Machtergreifung" durch den Reichspräsidenten beenden ließ. *M. R.*



»Zur Ehre Gottes ...«

Heinz Sielmann und andere Prominente sprechen über ihren Glauben

Wenn Heinz Sielmann über die Tierwelt spricht und sie uns näher bringt, dann hört man gebannt zu. Den 88jährigen Zoologen, der in Königsberg aufwuchs, kennen immerhin satte drei Fernsehgenerationen.

Nur wenigen seiner Freunde ist jedoch bekannt, daß der naturverbundene Sielmann ein tief religiöser Mensch ist, der als Gymnasiast gezielt alte Sprachen paukte, um später Theologie zu studieren. Seine Passion war aber, das wurde ihm bereits in Schuljahren bewußt, das Leben in der Natur. Seine „Expeditionen ins Tierreich“ hat Sielmann „zur Ehre Gottes und seiner Natur“ gedreht. Dieser Auftrag ist zu seinem Lebensmotto geworden. Er stammt nicht von Sielmann selbst, sondern ist ihm in der Vogelwarte Rossitten in Ostpreußen begegnet und hat ihn seither nicht mehr losgelassen.

Der Träger des Ostpreußischen Kulturpreises (1988) ist nicht der einzige Prominente, der in dem von Christoph Schommer herausgegebenen Buch „Ich danke Gott für jeden Tag. Prominente und ihr Glauben“ sein Christentum offen bekennt. Auch Fernsehjournalist Peter Hahne steht zu dem christlichen Markenzeichen von „Grundsatztreue und Eindeutigkeit“. Dabei geißelt er die „mangelnde Courage und feige Rückzugsmentalität vieler Christen“. Ein Verhalten, das er als eine „fast krankhafte Selbstsäkularisierung der Kirchen“ wertet. Glaube sei nicht das, was man sage, sondern das, was man wage, so Hahne.

Offene Worte finden auch der Schlesier Joachim Kardinal Meisner, Schauspieler Pierre Brice, seine Kollegin Uschi Glas, „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann, Altkanzler Helmut Kohl sowie andere bekannte und bekennende Christen. Nicht alle erscheinen uns angesichts erinnerlicher Skandale und Skandälchen als „Heilige“, denkt man etwa an die Renten-Versprechen Norbert Blüms, die „Bimbes“-Koffer des Altkanzlers, oder die täglichen Nackedeis auf Seite 1 der Bild-Zeitung. Doch die gesunde Selbstreflexion läßt erkennen, daß wir allzu menschlich und fehlerbehaftet sind. Promis nicht ausgeschlossen. *B. Knapstein*

Christoph Schommer (Hrsg.): „Ich danke Gott für jeden Tag – Prominente und ihr Glauben“*, St. Benno-Verlag, Leipzig 2006, 140 Seiten, 12,90 Euro, PMD-Bestellnr. 5466*

Großmutters Geheimnis

Mädchen belauscht ihre Oma und deren Freundinnen und erfährt Unrühmliches

Natalie ist ein Scheidungskind und lebt bei ihrer Tante Angelina. Die beiden führen ein ruhiges Leben in Tante Angelinas kleinem Häuschen ... bis diese eines Tages mit ein paar Klassenkameradinnen von früher zu einem Klassentreffen zusammenkommt.

Schnell begreift Natalie, daß es da ein Thema zwischen den Damen gibt, welches tabu zu sein scheint.

Nach einigen Nachforschungen und Lauschattacken mit ihren Freundinnen Stina und Claudia kommen die Mädchen zu der Erkenntnis, daß das Geheimnis der alten Damen mit drei jüdischen Mitschülerinnen von damals zusammenhängen muß.

Wegen irgendetwas scheinen sie sich schuldig gemacht zu haben, da es sie offensichtlich noch heute, 60 Jahre später, so stark belastet.

Eines Abend als Tante Angelina wieder Besuch hat und sich mit einer ihrer ehemaligen Klassenkameradinnen, Hermine, unterhält, horcht Natalie wieder an der Wohnzimmertür: „,Vielleicht waren sie doch nicht so arrogant, wie wir dachten‘, sagte nun Hermine leise. ‚Vielleicht hatten sie einfach nur Angst.‘ ‚Das meine ich auch. Am Ende waren sie ja völlig isoliert. In der Schule haben wir eine Mauer des Schweigens um die Schwestern gebildet. Ihnen fehlte der Rückhalt in der Altersgruppe, der in diesem Alter ja so wichtig ist. Wir haben uns alle mitschuldig gemacht.‘“

Zu gern würde Natalie ihre Tante für ihr Tun gegenüber dem jüdischen Mädchen verurteilen, doch ...

„Wenn nun etwas mit Stina wäre oder Claudia? Wenn diese nun plötzlich auf einer anderen Seite stünden, würde sie sie hängen lassen? Sie hätte so gern: Bestimmt nicht! gedacht, aber sie war sich dessen gar nicht so sicher. Das bedrückte sie schwer.“

Nach und nach erfahren die drei Teenager, was sich damals zugetragen hat und daß eines der jüdischen Mädchen damals gerettet werden konnte.

Eine spannende und erfahrungsreiche Suche beginnt ...

Die ostpreußische Autorin Charlotte Zimmermann spricht in „Die Mädchen aus der Vergangenheit“ zwei brisante und immer wieder aktuelle Konflikte an.

Der erste Konflikt ist der, welchen die Generation, die den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg miterlebt hat, zu bewältigen hat, nämlich in der Vergangenheit nicht rebelliert zu haben, als es Zeit, wenn auch vielleicht nicht möglich gewesen wäre. Bei dem zweiten Konflikt handelt es sich um den der Nachkriegsgeneration, welche sich immer wieder vor die alles entscheidende Frage stellt: „Hätte ich damals wirklich anders reagiert?“ *A. Ney*

Charlotte Zimmermann: „Die Mädchen aus der Vergangenheit“*, Karin Fischer Verlag, Aachen 2005, broschiert, 154 Seiten, 12,50 Euro, PMD-Bestellnr. 5467*



Knochenjob

Trubel im Pflegeheim

Lotta, Mitte 20, hat gerade eine gescheiterte Beziehung hinter sich, da sie aber nicht zurück zu ihren Eltern und sich Weisheiten wie „Das haben wir doch gewußt“ anhören möchte, nimmt sie den erstbesten Job an, den sie finden kann, um sich selbst durchzubringen. Und so landet die junge Frau, die bisher keine Ausbildung zu Ende gebracht hat, im Pflegeheim „Abendrot“ als Aushilfskraft. Essen bringen, Betten machen und bei allem noch ein nettes Zimmer unter dem Dach des Hauses, das scheint ein gutes Geschäft zu sein, doch schnell merkt Lotta, daß die Arbeit im Pflegeheim die reinste Knochenarbeit ist. Hinzu kommt, daß von den wenigen Mitarbeitern noch einige krank werden und sie einspringen muß.

In „Die letzten Dinge“ schildert Annegret Held nachvollziehbar die Zustände in einem deutschen Pflegeheim. Fast alle Arbeitskräfte sind Ausländer und nur Lotta und die Stationsleiterin Rosalind sind Deutsche. Aber nicht nur der Angestellten des Heimes nimmt sich die Autorin an, sie stellt auch die Bewohner vor, die mit ihren jeweiligen Gebrechen, Lebensläufen und Anverwandten die Pflegekräfte auf Trab halten. So beispielsweise die über 90jährige Frau Wissmar, die als Personalchefin von „degussa“ nur für ihren Beruf gelebt hat. Selbst im Altenheim ist sie davon getrieben, alle Zettel und Zeitschriften zu ordnen, und hin und wieder fühlt sie sich in die Vergangenheit zurückversetzt. Sie glaubt zum Bewerbungsgespräch zu müssen und entwischt regelmäßig den Pflegern. Auch das demenzkranke Sotzbacher Mädchen sorgt mit ihren Launen für Trubel im Altenheim.

Annegret Held zeichnet ihre Charaktere durchaus liebevoll. Ein wenig überdreht wirkt allerdings der kroatische Pfleger Ivy, auf den Lotta ein Auge geworfen hat. Schnell stellt Lotta jedoch fest, daß Ivy schwul ist. Die Autorin findet dieses Thema jedoch so interessant, daß sie Ivys Besuche in Schwulenkneipen schildert, was nicht wirklich nötig ist. Auch der Angst der italienischen Pflegeschwester Gianna vor Gespenstern ist ein wenig zu viel Platz eingeräumt.

Ansonsten liest sich Annegret Helds Roman jedoch sehr flüssig. „‚Die lassen hier alles verkommen‘, sagt Kevin. ‚Hier sieht's bald aus wie in der DDR‘“, schimpft der junge aus Mitteldeutschland stammende Pfleger, als aufgrund Geldmangel des Heimes keine Windeln mehr vorhanden sind. Anders als in der Realität gibt es am Ende jedoch einen versöhnlichen Schluß. *R. Bellano*

Annegret Held: „Die letzten Dinge“*, Eichborn, Frankfurt 2005, 366 Seiten, 22,90 Euro, PMD-Bestellnr. 5468*

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.

Mahnung

Rettungsaktion Ostsee 1944 / 45

Er flüchtete selbst von seiner Heimatstadt Königsberg nach Ostpreußen über die Ostsee: Martin Schmidtke hat nun auch aus Dankbarkeit gegenüber den Seeleuten und Soldaten der Flüchtlingsflotte ein Nachschlagewerk über die an der Rettungsaktion über die Ostsee beteiligten Schiffe veröffentlicht. Die zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer macht schon anhand ihrer Fülle einen umfassenden Eindruck.

„Wir dokumentieren eine Rettungsaktion, die in der Seefahrtsgeschichte einmalig ist: In den letzten 125 Tagen des Zweiten Weltkrieges wurden rund zwei Millionen Menschen vor einem ungewissen Schicksal bewahrt. Es ist eine historisch verbürgte Tatsache, daß der letzte Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Karl Dönitz, die entscheidende Kraft dieser Aktion war, denn er befahl den Einsatz der letzten verbliebenen Schiffe der Kriegsmarine bei dieser Rettungsaktion. Es wurde durch Verhandlungen mit Feldmarschall Montgomery noch erreicht, daß die Kapitulation der Kriegsmarine als einzige der Teilkräfte um vier Tage hinausgezögert wurde, wodurch noch weitere Menschen gerettet werden konnten“, so der Verleger Manfred Sadlowski des bei Bernard und Graefe erschienenen Buches.

Der Veröffentlichung des vorliegenden Buches ist ihm ein persönliches Anliegen, da auch seine Familie von der organisatorischen, humanitären Meisterleistung profitierte.

Es ist allerdings ein wenig zu viel von dieser Dokumentation verlangt, sie als Mahnung an die Nachkommen zu sehen, damit sie für Frieden und Freiheit als hohes Gut einstehen. Der Grund: Es handelt sich um eine sehr nüchterne, alphabetisch geordnete Auflistung der beteiligten Schiffe. Nur am Anfang werden einige kleinformatige, alte Aufnahmen von ostpreußischen Städten und Häfen gezeigt. Danach kommen, die Schiffe und Boote mit Foto (wenn verfügbar), Angabe von Bruttoregistertonnen, Baujahr, Reederei und Verbleib.

Die Anzahl der transportierten Flüchtlinge ist nur ganz selten angegeben. Und nicht immer nachvollziehbare Zeichen informieren über Minentreffer, Selbstversenkung und Tote.

Zwar sind die Zeichen eingangs erklärt, doch das führt zu einer ständigen ärgerlichen Blätterei. Eine mit denselben Zeichen versehene chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste ist auch nicht dazu angetan, die Dramatik der Rettungsaktion an Nachgeborene zu vermitteln. Die wenigen Zeitzeugenberichte am Ende des Buches schaffen hier auch keine Abhilfe.

„Rettungsaktion Ostsee 1944/1945 – Eine Großtat der Menschlichkeit“ ist ein Nachschlagewerk für wirklich Interessierte, für andere hat es den Charme eines Telefonbuchs. *Bel*

Martin Schmidtke: „Rettungsaktion Ostsee 1944/1945 – Eine Großtat der Menschlichkeit“*, Bernard & Graefe Verlag, Bonn 2006, kartoniert, 335 Seiten, 39 Euro, PMD-Bestellnr. 4760*



Mehr Angst vor Stalin ...

Judenhaß in der deutschen Vergangenheit

Sind wir Antisemiten?“ Diese Frage, die der Soziologe Alfons Silbermann schon vor mehreren Jahrzehnten einem kleinen Kreis gestellt hat, ist zu einer „scheinbar aktuellen Alltagsfrage geworden“ – so der in Jerusalem lebende und lehrende jüdische Zeitgeschichtler Moshe Zimmermann im Vorwort seines Buches „Deutsch-jüdische Vergangenheit“ und er fährt fort: „Deutschen Nichtjuden, die bewußt das ‚Dritte Reich‘ erlebt haben, dürfte die Antwort auf diese Frage nicht sonderlich schwer fallen: Man hatte die ‚Endlösung der Judenfrage‘ und ihre Vorbereitung selbst miterlebt und mitgetragen.“

Obwohl der Begriff „Antisemitismus“ im Mittelpunkt der Betrachtungen des Buches steht, unterläßt Zimmermann jeden Versuch, die Grenzen des nicht selten mißbrauchten Wortes abzustecken. Noch mehr provoziert die Annahme, all jene „Arier“, die bewußt das „Dritte Reich“ erlebt haben, hätten die Vorbereitung der „Endlösung“ selbst miterlebt und mitgetragen. Darin steckt doch ein Schuldvorwurf ungeheueren Ausmaßes, der sich selbst richtet, falls er nicht detailliert begründet wird. Diese Begründung suchen wir vergebens.

Und doch ist den folgenden Kapiteln zu entnehmen, daß Zimmermann kein zweiter Goldhagen ist, dessen Vorstellung vom deutschen Antisemitismus er als „oberflächlich“, „im Grunde rassistisch“ abtut. Zimmermann beklagt das Fehlen einer massiven Opposition gegen Hitler. „Trotzdem existiert kein eindeutiger Beweis für eine breite Unterstützung einer antisemitischen NS-Politik, die weiter ging als eine ‚Entfernung‘ der Juden aus dem öffentlichen Leben und aus dem deutschen Staat.“ – Nun, was den zitierten Hauptsatz betrifft, so genügt der Hinweis auf die Bekundungen der jüdischen Zeitzeugen, um die Annahme als erwiesen ansehen zu können. Der zweite Satzteil hängt, mangels eines entsprechenden Nachweises, in der Luft und bedarf der Klärung, die wir vergebens suchen.

Gleichwohl lohnt sich die Lektüre. Der Band bietet 19 Aufsätze, die der Autor in den letzten 25 Jahren veröffentlicht hat. Schon der zweite ist hoch informativ. Der Mann, der das Wort „Antisemitismus“ geprägt hat, Wilhelm Marr, 1819 geboren, „wirkte in den 40er bis 60er Jahren des 19. Jahrhunderts auf dem äußersten linken Flügel des politischen Spektrums in Deutschland“. Geradezu an ihm vorbei bahnte sich „Antisemitismus“ seinen Weg, bis es dann in der NS-Ära offiziell durch „Antijudaismus“ ersetzt wurde, da ja nicht alle Semiten – man denke an die Araber – geächtet werden sollten.

Andere Essays sind überschrieben: „Juden und Kapitalismus“, „Das Kaffeehaus als Ort des antijüdischen Sozialprotests im Vormärz“, „Heinrich Heine und der Judenhaß“, „Antisemitismus im Kaiserreich“, „Wie ist die Judenfrage zu lösen?“, „Jüdischer Nationalismus und Zionismus in deutschjüdischen Studentenorganisationen“. Unter „Die ‚Ostjuden‘“ räumt Zimmermann freimütig ein: „Das unvorteilhafte Bild des ‚Ostjuden‘, das unter den deutschen Juden selbst verbreitet war, war eine Waffe in den Händen der Antisemiten.“

Die „Zukunftsperspektiven deutscher Juden vor 1933“ bestätigen, was der politisch Interessierte schon zu wissen glaubte: Die Mehrheit der Juden in der Weimarer Zeit beurteilte die Kriegsschuldfrage und den Versailler Vertrag ähnlich wie die übrige Bevölkerung, die Sozialdemokraten und Kommunisten eingeschlossen: Alle urteilten deutsch, und die meisten fühlten auch so. „Daß es eine massive Unterstützung seitens der jüdischen Wählerschaft für das [katholische] Zentrum gab, ist nicht zu bezweifeln.“ Ebenso wird die Zufriedenheit mit der Kanzlerschaft Heinrich Brünings, Zentrum, betont.

Deutlich kommt zur Sprache, daß die Zionisten, also jene Juden, die eine Rückkehr ins Land der Vorväter anstrebten, die Bedrohung durch die Nationalsozialisten als geringer bewerteten verglichen mit den Gefahren der Assimilation. Hier und dort hatte man sogar die Angst vor Hitler verloren: Es werde sich herausstellen, so eine jüdische Stimme, daß „Schreckensbilder, die man ... ausmalte – wie die für Pogrome freigegebenen Straße ... sich in ein Nichts auflösen.“ Zimmermann selbst: „Und als Hitler an die Macht kam, war eine Zufriedenheit darüber zu spüren, daß statt eines antisemitischen Sturms ein ‚Adagio‘ kam, und die SA nicht wütete.“ Ein Vetter des ermordeten Juden Walther Rathenau wünschte die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung, weil sich die NSDAP dort aufreiben würde. „Noch als Göring Innenminister wurde, blieb er als hoher Beamter im Amt, hat sich den ‚deutschen Gruß‘ angeeignet und verließ sein Amt erst im August 1933 – als er entlassen wurde.“

Schon 1932 gab es jüdische Stimmen, die den Übergang vieler Juden von der liberalen zur nationalen Haltung beklagten. Andere begrüßten die Entwicklung: „Der liberale Staat liegt in seinen letzten Zuckungen ... wir sollten das nicht mit enttäuschter Resignation, sondern bereitwillig als Bestätigung eigener Erkenntnisse hinnehmen.“ Die Hoffnung wurde ausgedrückt, jüdische „Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes“ leisten zu dürfen, wie das unter Mussolini in Italien schon der Fall war. Längst nicht alle Juden mißbilligten das ganze Programm der NSDAP. Wenn nur der Antisemitismus nicht wäre! Die Republik war längst in Mißkredit geraten. „Einen besonders bitteren Geschmack hinterläßt der systematische Angriff von Zionisten und Orthodoxen auf die Assimilation, der bereits die Keime der Zustimmung zu den Nürnberger Gesetzen in sich trug.“

Auch das wird heute häufig unterschlagen, daß Anfang der 30er Jahre die Mehrheit der Deutschen, der Juden wie der Nichtjuden, mehr Angst vor Stalin als vor Hitler hatte. „Was heute Hitler ist, kann morgen Thälmann sein.“ Der war Stalins Statthalter in Deutschland.

„Was sich an Plänen nach 1935, beziehungsweise 1938 oder 1941 entwickeln sollte, konnten Juden nicht prognostizieren, weil auch ihre Umgebung, einschließlich der meisten ‚Parteigenossen‘, diese Pläne als Richtlinien für die Zukunft nicht entwickelte oder nicht ahnte.“ Gilt das nicht auch zugunsten der Mehrheit der nichtjüdischen Deutschen? *Konrad Löw*

Moshe Zimmermann: „Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung“*, Schöningh, Paderborn 2005, gebunden, 308 Seiten, 29,90 Euro, PMD-Bestellnr. 5468*

Buch der Woche

Norman G. Finkelstein
Antisemitismus als politische Waffe

Israel, Amerika und der Mißbrauch der Geschichte An Norman G. Finkelstein scheiden sich die Geister. Ist er »ein jüdischer Dissident, wie Hannah Arendt zu ihrer Zeit«, dessen Bestseller »Die Holocaust-Industrie« die Wirkung der großen Polemik« hatte (Lorenz Jäger, FAZ), oder ist er nur ein Verschwörungstheoretiker, wie seine wissenschaftlichen Gegner sagen? Wieder greift er ein heißes Eisen auf: Israel und viele seiner Fürsprecher, besonders in den USA, benutzten den Antisemitismus, so Finkelstein, um die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern zu bemänteln, sich gegen Kritik zu immunisieren. Detailliert belegt er, wie der Antisemitismusvorwurf immer dann eingesetzt wird, wenn die aus seiner Sicht berechtigte Kritik am Vorgehen in den besetzten Gebieten zu laut wird. Zu Unrecht sieht die israelische Politik sich als Opfer, sagt Finkelstein. Durch Wahrheit und Klarheit, nicht durch falsche Rüksichtnahme, bekämpft man den Antisemitismus am wirkungsvollsten.
Geb., 392 Seiten mit 6 Abb.
Best.-Nr.: 5352, € 19,90

MELDUNGEN

Sind Deutsche freizeitbesessen?

Deutsche Mütter bekommen im europäischen Vergleich weniger Kinder, sind seltener berufstätig und haben doch nicht mehr Zeit für Kinder als andere Europäer. Zu diesem Ergebnis kommt der neueste Familienbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die umstrittene Kritik des Berichts: „Die geringste Präsenz am Arbeitsmarkt findet sich bei deutschen Müttern, die diese gewonnene Zeit aber nicht in Hausarbeit investieren, sondern in persönliche Freizeit."

Kein Problem mit Versorgung

US-Minister Rumsfeld gerät wegen des Irakkriegs immer mehr unter Beschuß, zuletzt durch pensionierte Generäle. Bush steht zwar hinter ihm, doch selbst wenn sich das ändert, wird Rumsfeld kein Versorgungsproblem haben: Er ist Hauptaktionär des Konzerns „Gilead Science", der die Rechte an dem Grippemittel Tamiflu besitzt und dank weltweiter Vogelgrippe-Hysterie Milliardenumsätze verzeichnen kann. *RGK*

ZUR PERSON

Der Mann von der Spree



Der Mann mit der rauhen Stimme möchte auch etwas Aufmerksamkeit – Wolfgang Wieland (58), grüner Bundestagsabgeordneter für Berlin-Mitte, verkörpert seit 1978 grüne Politik, ist Gründungsmitglied der Berliner Alternativen Liste, langjähriger Berliner Grünen-Vorsitzender. Der Ex-Justizsenator Berlins, der sonst gern für den Erhalt klassischer grüner Werte wie der „Streitkultur" eintritt – zum Beispiel beim Umgang seiner Partei mit der Visa-Affäre – möchte Brandenburgs CDU-Aushängeschild Jörg Schönbohm mundtot machen. Das Maß sei „endgültig voll, jetzt muß er seinen Hut nehmen", so der Grüne. Damit kennt Wieland sich aus. Als Fossil der Alternativen fiel er dem Fortschritt in der Partei zum Opfer. Von Frauenquote und Nachwuchshoffnungen seiner Parteifreunde entnervt, setzte er sich 2004 nach Brandenburg ab. Seine Respektlosigkeiten, eingeübt in 17 Jahren Politik an der Spree, nahm er mit. So nannte er einst Berlins Bürgermeister Diepgen eine „Mitleidsgestalt", ätzte 2002 bei einer Debatte um SED-Polizeieinsätze: „Daß ich das noch erleben darf, daß die CDU einen Polizeieinsatz brutal nennt." Die ideologischen Fronten sind für ihn sowieso klar: Seitdem der gelernte Jurist noch als Anwalt den Selbstmord eines Mandanten in einem Abschiebeverfahren miterlebte, setzt sich Wieland für eine radikale „Humanisierung der Ausländerpolitik" ein. Das war in den frühen 80ern. Diese „Humanisierung" stehe „immer noch aus", so der Urgrüne heute. Wie sehr sich das Land seitdem geändert hat, bekommt er offenbar nicht mit, fragte sogar Berlins rot-roten Bürgermeister Wowereit: „Wo ist denn der Mentalitätswechsel?" Wieland saß eben zu lange in der „Autistenversammlung" – so nennt er das Berliner Abgeordnetenhaus. *SV*





Festival des Krämergeistes Zeichnung: Götz Wiedenroth

Medien-Splitter

»Kanzler der Einheit« von eigenen Gnaden – Der Bischof und die Garnisonkirche – Zu Gast bei viersprachigen Freunden / Ein Wochenrückblick mit HANS-JÜRGEN MAHLITZ

War Helmut Kohl wirklich der „Kanzler der Einheit", als der er so gern in den Geschichtsbüchern künftiger Generationen verewigt bleiben möchte? Folgt man dem jüngsten Enthüllungsbuch des Journalisten Ferdinand Kroh („**Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung. Das Ende der Kohl-Legende**", Carl Hanser Verlag, München und Wien 2005, 343 Seiten, 19,90 Euro), dann sollte man in der Bewertung des Altkanzlers ebenfalls ein Wendemanöver vollziehen. Demnach sollen nämlich die amerikanischen und sowjetischen Geheimdienste seit Mitte der 80er Jahre „an der Wende gebastelt" haben, Kohl hingegen habe sich bis zuletzt jedem Gedanken an eine deutsche Wiedervereinigung verschlossen.

Rezensenten von „Zeit" und „FAZ" haben Krohs Thesen als „haltlos", „mehr als dürftig" und „apokryphe Verschwörungstheorien" verrissen. Einiges wirkt in der Tat auch nicht sonderlich überzeugend. Bestätigung findet der Buchautor jedoch durch Prof. Bernhard Friedmann, in der fraglichen Zeit Vorsitzender des Bewilligungsausschusses für Verteidigungsausgaben im Deutschen Bundestag und später Präsident des Europäischen Rechnungshofes, also gewiß gut informiert.

In einem Interview mit Joachim Schäfer („DS-Magazin" / Bund der Selbständigen) wirft er Kohl vor, noch 1988/89 eine Einbeziehung der Wiedervereinigungsfrage in die Abrüstungsverhandlungen strikt abgelehnt zu haben. Mit derartigen Forderungen, so habe der Kanzler ihm damals vorgehalten, wolle man nur „den Ostblock destabilisieren" – woran ihm offenbar nichts gelegen war. Selbst nach dem Fall der Mauer habe Kohl noch eine Zeit lang eine Konföderation zweier gleichberechtigter deutscher Staaten einer Vereinigung vorgezogen.

Ähnliche Erfahrungen machten auch konservative Abgeordnete wie Wilfried Böhm, ständiger Autor dieser Zeitung (s. Seite 5): Er wurde damals vom nachmaligen „Kanzler der Einheit" barsch beschieden, die deutsche Einheit stehe nicht „auf der Tagesordnung der Weltpolitik"; sein Einwand, „Herr Bundeskanzler, dann stellen Sie sie auf die Tagesordnung!" wurde von keinem der Beteiligten als Beginn einer langanhaltenden Freundschaft empfunden.

An dieser Stelle muß ich auch ein Stück persönlicher Erinnerung zum besten geben. In jener geschichtsträchtigen Phase zwischen Mauerfall und Kohls legendärer Dresdner Rede bereitete ich für das „Deutschland-Magazin" ein Kanzler-Interview vor. Unter den vorab übermittelten Fragen war auch die, ob Kohl sich vorstellen könne, selber noch als Kanzlerkandidat bei einer gesamtdeutschen Bundestagswahl anzutreten. Das Kanzleramt ließ mich wissen: Wenn ich nicht diese „völlig b l ö d s i n n i g e" Frage zurückziehe, werde der Kanzler das ganze Interview platzen lassen. Genau ein Jahr später, am 2. Dezember 1990, war Kohl erfolgreicher Kanzlerkandidat der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl – bis heute frage ich mich, ob ich dies nun für „völlig blödsinnig" halten soll …

Gerhard Löwenthal – Erinnerung an einen aufrechten deutsch-jüdischen Patrioten

Für keineswegs „blödsinnig", sondern durchaus glaubwürdig halte ich die Hinweise Friedmanns, der damalige KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow habe Kohl bereits 1987 und 1988 Wiedervereinigungsangebote unterbreitet. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Bundesminister Hans „Johnny" Klein Anfang 1988, der mich geradezu suggestiv animierte, doch mal eine fiktive Geschichte zu schreiben – Arbeitstitel „Was wäre, wenn Moskau die Wiedervereinigung anbieten würde …" Später bestätigte mir Klein, es habe schon damals sehr konkrete Hinweise darauf gegeben, daß in der Sowjetführung in die deutsche Frage „Bewegung gekommen" sei.

Bewegung ist offenbar auch in die Bemühungen um die Garnisonkirche in Potsdam gekommen. Die „Märkische Allgemeine", die dies meldet, beruft sich auf Äußerungen von Bischof Wolfgang Huber am Rande eines Vortrags bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg: Über die Gründung einer Stiftung für den Wiederaufbau unter Beteiligung des Landes Brandenburg gebe es „grundsätzliches Einvernehmen". Der EKD-Ratsvorsitzende hat gemeinsam mit Ministerpräsident Platzeck und Innenminister Schönbohm die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen.

In seinem Vortrag zum Thema „Säkularisierung und Zukunft des Glaubens" kennzeichnete der evangelische Bischof Deutschland als „religiös gemäßgte Zone"; der Glaube habe sich in unserem Lande „verdünnt". Dabei nahm er auch die eigene Kirche nicht von Kritik aus: In ihr habe es „eine Tendenz gegeben, der säkularisierten Gesellschaft zu folgen". Er sei aber zuversichtlich, daß die „Entchristlichung" der Gesellschaft nicht unumkehrbar und unabänderlich sei. „Wir wachen auf", schloß er hoffnungsvoll aus der „immer dichter werdenden Folge von Diskussionen um entscheidende Fragen des Lebens wie Familie, Kinder und Generationen".

Rechtzeitig zur Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland bringt der „Studienkreis", eine seit 30 Jahren bundesweit erfolgreich agierende Nachhilfeschule (Verlagsgruppe Cornelsen), eine fünfsprachige Broschüre mit dem titel „Sprich Fußball" heraus. Was der Fan so braucht, um sich mit anderen, mal mehr und mal weniger befreundeten Fans zu verständigen, wird vom Deutschen ins Englische, Französische, Spanische und Italienische übersetzt. Das reicht von so elementaren Mitteilungen wie „In der Halbzeit holen wir uns Cola und Bratwurst" bis zu der Erkenntnis „Das war doch kein Abseits!" Sepp Herbergers philosophischer Lehrsatz „Der Ball ist rund" wird allerdings nur ins Englische übertragen („The ball is round"), während Jean Paul Sartres Weisheiten („Lors d'une partie de football, tout se complique en fait par la présence de l'équipe adverse", „Bei einem Fußballspiel verkompliziert sich allerdings alles durch die Anwesenheit der gegnerischen Mannschaft") deutsch-französischer Fan-Freundschaft exklusiv vorbehalten bleibt. Ein weiteres Manko dieses ansonsten höchst verdienstvollen Werkes: Speziell für deutsche Sportjournalisten hätte man auch die Rückübersetzung vom Englischen ins Deutsche aufnehmen sollen – vielleicht bliebe uns dann einiges an Anglizismen erspart.

Unser Medienrückblick endet diesmal mit einem Blick ganz weit zurück: Vor 20 Jahren hatte der Ende 2002 verstorbene Gerhard Löwenthal seine politischen Lebenserinnerungen („Ich bin geblieben") veröffentlicht. Der engagierte Journalist, langjähriger Moderator des ZDF-Magazins und in den letzten Jahren auch Autor dieser Zeitung, wollte mit diesem Titel darauf anspielen, daß er, der Sohn eines jüdischen Fabrikanten, einerseits in den langen Jahren des Krieges und der Verfolgung – erst in der Vaterstadt Berlin, zum Ende hin dann im KZ Sachsenhausen – am Leben und auch danach in Deutschland geblieben ist. Aus seinem oft abenteuerlichen Lebensweg leitete er die Verpflichtung ab, sich mit aller Kraft gegen jede Form von Totalitarismus zu stellen. Verdienstvollerweise hat die „Edition JF" jetzt – zum ebenfalls 20. Jubiläum der Wochenzeitung „Junge Freiheit", wir gratulieren – die lange vergriffenen Erinnerungen dieses großen deutsch-jüdischen Patrioten neu aufgelegt (**Gerhard Löwenthal: „Ich bin geblieben – Erinnerungen"**. Edition JF, 400 Seiten, 24,80 Euro, zu beziehen über den PMD, Bestellnr. 5478, Telefon 040 / 414 008 27, Fax 040 /414 008 58).

Hans Heckel macht zur Zeit Urlaub, fernab von den Aufgeregtheiten deutscher und internationaler Politik. Daher erscheint statt seines an dieser Stelle gewohnten politischen Wochenrückblicks in den nächsten Ausgaben ein Blick zurück in die Medien – manchmal, aber nicht immer im Zorn.

ZITATE

Anläßlich des Angriffs auf einen Deutsch-Äthiopier in Potsdam behauptete die frühere Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD) gegenüber der „Frankfurter Rundschau", daß Rechts- und Linksextremismus nicht symmetrisch bekämpft werden könnten:

„Der Rechtsextremismus reicht sehr viel weiter, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, und verlangt deshalb stärkere Prävention."

Schon 1979 stellte der damalige erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Heinz Kühn (SPD), bekannt für seine positive Einstellung zur Einwanderung, beschönigend fest:

„Beachtlich sind ferner auch hier die bei den ausländischen Eltern bestehenden Hemmnisse, die Bedeutung des Schulbesuchs für die Zukunftsentwicklung ihrer Kinder richtig einzuschätzen und ihnen schulbegleitend die notwendige Förderung zu vermitteln."

Die Soziologin Necla Kelek schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 24. April zum Mord an der Berliner Türkin Sürücü:

„Es ist von einem Fall geglückter Integration zu berichten. Der Mord an Hatun Sürücü konnte nur aufgeklärt werden, weil ein 18jähriges türkisches Mädchen und dessen Mutter den Mut aufbrachten, nicht zu schweigen. Die Rede ist von Melek, der Zeugin der Anklage. Sie braucht seitdem Polizeischutz, muß unter fremdem Namen leben und konnte den Gerichtssaal nur mit schußsicherer Weste betreten. Melek hat mit ihrer Aussage die Ermittlung gegen die drei Brüder Sürücü ermöglicht und dem Mörder das Geständnis abgetrotzt. Melek wird sich ein Leben lang verstecken müssen. Sie zahlt den Preis für unsere Freiheit."

Die linke „taz" gibt sich zur Konkurrenzsituation von PDS und WASG in Berlin frustriert:

„Die WASG steht vor ihrem Ende – und zwar nicht nur in Berlin. Anders als angedroht wird der Bundesvorstand nun doch nicht die Anmeldung des Berliner Landesverbands für die eigenständige Kandidatur zur Abgeordnetenhauswahl im September zurückziehen. Die Rumeierei wird nun nicht nur zur Folge haben, daß jeder Landesverband beliebig nach eigenem Gutdünken verfahren kann. Das fehlende Machtwort macht die gesamte Partei für ihre Wählerschaft politisch unglaubwürdig – und für potenzielle Partner nicht bündnisfähig."

Tschernopilze

Zwanzig Jahre ist's inzwischen
seit der Katastrophe her,
doch sie ständig aufzutischen
bleibt auch weiter populär:

Alles auf die Technik schieben,
das ist nämlich recht bequem –
nur in Wirklichkeit, ihr Lieben,
lag es damals am System!

Tschernopilze in den Köpfen
trüben heute den Verstand,
denn mit Angst das Volk zu schröpfen
ist bewährt in jedem Land.

Beim Ergattern von Moneten,
geht's ja nie um Wahrheit pur,
und die Untergangspropheten
haben immer Konjunktur.

Pannonicus